

Kolonialwarenladen eröffnet



Hinter den historischen Kulissen: Was im neuen Berliner Humboldt Forum jetzt zu sehen ist und warum der 680-Millionen-Euro-Bau mit der rekonstruierten Schlossfassade so viel Kritik auslöst **3**

Auferstanden aus Ruinen: Das reanimierte königliche Stadtschloss samt Kuppel und Kreuz hat den 2008 abgerissenen Palast der Republik aus DDR-Zeiten ersetzt Foto: Paul Langrock

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Ehre, wem Ehre gebührt: In Sachen Kritik an westdeutscher Siegerarchitektur bleibt das gute alte *Neue Deutschland* weltweit führend. Deshalb war es auch gestern wieder einmal schneller – und titulierte das neue alte Stadtschloss in Berlin schon einen Tag vor Eröffnung treffend als „Ballast der Republik“. Schade eigentlich, denn das machte die Selbigen im Schilde führende Titelredaktion der taz leider kurz sprachlos. Doch zum Glück verfügt sie über den weltweit führenden Experten für Kolonialgeschichte, originelle Titelzeilen und Twitternamen

@kongoecho

Kommentar von Ulrich Gutmair zu dem neuen alten Schloss in Berlins Mitte

Die Attrappe einer besseren Vergangenheit

Deutschland war wiedervereint, die Nachkriegszeit vorbei. Was sollte nun mit dem Zentrum der alten und neuen deutschen Hauptstadt geschehen, in dem einst das Stadtschloss der Hohenzollern gestanden hatte – und nun der asbestbelastete Palast der Republik? Wie sollte sich die Nation der Welt und sich selbst gegenüber präsentieren?

In England, Spanien oder Frankreich wäre die Frage wohl mit einem internationalen Architekturwettbewerb beantwortet worden. Das wäre auch angemessen gewesen für ein Land, das eine fast hundertjährige Geschichte von Militarismus, Imperialismus, Massenmord und Diktatur hinter sich zu lassen hoffte: ein modernes Gebäude zu errichten, das eine bessere Zukunft symbolisiert.

Das wünschte sich auch die Hälfte der Deutschen. Aber ein rückwärtsgewandtes Bürgertum setzte sich durch, das sich in eine vermeintlich

bessere Vergangenheit zu flüchten trachtete. Das war das geschichtspolitische Programm, das sich hinter der Forderung nach dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses verbarg.

Jetzt holt diese Vergangenheit die Schlossfans ein. Ausführlich wurde in den vergangenen Jahren über die verhängnisvolle Rolle diskutiert, die das Haus Hohenzollern bei der Machtübernahme und für den Machterhalt der Nazis gespielt hat. Der schönfärberische Name Humboldt Forum wird nichts nützen: Das Schloss repräsentiert die antidemokratischen Traditionen eines reaktionären Herrscherhauses.

In einer weiteren ironischen Volte steht das Schloss auch für die Kritiker der mit dem Humboldt Forum verbundenen Sammlungen nicht für eine vermeintlich bessere Vergangenheit, sondern für die Geschichte des deutschen Imperialismus. Vor allem die Sammlung des Ethnolo-

gischen Museums, die hier gezeigt werden soll, strotzt vor Raubkunst. Für manche Nachfahren der Opfer der mörderischen deutschen Kolonialherrschaft ist das Grund genug, den Abriss der gestern eröffneten Schlossattrappe zu fordern.

Der Zorn ist verständlich, die Forderung selbst aber führt in die Irre. Die Barockfassade Schlüters entstand lange vor der Ära des Imperialismus. Dessen Repräsentanz steht schräg gegenüber: Der protzige Berliner Dom ist das monumentale Zeugnis des Wilhelminismus und also des deutschen Imperialismus.

Der Berliner Flaneur Franz Hessel hielt den Dom für ein Monstrum. Er hoffe, die Zeit möge kommen, „in der man dieses Gebäude so kurzentschlossen abreißt, wie man es jetzt mit hässlich gewordenen Privathäusern tut“, schrieb er vor hundert Jahren. Damals hatten die Menschen noch Mut zur Zukunft.



Foto: Twitter

Mit Hose und Verstand
Norwegerinnen setzen ein Zeichen gegen den Bikinizwang beim Beachhandball **14**

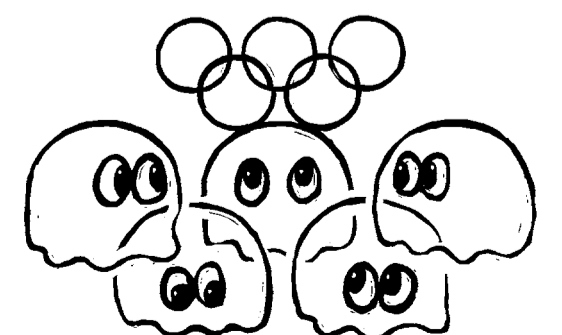
Autonomes China
Pekings Strategie für den Konkurrenzkampf bei selbstfahrenden Mobilien **5**

Künstliche Kontrolle von Hass überfordert
Wie geübte Hetzer*innen die Maschinen der sozialen Netzwerke überlisten **13**



#Geisterspiele
von Eléonore Roedel

19



Die taz wird ermöglicht durch **21.523** GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin Nr. 12594 € 2,80 Ausland 4 190254 802201 3 0629



Mit NSO ausgespäht und verurteilt: Omar Radi, marokkanischer Journalist

Nicht seine kritische Berichterstattung über die korrupten Machenschaften des Königshauses wurde dem marokkanischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Omar Radi am Montag zum Vorwurf gemacht. Ein Gericht in Casablanca verurteilte den 35-jährigen vielmehr wegen Spionage und Vergewaltigung zu sechs Jahren Haft. Radi bestritt die Vorwürfe stets. Ein Zeuge, der zu Radis Gunsten aussagte, wurde als Mittäter der Vergewaltigung zu sechs Monaten Haft verurteilt. Beide müssen das mutmaßliche Opfer mit umgerechnet 20.000 Euro entschädigen. Immer wieder wird in Marokko Journalist*innen aus allerlei vorgeblichen und nicht berufsbezogenen Gründen der Prozess gemacht. Eine Journalistin traf es wegen einer angeblichen Abtreibung, die sie vehement abstreitet, einen anderen wegen Ehebruchs. Er habe ein Verhältnis zu einer verheirateten Frau unterhalten, hieß es.

Fast zeitgleich zu Radis Verfahren stand auch der Journalist Soulaïman Raïssouni vor Gericht. Der regimekritische Chefredakteur der Zeitung *Akhbar Al-Youm*, der sich seit Mitte April im Hungerstreik befindet, wurde ebenfalls wegen eines Sexualdelikts zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er soll einen LGBTI-Aktivist zu sexuellen Handlungen genötigt haben. Dieser sagte gegen den Journalisten aus. Ob dies unter Druck geschah oder nicht, lässt sich nicht sagen. Allerdings steht auf Homosexualität in Marokko eine Haftstrafe. Im Vorfeld des Prozesses wurden kritische Stimmen laut: Die marokkanische Vereinigung für Menschenrechte (AMDH) sowie Reporter ohne Grenzen und Human Rights Watch forderten ein faires Verfahren für beide Journalisten mit angemessenen Verfahrensgarantien. Selbst der diplomatische Sprecher der US-Regierung, Ned Price, äußerte sich kritisch zu den Verfahren. Sie würden der Verfassung von 2011 und dem Reformprogramm von König Mohammed VI. widersprechen.

Radi sitzt seit Juli 2020 in Haft. Er wurde wenige Tage nach einer Nachforschung von Amnesty International (AI) festgenommen, bei der herauskam, dass auf Radis Telefon eine israelische Spyware installiert worden war, die alle Tätigkeiten des Smartphones weiterleitete. Radi und AI vermuteten die marokkanischen Behörden hinter diesem Hackerangriff. Es handelte sich um das Programm Pegasus der Firma NSO-Software. AI beschuldigt Dutzende Länder, dieses Spionageprogramm gegen Oppositionelle benutzt zu haben. Das Urteil gegen Radi fiel am gleichen Tag, an dem 17 Tageszeitungen weltweit eine Enthüllungsgeschichte veröffentlichten, nach der 180 Journalisten mithilfe von Pegasus ausgehorcht worden seien.

Radi verbrachte bereits 2019 mehrere Tage im Gefängnis, nachdem er per Twitter einen Richter kritisiert hatte, der vier Demonstranten aus der Berberregion in Nordmarokko zu langjährigen Haftstrafen verurteilt hatte. „Weder Vergessen noch Vergebung für diese würdlosen Beamten!“, schrieb Radi damals. Nach seiner Verurteilung machte das Motto die Runde durch die sozialen Netzwerke in Marokko.

Reiner Wandler, Madrid

taz blogs

['kemik_blog]

Einst das Schreckgespenst des Bildungsbürgers, heute Liebling des Föjetong: der Comic.
taz.de/blogs/comicblog/

Pegasus: Von Empörung bis Achselzucken

Nach den Enthüllungen über weltweite Spionageangriffe gegen Oppositionelle nimmt Frankreich Ermittlungen auf. Ungarns Regierungsvertreter reagieren widersprüchlich

Die Enthüllungen um Ausspähung von Journalist*innen, Dissident*innen und Menschenrechtsaktivist*innen durch Spionagesoftware haben ein Nachspiel: In Frankreich hat die Pariser Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen. Sie erklärte am Dienstag, zu einer ganzen Reihe möglicher Anklagepunkte zu ermitteln, darunter Verstoß gegen das Persönlichkeitsrecht, illegale Nutzung von Daten und illegaler Verkauf von Spionagesoftware. Ausgelöst wurden die Ermittlungen durch eine Anzeige von zwei Journalist*innen und der Investigativwebsite Médiapart.

Eine internationale Recherche-gruppe unter Beteiligung von Medien aus 10 Ländern hatte am Sonntag Berichte veröffentlicht, wonach weltweit mehr als 1.000 Personen in 50 Ländern von Kunden des israelischen Herstellers NSO Group für eine mögliche Überwachung ausgesucht worden seien. NSO bietet ein Spähprogramm namens Pegasus für Handys an – hat es die Software einmal auf das Mobiltelefon geschafft,

kann es dieses in Echtzeit ausspähen, Messengerdienste trotz Verschlüsselung auslesen, sogar Kamera und Mikrofon steuern.

In Frankreich waren mehrere Journalist*innen betroffen, unter anderem die Médiapart-Reporterin Lénaïg Bredoux und der Mitgründer der Enthüllungsplattform, Edwy Plenel. Médiapart hatte am Montag angegeben, Anzeige zu erstatten. Das Medienunternehmen beschuldigt Marokko, die beiden Mitarbeitenden in den Jahren 2019 und 2020 ausspioniert zu haben: „Während mehrerer Monate hat der repressive Apparat des Königreichs Marokko auf diese Weise das Privatleben zweier Journalisten attackiert, den Beruf des Journalisten und die Pressefreiheit angetastet, professionelle und private Daten gestohlen und ausgebeutet“, heißt es auf der Website.

Marokko und NSO wiesen die Vorwürfe zurück. Die Staatsanwaltschaft in Paris erwähnte in ihrer Mitteilung am Dienstag das Land Marokko nicht. Nach dem Eingang der

Klage habe sie sich entschieden, Ermittlungen aufzunehmen, hieß es.

Abgestritten hat auch das EU-Land Ungarn die Vorwürfe, Pegasus gezielt zur Überwachung von Journalist*innen und Aktivist*innen einzusetzen. Wie die ungarische Recherche-gruppe Direkt36 berichtete, soll es in Ungarn mehr als 300 potenzielle Überwachungsziele gegeben haben. Nachweislich seien vier ungarische Journalisten und ein Fotograf überwacht worden, außerdem mehrere Geschäftsleute und Ex-Politiker.

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó gab nach einem Bericht des Nachrichtenportals Telex.hu am Montag an, der Direktor des Geheimdienstes IH habe auf Anfrage bestritten, dass der Dienst die Software einsetze. Der seinem Ministerium unterstellte Dienst sei bereit, dem Sicherheitsausschuss des ungarischen Parlaments Auskunft zu geben. Die Opposition will zu den Vorwürfen eine Sondersitzung einberufen. IH ist einer der fünf ungarischen Geheimdienste.

Die ungarische Justizministerin Judit Varga sagte in Brüssel: „Seien wir nicht albern. Jedes Land braucht solche Mittel.“ EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte am Montag eine Überprüfung der Informationen gefordert.

Wie weitere Enthüllungen ab Montagabend zeigten, ist das Spionageprogramm in Mexiko besonders exzessiv angewendet worden. Das Umfeld des heutigen mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador gehört demnach zu den Opfern. Die Telefonnummern von López Obradors Ehefrau, seiner Kinder, seines Bruders und sogar seines Kardiologen seien zwischen 2016 und 2017 zur Überwachung durch die Pegasus-Software in eine Liste eingetragen worden, berichtete unter anderem die Nachrichtenwebsite *Aristegui Noticias*. Zu dem Zeitpunkt war der linksgerichtete López Obrador Oppositionsführer und politischer Rivale des damaligen Präsidenten Enrique Peña Nieto.

Eva Oer, mit *afp*, *ap*, *rtr*, *dpa*

Die Bildergeschichte Generation 9/11 in Afghanistan



Ayesha Yosofzai trainiert seit einem Jahr an der Victory Cricket Akademie in Kabul. „Ich träume davon, Nationalspielerin zu werden“, sagt die 15-Jährige. „Manche Mädchen haben Probleme mit ihren Vätern, Brüdern und Onkeln. Ich sorge mich, dass die Taliban uns nach ihrer Rückkehr stoppen könnten. Das tut mir sehr weh“ Foto: Seamus Murphy/VII/redux/laif

taz sachen

Was tun in der Klimakrise?

taz Talks sollten mindestens zwei bis drei Wochen bevor sie stattfinden geplant werden. Heute wird eine Ausnahme gemacht. Die Planung gelang auf Impuls unserer früheren taz-Kollegin Ute Scheub fugenlos: Montag früh haben wir Theresa Leisgang und Raphael Thelen gewinnen können, um, moderiert eben von der taz-Mitgründerin und Erfinderin der taz-Umweltredaktion Ute Scheub, über aktuelle Bedrohungen durch die Klimakrise zu sprechen.

Dringlichster Anlass ist natürlich die Hochwasserkatastrophe der vergangenen Tage, unter anderem in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, in den Niederlanden, Belgien, Bayern und Sachsen. Thelen, Autor für zahlreiche deutschsprachige Magazine, war in den vergangenen Tagen in den überschwemmten und zerstörten Gebieten unterwegs. Er weiß zusammen mit Theresa Leisgang, ebenfalls Autorin und außerdem Campaignerin, indes mehr zu berichten: Die beiden haben in ihrem (fast) gleichnamigen Buch „am Puls der Erde“ gefühlt und Überlebende klimabedingter Extremwetter besucht – von Südafrikas Dürregebieten über Mosambiks Überschwemmungsregionen bis zum Polarkreis.

In dieser digital übertragenen Gesprächsrunde wird gefragt: Wie gehen die Menschen im Globalen Süden und hierzulande mit dieser Krise um? Welche Machtgefüge sind die tieferen Ursachen? Und warum gibt es, wie im Untertitel des Buchs verheißen, „trotz allem Hoffnung“? Der taz Talk beginnt akkurat um 19 Uhr – und kann fast sofort danach als Konserve angeguckt werden. Live aber können Sie bzw. könnt ihr Fragen stellen und Kommentare formulieren unter taztalk@taz.de. Herzlich willkommen! (*ja*)

Kritische Kanister: Figur des beninischen Künstlers Romuald Hazoume
Foto: Jens Kalaene/dpa



Jetzt ist Schloss

Von **Susanne Messmer**

Eigentlich sollte es ja schon zum Geburtstag Alexander von Humboldts eröffnet werden. Im September 2019 wäre das gewesen. Doch dann kamen die Probleme mit dem Bau, danach Corona, eine Verschiebung jagte die nächste. Am Dienstag war es dann so weit. Das größte und umstrittenste Kulturprojekt des Landes in der rekonstruierten Berliner Schlosskulisse der Hohenzollern, das stattliche 680 Millionen Euro gekostet hat, wurde fürs Publikum eröffnet.

Es ist an der Zeit, dass sich die Besucher*innen selbst ein Bild machen – und mitreden. Denn auch wenn im Augenblick keiner so richtig weiß, welche Richtung dieses Zentrum für Kultur, Kunst, Wissenschaft und Bildung nehmen soll, scheint doch eines festzustehen: Die Debatten über das Humboldt Forum gestalten sich mit seiner Eröffnung hitziger denn je. Das wurde am Dienstag erneut deutlich: Eine Stunde vor der feierlichen Eröffnung mit Reden, Häppchen und Musik versammelten sich am Mittag rund 100 Demonstrant*innen auf der gegenüberliegenden Straßenseite vor dem Lustgarten.

Die Berliner Coalition of Cultural Workers against the Humboldt Forum hatte zu einer Plakataktion aufgerufen und um Ergänzungen für den Satz gebeten: „Ich mache nicht mit, weil ...“ Die abwechslungsreichen Protestschilder, die daraus entstanden sind, künden von den zahlreichen Argumenten, die in den Jahren seit der Grundsteinlegung 2013 gegen das Prestigeprojekt ins Feld geführt wurden. „Weil sich Schuldgeschichte nicht mit Baugeschichte wegradieren lässt“, heißt es etwa, oder „wegen der Verarmung von Kulturen, deren Kunstschätze gestohlen wurden, um westliche Museen zu schmücken“.

Für Mnyaka Sururu Mboro, einen tansanischen Aktivist und Mitbegründer von No Humboldt 21, ist dieser Tag jedenfalls „ein Trauertag“, wie er in seiner Rede sagt. Der deutsche Kolonialismus habe „so viel Blut“ gekostet – nun würden mit dem Schloss die „deutschen Kolonialherren gewürdigt. Was feiern Sie da, Frau Grütters?“, fragt er in Richtung der Staatssekretärin für Kultur, die das Haus kurz darauf eröffnet und als Museum neuen Typs lobte. Es mache die Tradition der Aufklärung und das Ideal des friedlichen Dialogs der Kulturen ganz im

Sinne der Humboldt-Brüder erfahrbar, sagte die CDU-Politikerin in ihrer Rede. Deutschland empfehle sich damit als Partner in der Welt, wenn es darum gehe, dem Fremden mit Neugier zu begegnen, statt es abzuwehren und abzuwerten.

Doch die Aktivist*innen und andere Kritiker*innen sehen das anders. Sie halten das Humboldt Forum für einen unerträglichen Cremekasten, ein Symbol für den Chauvinismus, Militarismus und Nationalismus Preußens oder einfach für einen überflüssigen Kulturkoloss. Allein auf die Diskussionen über die deutsche Kolonialgeschichte in dieser ersten Jahreshälfte zurückzublicken würde ein halbes Buch füllen. Ein Ausschnitt: Als bei der digitalen Eröffnung im Dezember 2020 der Intendant des Humboldt Forums, Hartmut Dorgerloh, auf die Frage nach Nigerias Anspruch auf die berühmten Benin-Bronzen antwortete, dass „uns die Leute die Bude einrennen werden“, da war die Kritik nicht gerade leise. Sie wurde lauter, als wenig später das Auswärtige Amt in Nigeria über die Rückgabe der Bronzen zu verhandeln begann, die ausgestellt werden sollten.

Und während also die wichtigsten Player im Humboldt Forum noch damit beschäftigt waren, zuzugeben, was nicht mehr zu leugnen ist und sich ganz nebenher auch noch gegen das frisch errichtete Kreuz auf der Kuppel inklusive Bibelspruch abgrenzen musste, der die Unterwerfung aller Menschen unter das Christentum fordert, da kam auch noch das Buch des Berliner Journalisten und Historikers Götz Aly, „Das Prachtboot“, heraus. Es handelt von einem der anderen Paradeobjekte der Ausstellungen im Humboldt Forum, vom sogenannten Luf-Boot. Bis dahin hatte der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, stur behauptet, das Luf-Boot sei legal erworben worden.

Doch Aly führt aus, wie die deutschen Kolonialherren im „Schutzgebiet“ Deutsch-Neuguinea töteten, vergewaltigten und die Bewohner zur Zwangsarbeit auf ihren Plantagen verschleppten, wie deutsche Kaufleute 1882 eine militärische „Strafaktion“ anfordern. Daraufhin ermorden deutsche Marinesoldaten auf der Insel Luf bis zu 350 Menschen. 20 Jahre später kehrten Vertreter des Unternehmens, das die Strafaktion veranlasst hatte, zur Insel Luf zurück und brachten das

Nach langer Bauzeit wurde am Dienstag das Humboldt Forum eröffnet. Damit werden auch die Debatten und die heftige Kritik in eine breitere Öffentlichkeit getragen

Boot in ihren Besitz. Bei einer Presseführung Ende Juni wusste Parzinger nicht viel zu sagen auf die Frage, ob die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte nicht offensiver sein müsste – und verwies auf eine Begleitbroschüre, in der all das aufgearbeitet werde. Die Staatlichen Museen zeigten sich einmal mehr nicht nur als unbeweglich, sondern als knallharte Verteidiger ihrer Pfründen.

Doch wen es dieser Tage als Besucher*in ins Humboldt Forum verschlägt, der wird von den sogenannten außereuropäischen Sammlungen dieser Museen erst einmal nicht viel zu sehen bekommen. Die derzeit so umstrittenen Objekte des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst, die zusammen ein Drittel der riesigen Nutzfläche bespielen werden, sollen erst ab dem 22. September präsentiert werden. Stattdessen sind zunächst nur sechs Ausstellungen kleinerer Player in diesem Haus zu begutachten.

Tatsächlich kommen diese Ausstellungen erstaunlich kritisch daher. Sie sehen ihre eigene Rolle als Korrektiv des Großen und Ganzen,

„Mit dem Schloss werden die deutschen Kolonialherren gewürdigt“

Mnyaka Sururu Mboro, tansanischer Aktivist, von No Humboldt 21

als Speerspitze der Bewegung sozusagen. Das gilt für die Ausstellung „Nach der Natur“ der Humboldt-Universität zu Berlin, in der es auf erhellende Art um die aktuelle Krise der Natur und der Demokratie geht. Das gilt auch für die Ausstellung „Einblicke“ über die Paten des Forums, Alexander und Wilhelm von Humboldt, die diese anders als derzeit üblich nicht nur als die intellektuellen Superheroes ihrer Zeit darstellen, sondern auch als privilegierte weiße Männer, die sich ziemlich instrumentalisieren ließen.

Das gilt vor allem aber für die Ausstellung „Berlin Global“ des Berliner Stadtmuseums unter Chefkurator Paul Spies aus Amsterdam. Während viele Kurator*innen im Humboldt Forum noch davon sprechen, man arbeite auf Augenhöhe mit den Herkunftsgesellschaften zusammen, sehen sich die Kurator*in-

nen von „Berlin Global“ längst nur noch als Moderator*innen. Große Teile der Ausstellung habe man an sogenannte Critical Friends abgetreten, an zivilgesellschaftliche Organisationen oder Künstler*innen. Dabei geht es in „Berlin Global“ stets um das ungeklärte Verhältnis der Deutschen zum Kolonialismus und dessen Folgen, dem omnipräsenten Alltagsrassismus.

Aber werden kleine, feine Ausstellungen wie „Berlin Global“, „Nach der Natur“ oder „Einblicke“ das Humboldt Forum wirklich in die richtige Richtung schubsen können? Die Initiativen, die am Dienstag demonstrierten, halten diese eher für den dilettantischen Versuch, kritische Stimmen zu absorbieren. Hinzu kommt, dass immer wieder einige dieser kritischen Stimmen abspringen. Erst am Freitag zog sich das selbstverwaltete Berliner Jugendzentrum Potse, das gerade mit seinem Kampf gegen Verdrängung die Debatten in der Stadt prägt und einen Raum der „Berlin Global“-Ausstellung gestalten sollte, raus. Man sei sich der Schwierigkeit immer bewusster geworden, „Kritik von innen auszuüben, ohne sich dabei als Feigenblatt ausnutzen zu lassen“.

Wird das Humboldt Forum die Kurve kriegen oder nicht, werden hier wirklich in ausreichendem Maße „komplexe, schmerzhaft und schwierige Themen wie Raubkunst, Provenienzforschung oder Restitutionsfragen die Programmarbeit prägen“, wie Intendant Dorgerloh das am Montag vor der Eröffnung formulierte? Der Hamburger Historiker und Afrikawissenschaftler Jürgen Zimmerer schlug Mitte Mai in einem Beitrag in der taz vor, den prunkvollsten Hof mit Sand aus der Omahekewüste aufzufüllen, wo deutsche Kolonialtruppen 1904 die Herero zugrunde gehen lassen wollten. Vielleicht aber könnte man auch ohne konkrete Rückgabeforderungen vonseiten Papua-Neuguineas das Loch in der Fassade wieder aufreißen, das da eine Weile klaffte, damit das 16 Meter lange Luf-Boot eingebracht werden konnte.

Das jedenfalls wäre mal etwas anderes als der simple Abriss, den derzeit so viele an einem Ort fordern, wo schon so viel abgerissen wurde. Es wäre auch etwas anderes als feine Nadelstiche kleiner Ausstellungen und Begleitbroschüren.

Mitarbeit: Susanne Memarnia

humboldt forum

Zwingburg der falschen Gesten

Das Stadtschloss demonstriert Überlegenheit

Das Humboldt Forum ist kein Schloss. Es ist auch keine Kopie des Berliner Schlosses, sondern bestenfalls das Bild davon – und das auch nur von drei Seiten. Gerade die Ostseite des Gebäudes in Richtung der ehemaligen Doppelstadt Berlin-Cölln wurde nicht rekonstruiert. Hier hatten bis zum Abriss der Kriegsrueine zu DDR-Zeiten die ältesten Teile des Schlosses gestanden. Sie fehlen jetzt und sind durch eine Spreeterrasse ersetzt.

Nun kann man nicht mehr erahnen, dass das durch den brandenburgischen Kurfürsten ab 1443 begonnene Schloss zunächst eine Zwingburg war. Es sollte die Stadtbürger in Schach halten. Auch der berühmte „Berliner Unwille“ konnte 1448 die Herrschaft der Hohenzollern nicht abschütteln.

So undemokratisch fängt die Geschichte des Schlosses an. Als dann Andreas Schlüter dem „König in Preußen“ anlässlich seiner Krönung in Königsberg im Jahr 1701 eine standesgemäße erweiterte Residenz baute, waren die barocken Formen bei einem römischen Palazzo abgeguckt. Das Humboldt Forum prunkt also heute genauso wie zu Hochzeiten des Feudalab-

Der „Berliner Unwille“ konnte die Herrschaft nicht abschütteln

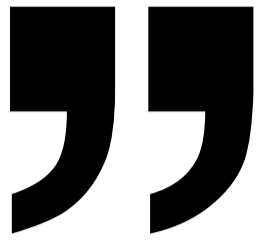
solutismus. Eine Mehrheit des deutschen Bundestags, der die Rekonstruktion im Jahr 2002 beschloss, sah darin kein Problem.

Einsprüche aber gibt es aktuell zuhauf. Nicht mehr der Abriss des zuvor hier stehenden Palastes der Republik ist das Skandalon, sondern das koloniale Raubgut im Inneren des Humboldt Forums. Es fragt sich nun, ob nicht schon die Fassaden einen falschen Geist ausstrahlen, lief doch der Weg unter den Hohenzollern schnurstracks hinein in Kolonialismus und Imperialismus. Das von Eosander von Göthe eingefügte Westportal im Schloss wiederholt sogar die Form des Triumphbogens des Septimius Severus aus dem Jahre 203, errichtet nach den Siegen über die Parther. Die Geschichte ist oft grausam gegenüber den Besiegten; zuweilen wird ihnen noch das Wertvollste als Beute entrisen.

Sich barocke Fassaden zurückzuholen und dazu die im 19. Jahrhundert ergänzte Kuppel mit Kreuz und der Aufschrift, „daß im Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind“, ist nicht bloß bauliche Rekonstruktion. Es handelt sich um die Wiederholung einer Überlegenheitsgeste.

So etwas kann man allenfalls ironisch zum Besten geben. Und so muss man wohl auch die Forderung des Fördervereins Palast der Republik e. V. zur Wiedererrichtung des geschleiften DDR-Baus verstehen: Mit fast denselben Slogans wie einst die Schlossfreunde beruft sich der Förderverein auf die Historie. Mit einem Unterschied: Jetzt gelte es, die „historische Mitte komplexer zu machen“.

Ronald Berg



„Es geht eben nicht mehr mit ‚Weiter so!‘
Also auf Sicht regieren und Klimaschutz bremsen.
Meiner Meinung nach haben wir keine Zeit mehr für die CDU“

Nilsson Samuelsson auf taz.de zu „Flutkatastrophe und Klimawandel: Das unbewohnbare Haus“, taz vom 19. 7. 21

wortwechsel

Vor uns – die Sintflut? Das Unvorstellbare denken?

Es war nicht die erste Überflutung in Deutschland, es wird nicht die letzte gewesen sein. Trauer, Angst, Entsetzen in den zerstörten Gebieten. Sind solche Katastrophen vermeidbar?



Altenahr im Kreis Ahrweiler. Fast alle Straßen und alle Bahnleise sind unbefahrbar. Das einst so idyllische Städtchen trauert um Verunglückte und verlorene Existenzen Foto: Björn Kietzmann

Masters of Disaster

„Das Ende des Wohlgefühlwahlkampfes“, taz vom 16. 7. 21

Wenn die Trauer und das Entsetzen weichen, wird sich Wissenschaft wieder bewähren. Mit Wumms wird ein Anteil Wut über die Wahrheit hinter der Katastrophe offenbar werden. Wer – mit Wohlwollen und Willen zum Machterhalt – der Wirtschaft stets die Stange gehalten hat und früher sämtliche Warnungen der Wissenschaft zu Klimawandel und ökologischem Fußabdruck in den Wind schlug, kann nicht als Heilsbringer* in reüssieren. „Master of Disaster“ ist ein Titel, der keine Ehrendoktor*innenwürde widerspiegelt, Krisenmanagement ist gefragt. Im Club Union der Prokrastination sind Beschäftigten und Aussitzen probate König*innendisziplin seit Jahrzehnten, wenn es um wahrlich schmerzhaft Einschnitte für Wirtschaft und Wahlvolk geht. Die Wucht des Wassers hat in Landschaften physisch und in die Herzen der Betroffenen psychisch tief hinein geschnitten. Das ist weit mehr als der berühmte Schuss vor den Bug. *Martin Rees, Dortmund*

Wir haben es verbaut!

Durch die permanente, jahrhundertalte Begradigung von Flüssen hat sich das Wasser in seiner Fließgeschwindigkeit beschleunigt, parallel haben sich die Wassermengen bei Starkregen erhöht und Ausweichflächen wurden verringert, die eigentlich schon immer dazu dienten, dem Wasser vorübergehend den Druck zu nehmen. Last but not least wurden und

werden immer mehr Flächen bebaut und verdichtet, die Versiegelung bietet dem Wasser nicht mehr die Möglichkeit, zu versickern. Und letztendlich hat die Politik immer große Worte, aber die notwendigen Investitionen in Deiche und Brücken, sie blieben aus. Der Klimawandel mag auch seine Auswirkungen haben, aber es ist vor allem der Mensch selbst, der sich im Wege steht. Den betroffenen Menschen nützen diese Erkenntnisse nichts – ihnen muss jetzt schnell und unbürokratisch geholfen werden. *Sven Jösting, Hamburg*

Nichts tun – wird teuer

So viel mehr Wissen – und so wenig Tun ... Zur Geschichte: Bericht des Club of Rome, Grenzen des Wachstums (1972), 1988 Gründung des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change der UN). Vielleicht wurde bei der Diskussion um die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen nicht deutlich genug gesagt, welche Kosten entstehen, wenn wir nichts tun.

Das dürfte jetzt klarer werden. *Gabriele Schütz-Lembach, Aachen*

„Flutkatastrophe und Klimawandel: Das unbewohnbare Haus. Die Klimakatastrophe findet nicht nur in Bangladesch und am Pol statt, sondern nebenan.“ Spätestens jetzt muss sich alles ändern“, taz vom 19. 7. 21

Welche Infrastruktur?

Die aktuelle Hochwasserkatastrophe ist nur zum Teil auf den Klimawandel zurückzuführen. Ein erheblicher Teil des

Problems ist die vom Menschen gebaute Infrastruktur und das Wasser-Mismanagement. Durch Wasserretention lassen sich solche extremen Hochwasser vermeiden, die austrocknenden Weinberge pumpenfrei bewässern, Artenvielfalt und touristischer Naherholungswert steigern. Lösungsansätze: www.wasserretention.de *Julian Stolte, Permakulturgestalter, Traben-Trarbach*

Und taz.de schreibt ...

Wenn Deutschland maximale Anstrengungen unternimmt und vielleicht 500 Milliarden Euro in CO₂-Reduktion investiert, so würde damit der weltweite CO₂-Abdruck um nicht einmal 1 Prozent gesenkt. Das wären aber 500 Milliarden weniger für Schulen, für Bildung, für Gesundheit, für bessere Chancen, bessere Infrastruktur ... Man kann Geld nur einmal ausgeben. Man könnte für 500 Milliarden auch Dämme bauen, Wasserspeicher für Trockenzeiten, gegen Hitze und Dürre resistente Pflanzensorten züchten. Damit würde man zwar nicht Bangladesch retten, das kann Deutschland ohnehin leider nicht, aber zumindest Deutschland. *Paul Rabe* Genau in dieser Logik tickt der Mensch! Außerhalb der aktuellen deutschen Katastrophengebiete ist es jedem völlig egal, denn es hat ihn ja nicht betroffen, so wie es uns zuvor egal war, wenn Bangladesch versinkt oder der Eisbär am Pol absäuft. Was hilft? Von oben nach unten, unter Zuhilfenahme der Wissenschaft durchregieren und keine Angst vor Verbotsdiskussionen. *Tom Farmer*

Es scheint, wir unterliegen alle einer totalen Ideologie. Und alle Angst wird ertränkt in Brot und Spielen. Alles und jedes wird konsumgerecht aufbereitet. Wir sind nicht einmal mehr zerrissene. *Georg Seider* Warum sollte sich etwas ändern? Die unmittelbar Betroffenen sind anderweitig beschäftigt, und die meisten Wähler sind nicht betroffen. Jetzt feine Worthülsen, dann etwas abwarten, und nach drei Monaten mit anderen politischen Zielen wedeln. Abwägen, und weiter Placebo-Klimaschutz. Warum sollte es anders laufen? *Mensch Meier*

Es geht eben nicht mehr mit „Weiter so!“ Also auf Sicht regieren und Klimaschutz bremsen. Meiner Meinung nach haben wir keine Zeit mehr für die CDU. *Nilsson Samuelsson*

Wer wird mitmachen?

Meine persönliche Konsequenz lautet: Wir müssen alles dafür tun – in unserer Not –, einen Zusammenschluss aller Umweltbewegungen von Nabu über Greenpeace, Attac, BUND, Deutsche Umwelthilfe, ADFC, VCD, ProBahn herbeizuführen, zur Not sogar mit dem ADAC, um angesichts dieses verrückten und wirklichkeitsfremden Wahlk(r)ampfes Druck aufzubauen, Forderungen zu stellen, vielleicht einen Klima-Lockdown vorzubereiten. Ohne Verzicht wird es nicht gehen, und so überzeugend sind die angeblich so überlegenen Technologie-Vorschläge der Industrie nicht – wir müssen uns zusammenschließen, um letztlich über Volksentscheide und neue Parteien die Weichen für eine wirksame Klimapolitik zu stellen, die diesem Auftrag auch gerecht wird. Machen taz-Leser da vielleicht auch mit? *Dietmar Rauter, Kronshagen*

meinungsstark

Ende des Wohlstandsversprechens?

„Die Zukunft der Grünen: Eine andere Baerbock“, taz vom 18. 7. 21

Nun leidet also auch Peter Unfried am Enttäuschungssyndrom. Sie alle haben es wohl für möglich gehalten, die kleinste der Oppositionsparteien könnte die nächste Kanzlerin stellen. Und das mit einer Wohlgefühlstrategie – klar und hart in der Sache, konziliant im Ton.

Keine der Parteien im Bundestag traut sich, dem verwöhnten Kind – uns Wählern – Tatsachen zu sagen, zuzumuten, denn es könnte, es würde mit Liebesentzug reagieren. Klimapolitik und Wohlstandsversprechen passen nicht zueinander! Freiheit zu erhalten, wäre ausnehmend viel. Wir verbrauchen mehr als 1,7 Erden, wir müssen nachhaltig werden. Frau Baerbock wird hoffentlich bei ihrem Stil bleiben, Alternative zu sein mit unumgänglichen Veränderungen, gegen ein „Weiter so“. Die Wettbewerber sind durch die Enttäuschungen über Baerbock nicht annehmbarer geworden. *Klaus Warzecha, Wiesbaden*

Formel-1-Raserei – bald mit Strom?

„Die Grünen im Abwärtstrend: Und jetzt?“, taz vom 12. 7. 21

Ich habe mir die Augen gerieben. Da steht doch tatsächlich: „Vielleicht müssen die Grünen amerikanischer werden, um Punkte zu machen. Vielleicht müsste sich Baerbock mal mit dem grün wählenden Formel-1-Star Sebastian Vettel in ein E-Rennauto setzen und um den Nürburgring brettern, um zu zeigen, dass E-Mobilität Spaß macht.“ Mit Herrn Vettel im Rennwagen um den Nürburgring düsen, um wieder Stimmen zu holen? Dadurch würde sie meine garantiert verlieren. *Lisa Bäuml, Bremen*

Vergiftet – bis in alle Ewigkeit

„Giftmüll in Bitterfeld: Bis zur nächsten Eiszeit“, taz vom 16. 7. 21

Das Einleiten von Giftmüll in stillgelegte Bitterfelder und Wolfener Braunkohlegruben ist keine „Errungenschaft“ der DDR: Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben Agfa beziehungsweise IG Farben dort Dioxine verklappt. Leider kann man auch diese Firmen nicht mehr haftbar machen. *Jan Boock, Berlin*

Orientierungshilfe Literatur

betr.: Bitte mehr statt weniger Literatursendungen

Mit vielen anderen in meinem Bekanntenkreis, wünsche ich mir mehr Westermann, Alsmann, Scheck und auf keinen Fall weniger Literatursendungen!

Diese Sendungen bieten wertvolle Orientierungshilfe (was lese ich als nächstes und wovon lasse ich die Finger).

Ich hoffe sehr, die Programmgestalter berücksichtigen die Diversität der Interessen!

Thomas Preußner, Neustadt am Rübenberge

Berichterstattung der taz über Kuba

„Kuba droht ein Bürgerkrieg“, taz vom 16. 7. 21

Wie kann man eine ganze Seite über die aktuelle Situation in Kuba schreiben, ohne den Kampf gegen die Pandemie zu erwähnen? Ohne von der spektakulären Entwicklung eines eigenen Impfstoffes zu sprechen? Wie kann man von der kubanischen Regierung Zollerleichterungen fordern – ohne die über 60-jährige US-Blockade zu erwähnen?

Medikamente können nicht eingeführt werden, die Zusammenarbeit mit zum Beispiel europäischen Partnern wird erschwert oder verhindert, weil die US-Regierung beschließt, zu wissen, was gut für die Insel ist!

Eine ganze Seite in der taz mit der Wahrheit eines Interviewpartners, der nicht vor Ort ist. Mit einer suggestiven Fragestellung, aus der man die bereits feststehende persönliche Meinung eures Mittelamerika-Korrespondenten herauslesen kann. Es ist nicht zu fassen, wie „meine“ taz auf den Zug des Kuba- und auch, an anderer Stelle, des Nicaragua-Bashings aufspringt! *Monika Link, Heidelberg*

taz.de

Bundesregierungen dürfen gern auch die ersten Warnungen des europäischen Frühwarnsystems Efas effektiv weitergeben. Die ersten Hochwasserwarnungen des Efas kamen vier Tage vor den ersten Überschwemmungen.

Liebtlich zu „Überschwemmung in Deutschland: Ohne Versicherung“, taz vom 19. 7. 21



taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21,
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

China möchte Robo-Taxis für alle

Das Land fördert die Entwicklung des autonomen Fahrens mit flexiblen Gesetzen und viel Geld. So sollen die eigenen Unternehmen die Konkurrenz aus den USA überholen



Arbeiter des Betriebs Cherry & Wanda in Guiyang im Südwesten Chinas. Die Firma testet einen Bus, der eigenständig manövriert

Aus Guiyang und Nanking **Fabian Kretschmer** (Text und Fotos)

Mit seinen fensterlosen Hallen, verlassenen Gehwegen und verrosteten Autokarosserien erinnert das Areal ein wenig an ein bankrott gegangenes Filmstudio. Nebel und Nieselregen sorgen für zusätzliche Tristesse, am Horizont zeichnen sich unverputzte Häusersiedlungen ab. Hier in Guiyang, der Hauptstadt der im Südwesten Chinas gelegenen Provinz Guizhou, wird die Zukunft getestet. Hier erprobt der staatsnahe Busbauer Cherry & Wanda das Fahren ohne Fahrer, die Regierung unterstützt das mit viel Geld.

Mit breitem Lächeln begrüßt Li Hongda – blaue Funktionärsjacke, rotes Parteizeichen am Revers – die ausländischen Journalisten. „Steigen Sie ein“, sagt Li und bittet in die neueste Errungenschaft der Chinesen: einen autonomen Stadtlinienbus, der eigenständig durch die Teststrecke manövriert. „Wir können zwar nie wissen, welche Gesetzesregulierungen in der Zukunft kommen werden, aber bis auf Weiteres investieren wir alle unsere Ressourcen in einen möglichst fortgeschrittenen autonomen Bus“, sagt der Manager.

Bislang wirken die Versuche hier noch etwas holprig: Der Bus fährt nur eine primitive Teststrecke ab, die Geschwindigkeit ist gedrosselt und zur Sicherheit bleibt stets ein Fahrer hinterm Lenkrad.

In der Hauptstadt ist man allerdings schon weiter. 3.000 Kilometer nördlich von dem tristen Testgelände in Guiyang, hat Peking bereits im Dezember 2017 als landesweit erste Stadt damit begonnen, selbstfahrende Pkws auf öffentlichen Straßen zu testen. Schon damals wurden Abschnitte von 105 Kilometern für Testfahrten freigegeben. Da die Regulatoren den Autobauern eine strenge Dokumentation abverlangen, lässt sich der Fortschritt der Branche gut in Zahlen widerspiegeln: 2019 fuhren allein in Peking fahrerlose Autos über 1 Million Kilometer ab. 2020 wurden sie zudem im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie eingesetzt, etwa als Essens- und Medizinlieferant für das Haidian-Krankenhaus.

Angeben bei Olympia

Mittlerweile haben insgesamt 27 chinesische Städte Teststrecken freigegeben, auf denen mehr als 70 heimische und internationale Firmen mit einer Flotte von rund 600 selbstfahrenden Autos experimentieren. Das Ziel der Regierung ist es, bis 2025 flächendeckend Robo-Taxis und fahrerlose Lkws kommerzialisiert zu haben. Die für nächsten Februar geplanten Olympischen Winterspiele in Peking sollen als Schaubühne dienen, um der Welt die technologischen Fortschritte zu präsentieren.

Insgesamt steht die Branche jedoch noch vor massiven Herausforderungen. Im Autonomous Vehicles Readiness Index, einer jährlich vom weltweiten Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG herausgegebenen Studie, rangiert China unter allen 30 untersuchten Ländern lediglich auf dem 20. Platz. Darin werden zwar die rasanten Fortschritte der Volksrepublik gelobt, doch gleichzeitig wird der chaotische Verkehr auf chinesischen Straßen bemängelt: „Das macht es komplizierter und herausfordernder für autonomes Fahren“, sagt Phi-

lip Ng von KPMG China. Letztendlich bräuchte es wohl auf chinesischen Autobahnen eine eigene Spur, ausschließlich für fahrerlose Pkws.

Führender Player auf dem chinesischen Markt ist mit deutlichem Abstand das Internetimperium Baidu, welches zunächst als Onlinesuchmaschine à la Google groß geworden ist. Bereits im letzten Jahr hat Baidu erste Robo-Taxis auf Pekings Straßen eingeführt. Zunächst mutete dies mehr wie ein PR-wirksames Technikgadget an: Interessierte mussten jede Fahrt zunächst reservieren und wurden stets von einem menschlichen Chauffeur hinterm Lenkrad abgesichert. Seit Mai wurde der Dienst ausgeklügelter: Erstmals werden die Robo-Taxis für als kommerzieller Service zahlende Kunden angeboten, und statt Kontrollfahrer wacht nur mehr ein menschliches Auge via Remotezugriff. Bislang sind die Fahrzeuge nur in einem bestimmten Bezirk innerhalb der Hauptstadt zugelassen.

Derzeit betreibt Baidu 200 autonome Fahrzeuge, darunter eine kommerzielle Busstrecke im westchinesischen Chongqing. Bis zum Ende des Jahres 2023 möchte der Konzern 3.000 Robo-Taxis auf die Straßen von 30 chinesischen Städten gebracht haben. Die Zentralregierung in Peking hat das Ziel vorgegeben, dass bis 2025 die Hälfte aller verkauften Autos mit selbstfahrender Technik ausgestattet sein soll.

„Wir sehen China eigentlich sehr gut entwickelt beim Thema autonomes Fahren“, sagt Stefan Bratzel. Er ist der Direktor des Center of Automotive Management der Fachhochschule der Wirtschaft, die in Nordrhein-Westfalen angesiedelt ist. Weltweit führe zwar das Silicon Valley, insbesondere Googles Tochterfirma Waymo. Doch nach den großen amerikanischen Playern folgen schon bald

Im ostchinesischen Nanking soll das Gros der Busse im öffentlichen Nahverkehr bis 2030 vollautomatisiert fahren



„

„Ein großer Vorteil, den chinesische Unternehmen haben, ist die starke Unterstützung der Regierung“

Stefan Bratzel, Fachhochschule der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Baidu und das in Guangzhou ansässige Pony.ai. „Ein großer Vorteil, den chinesische Unternehmen haben, ist die starke Unterstützung der Regierung“, sagt Stefan Bratzel. Damit meint er nicht nur die flächendeckenden Subventionen, sondern vor allem eine offene und rasch angepasste Gesetzgebung. Zudem gibt es stets den politischen Druck auf die meist staatsnahen Betriebe, im Ziel der nationalen Interessen miteinander zu kooperieren und Ressourcen zu bündeln.

Die Lokalregierungen in China wollen ihre Regionen als Wirtschaftsstandorte profilieren. „Autonomes Fahren ist die Zukunft“, sagt etwa der Regierungsbeamte Sun Wen von der Verwaltung in Nanking, Hauptstadt der ostchinesischen Provinz Jiangsu. „Wir sind sehr erpicht darauf, die Technologie einzusetzen, um das Leben der Leute zu verbessern“, sagt Su Wen. Man verspreche sich vor allem mehr Sicherheit und eine effizientere Verkehrsplanung. Sun geht davon aus, dass das Gros an Bussen im öffentlichen Nahverkehr bis 2030 vollautomatisiert fahren werde.

Ohne Lenkrad über die Insel

Unweit von Nankings futuristischem Stadtzentrum entstand auf einer Insel im Fluss Jangtse eine der ersten Teststrecken des Landes. Auf Straßenabschnitten von über 15 Kilometern, assistiert von 500 5G-Basisstationen, chauffieren unbemannte Busse des Start-ups WeRide täglich Hunderte Angestellte zwischen den gläsernen Bürogebäuden hin und her. Bis zu 40 Stundenkilometer dürfen die himmelblauen Vehikel bereits fahren, sie kommen ohne eingebautes Lenkrad oder Gaspedal aus. Das System fährt bereits komplett selbstständig, nur müssen die Straßen zuvor für die Software kartografiert werden.

„Wir wollen, dass die Regierung unsere Busse einsetzt – etwa in Industrieparks oder an touristischen Orten“, sagt Wang Yan, die für WeRide Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Ihr Unternehmen hat 400 Angestellte, fast alle sind Ingenieure. Eine weitere große Anwendungsnische sieht sie bei den „letzten drei Kilometern zwischen U-Bahnstation und Haustür“, für die künftig autonome Busse eingesetzt werden sollen.

Derzeit arbeitet die chinesische Regierung noch an einer landesweiten Gesetzgebung für autonomes Fahren. Bis dahin sind die Lokalregierungen jedoch implizit dazu angehalten, im rechtlichen Graubereich die Technologie mit aggressivem Testen weiter voranzutreiben – vornehmlich, um im wirtschaftlichen Wettkampf mit den USA die Pole Position zu erhaschen.

In der ostchinesischen Provinz Zhejiang etwa wird an einem Autobahnabschnitt gearbeitet, wo autonome Pkws bis zu 150 Kilometer pro Stunde fahren dürfen und gleichzeitig via Fernladegeräte, die auf der Straßenoberfläche installiert werden, ihre Batterien aufladen können. Solche Vorstöße werden allein schon deshalb von der Regierung gefördert, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen: China ist der größte Automarkt der Welt, hat es aber nie geschafft, bei Verbrennungsmotoren international konkurrieren zu können.

krankes wetter

Die einen so, die anderen weiter wie gewohnt: Die IHK Hannover warnt vor erneuten Einschränkungen für Gastronomie, Einzelhandel und Hotels und kritisiert die bisherige Bewertung von Corona: „Die Inzidenz als einziger Gradmesser und Richtschnur für politisches Handeln und Verordnungen ist nicht mehr tragfähig“, sagt die IHK-Hauptgeschäftsführerin. Und die Landesregierung in Hannover so: Wir halten an den Inzidenzen fest. Wetter in Hannover: teils bewölkt bei 23 Grad.

Pflegekräfte hinterlassen große Lücke

Trotz steigender Löhne: Belastungen auch wegen Corona insgesamt zu hoch

Trotz steigender Löhne klappt in der Altenpflege weiter eine Riesenlücke an unbesetzten Stellen. Auf 12.300 offene Stellen für Fachkräfte in der Branche kommen derzeit rund 3.400 arbeitslose Pflegefachkräfte. „Da ist der Markt leer“, sagte ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit (BA) am Dienstag in Berlin. Viele Pflegekräfte spielen mit dem Gedanken, den Beruf aufzugeben, hieß es beim Deutschen Caritasverband. Dabei stieg das mittlere Entgelt für eine Altenpflegefachkraft 2020 um knapp 4,7 Prozent auf 3.174 Euro.

Spitzenreiter beim mittleren Entgelt für Pflegefachkräfte ist Baden-Württemberg mit 3.446 Euro, gefolgt von Bayern mit 3.329 Euro. Schlusslichter sind Sachsen mit 2.768 und Sachsen-Anhalt mit 2.736 Euro.

Zwar gewinnt die Altenpflege seit Jahren Beschäftigte dazu – doch bei Weitem nicht genug, um die Engpässe auszugleichen. 2020 halbierte sich der Beschäftigungszuwachs, wie eine Antwort der BA auf eine Anfrage der Linken im Bundestag zeigt. Die Branche zählte Ende 2020

„Ein Rückgang der Zuwächse ist angesichts des eklatanten Personalmangels ein alarmierendes Zeichen“

Pia Zimmermann, Linkspartei

rund 629.000 Beschäftigte und somit 10.000 mehr als Ende 2019. Das entspricht einem Zuwachs von 1,6 Prozent. Im Vorjahr hatte der Zuwachs noch gut 3,1 Prozent betragen. Im Jahr davor waren es sogar knapp 3,3 Prozent.

Die Linken-Abgeordnete Pia Zimmermann, die die Anfrage gestellt hatte, sagte, ein Rückgang der Zuwächse sei angesichts des eklatanten Personalmangels ein alarmierendes Zeichen. Allerdings trägt laut BA ein statistischer Effekt zu dem Ausreißer nach unten bei: Denn seit 2020 gibt es in der Pflege eine neue generalistische Ausbildung, sodass keine Altenpflege-Azubis mehr in die Beschäftigtenstatistik eingehen, wie ein BA-Sprecher erläuterte. Trotzdem seien Fachkräfte weiter knapp, heißt es auch bei der BA.

Die Zusatzbelastungen, die Corona für die Altenpflege brachte, lässt sich etwa anhand der gestiegenen Sterblichkeit in Pflegeheimen ahnen. In den ersten beiden Coronawellen im Frühjahr und Herbst 2020 lag die Sterblichkeit laut AOK-Bundesverband deutlich über dem Mittel der Vorjahre. Im Frühjahr gab es im Vergleich dazu 20 Prozent mehr Todesfälle, im Herbst sogar 30 Prozent. Die Arbeitsbedingungen seien ohnehin belastend, sagte eine Caritas-Sprecherin. „Diese Entwicklung wurde durch die Coronapandemie, die eine extreme weitere Arbeitsverdichtung und -belastung mit sich gebracht hat, noch verstärkt.“

Vermeintlich lägen Aussagen sehr engagierter Pflegekräfte vor, die den Berufsausstieg angesichts der hohen Belastungen durch die Krise zumindest erwägen, so die Sprecherin. „Ob sie faktisch Konsequenzen ziehen werden, wird sich nach der Krise erweisen.“ In der Branche insgesamt soll es auch immer wieder dazu gekommen sein, dass Krankenhausträger Pflegekräfte mit mehr Gehalt abwerben. (dpa, taz)



Berlin, wie hältst du es mit Enteignungen?

Hauptstadt stimmt über Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne ab. Der rot-rot-grüne Senat hat zum Volksentscheid keine klare Haltung, das Thema polarisiert im Wahlkampf

Von Gareth Joswig

In Berlin steht in diesem Jahr eine Super-Super-Wahl an: Wahlberechtigte stimmen am 26. September nicht nur über Bundestag und Abgeordnetenhaus ab, sondern auch noch über einen Volksentscheid. Die Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen hat knapp 360.000 Unterschriften gesammelt für eine Frage, die es in sich hat: Sollen große private Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen gegen Entschädigung vergesellschaftet werden?

Die Enteignungsforderung ist die Antwort der gut organisierten Mietenbewegung Berlins auf jahrelange Mietsteigerungen durch private Wohnkonzerne wie die Deutsche Wohnen und Vonovia. Seit der Finanzkrise und Niedrigzinspolitik haben in vielen Ballungsräumen Konzerne Wohnraum als Investitions- und Spekulationsobjekt genutzt – mit entsprechenden sozialen Folgen.

Ein erfolgreiches Volksbegehren wäre eine Kehrtwende in

der Wohnungspolitik und soll 226.000 Wohnungen renditeorientierter Konzerne in Kommunalbesitz überführen. So soll dauerhaft günstiger Wohnraum entstehen und eine sozial gemischte Innenstadt erhalten bleiben. Vorbild ist Österreichs Hauptstadt Wien, in der große Teile des Wohnraums in öffentlicher Hand und trotz Innenstadtlage durchaus erschwinglich sind.

Ein etwaiges Gesetz wäre gemäß juristischer Mehrheitsmeinung zulässig

Ob die Vergesellschaftung wohnraumpolitisch zielführend ist, darüber streitet die Stadtgesellschaft seit Kampagnenbeginn. Der rot-rot-grüne Senat des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller (SPD) hat am Dienstag eine Stellungnahme zum Volksbegehren abgegeben, die neutral klingen soll

und doch bei genauem Hinsehen etwas ablehnend ausfällt: Enteignungen wären teuer und Berlin unternehme schon viel gegen hohe Mieten, heißt es dort. Allerdings steht in dem Statement auch, dass der Wohnungsmarkt trotz aller Maßnahmen stark angespannt bleibt.

Das Für und Wider der Stellungnahme zeigt die Gespaltenheit der Landesregierung in der Enteignungsfrage: Die SPD, in Berlin traditionell nah an der Immobilienwirtschaft, lehnt Vergesellschaftung rigide ab. Die Linke befürwortet sie deutlich und diskutiert bereits Entwürfe für ein Vergesellschaftungsgesetz. Die Grünen befürworten die Ziele nach einem Parteitagbeschluss ebenfalls. Berlins demokratische Oppositionsparteien CDU und FDP lehnen das Volksbegehren mit ähnlichen Argumenten wie die Immo-Wirtschaft grundsätzlich ab. Die großen Gewerkschaften und Mietervereine hingegen unterstützen die Kampagne.

Weitgehend unstrittig ist in der Enteignungsfrage eigentlich nur eines: Das Ziel des

Volksbegehrens – ein Gesetz zur Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne – ist juristisch zulässig, wie auch Berlins SPD-geführte Innenverwaltung nach langer Prüfzeit etwas zähneknirsch bestätigte. Ein etwaiges Gesetz wäre gemäß juristischer Mehrheitsmeinung zulässig – im Gegensatz etwa zum gekippten Berliner Mietendeckel, der in Konkurrenz zur Bundesgesetzgebung stand. Der noch nie zur Anwendung gekommene Artikel 15 des Grundgesetzes ermöglicht dies gegen angemessene Entschädigung.

Und hier fangen auch schon die Diskussionen an: Wie hoch müssten etwaige Entschädigungen ausfallen? Die Initiative will in einem Gesetz eine Entschädigungssumme deutlich unter Verkehrswert verankern und rechnet mit Kosten in Höhe von 8 Milliarden Euro (eine Milliarde mehr als der Flughafen BER). Man wolle die Konzerne nicht auch noch für Spekulation entlohnen, heißt es sinngemäß. Für die Kosten sollen Kredite oder Schuldverschreibungen über einen langen Zeitraum haushaltsneutral mit Einnahmen abbezahlt werden.

Der Senat geht in seinem Statement allerdings von Kosten zwischen 29 und 39 Milliarden Euro aus – gemäß der amtlichen Kostenschätzung, für die mit Marktpreisen gerechnet wurde. Das entspräche dem Jahreshaushalt Berlins und würde laut Senatsstatement den Haushalt stark belasten. Wie viel letztlich zu zahlen wäre, müsste ein etwaiges Gesetz ausformulieren. Letztlich würden wohl Gerichte über die Kosten entscheiden.

Umfragen legen nahe, dass der Ausgang des Volksentscheids offen ist. Im April befürworteten laut Infratest Dimap 47 Prozent der Berliner*innen Enteignungen, 44 Prozent waren dagegen. Die Zahl der Befürworter sei nach dem gekippten Mietendeckel deutlich gestiegen. Mittlerweile sind laut Umfrage selbst 33 Prozent der CDU-Wähler für Enteignungen. **meinung + diskussion 12**

Übergabe der Unterschriftenliste am 25. Juni: Jetzt kommt alles auf die Abstimmung im September an
Foto: xy



Blindem Syrer droht Abschiebung

Regensburger Gericht lehnt Klage von Meddhin Saho ab. Doch die Begründung dafür steht weiterhin aus. Breite Unterstützung für Saho auch seitens der Kirche

Aus Rottenburg
Patrick Guyton

Meddhin Saho ist niedergeschlagen. „Ich bin ohne Hoffnung“, sagt der 27-jährige blinde Syrer. „Wenn sie kommen, gehe ich mit.“ Er sitzt am Esstisch des Ehepaars Zierer, das ihn seit zwei Jahren bei sich im niederbayerischen Rottenburg an der Laaber aufgenommen hat. Ende Juni war seine Asylverhandlung vor dem Verwaltungsgericht Regensburg. Wenige Tage danach teilte das Gericht mündlich mit: Seine Klage auf einen Schutzstatus wird abgewiesen. Ab Zustellung der schriftlichen Begründung dürfte er ausreisepflichtig sein, eine Abschiebung nach Spanien wäre möglich. Von dort war er nach Deutschland eingereist. Saho ist von Geburt an blind.

Der Anglist, der an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität studiert und vor seiner Masterarbeit steht, ringt seit zweieinhalb Jahren um einen Bleibestatus. Er ist bestens integriert. Gisela und Gerhard Zierer sind in der Flüchtlingsarbeit aktiv und hatten ihn im April 2019 in Rottenburg getroffen. Jetzt sagt die 55-jährige Gisela Zierer: „Mheddin ist für uns zu einem Adoptivsohn geworden.“

Sein erster Asylantrag war abgelehnt worden, gemäß dem Dublin-Abkommen der EU sollte er dort einen Asylantrag stellen, wo er angekommen war – in Spanien. Saho ist überzeugt davon, dass er mit einer 100-prozentigen Behinderung dort nie Fuß fassen könnte. Er wäre allein, ohne Sprachkenntnisse und Integrationsangebote.

Bei der Regensburger Verhandlung referiert die Richterin die Haltung des Bundesamts für Migration (Bamf): Er sei „kein besonderer Härtefall“ und könne in Spanien durchaus „ein selbstständiges Leben führen“. In seinem Fall hat das Bamf einen Dublin-Flüchtling besteht sechs Monate lang die Ausreisepflicht, in dieser Zeit kann er abgeschoben werden. Schafft er es, länger zu bleiben, erhält er ein deutsches Asylverfahren.

Bei Meddhin Saho wären es noch zehn Tage gewesen, um ins deutsche System zu rutschen. Doch das Bamf vereitelte dies, indem es sein Verfahren aussetzte. Das Gericht solle grundsätzlich entscheiden, wie die Lage blinder Flüchtlinge in Spanien zu beurteilen sei. Für Saho bedeutete das: Die Uhr wurde

wieder auf null gestellt. Wird er erneut abgelehnt, beginnt die Sechsmonatsfrist von vorn. So weit ist es aber noch nicht. Denn die schriftliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor – obwohl sie von einem Gerichtssprecher gegenüber der taz für vergangene Woche angekündigt worden war. Erst mit der Begründung, so Sahos Anwalt Thomas Oberhäuser, könne man entscheiden, wie man weiter vorgeht.

Die Unterstützung für den Syrer wächst. Sein Uni-Department schreibt: „Es wäre unmenschlich, einen jungen Menschen mit solchen Talenten und perfekt gelungener Integration aus seinem Umfeld zu reißen.“ In einer Resolution verlangen evangelische Gemeinden „eine Perspektive für Mheddin Saho in Deutschland“.

Interview Elmar Wigand

taz: Herr Weselsky, was ärgert die in der GDL organisierten Lokführer und Zugbegleiter am meisten an ihrem Arbeitgeber?

Claus Weselsky: Die Ignoranz gegenüber Problemen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche ein rollendes System am Leben erhalten. Die Beschäftigten haben Führungskräfte wie bei der Deutschen Bahn nicht verdient. Die wissen nicht, unter welchen Arbeitsbedingungen die Beschäftigten unterwegs sind und haben kein Interesse daran, die auftretenden Probleme zu lösen. Hier herrscht absoluter Frust.

Das ist eine Kritik an Mängeln der DB-Führung, die durch Streiks nicht behoben werden könnten.

Sie haben mich gefragt, was die größten Probleme meiner Leute sind. Und der Arbeitsalltag ist von der Erfahrung geprägt: Der Mensch ist eine Personnummer und hat zu machen, was angewiesen ist.

Die GDL droht mit Arbeitskampf. Bis zum 9. August läuft die Urabstimmung. Was sind die konkreten Ziele?

Wir fordern eine Lohnsteigerung über der Inflationsrate. Es kann nicht sein, dass sich die Führungskräfte Boni in die Tasche stopfen und der Mitarbeiter draußen hat mehr als zwei Prozent Inflationsrate in diesem Jahr und null Einkommenserhöhung. Das ist doch unanständig! Außerdem kämpfen wir für den Erhalt unserer Betriebsrente. Da geht es um einen „Zusatzversorgungstarifvertrag“, wo die kleinste Rente, die am Ende 150 Euro pro Monat ausmachen soll, um 50 Euro gekürzt werden soll, also um ein Drittel! Weil das Management sich verzockt hat, Milliarden an Schulden hat und nun keine Rückstellungen mehr bilden will. Wenn man uns ernsthaft nur das Schreckensszenario anbietet, das eine andere Truppe namens EVG abgeschlossen hat, dann treibt das DB-Management uns gezielt in diesen Arbeitskampf.

Ist der Zeitpunkt für einen Streik günstig? Im August sind Schulferien, die Inzidenzen sind noch niedrig, der Lockdown weit entfernt.

Wir werden nicht bis zum Ende der Ferien abwarten, um niemanden zu beeinträchtigen. Denn es gibt überhaupt keinen Zeitpunkt, an dem ein Streik im Eisenbahnsystem günstig ist. Sollen wir etwa nachts zwischen halb zwei und zwei streiken, wo niemand weiter betroffen wäre als durch eine halbe Stunde Verspätung? Das ist nicht der Ef-



Berlin-Rummelsburg: Arbeit am Zug
Foto: Björn Kietzmann

„Wir werden nicht bis zum Ende der Ferien abwarten“

Im Tarifkonflikt mit der Deutschen Bahn bereitet sich die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) auf einen Streik vor. Es sei „klar erkennbar, dass die andere Seite den Arbeitskampf gezielt provoziert“, sagt GDL-Chef Claus Weselsky

fekt, den wir erzielen wollen. Wir müssen das Management empfindlich treffen und als Eisenbahner klare Signale setzen: So nicht mit uns! Wäre es nach der Bahn gegangen, hätten wir Anfang April 2021 Verhandlungen gehabt, die scheitern und bereits dann zu einem Arbeitskampf geführt hätten. Aber das ging uns viel zu schnell. Wir wollten nicht überhitzen und vor allen Dingen auch nicht in irgendeine Falle laufen. Deswegen haben wir wissentlich die Sommermonate angestrebt.

Was ist Ihrer Meinung nach das Kalkül des DB-Vorstands?

Es ist klar erkennbar, dass die andere Seite den Arbeitskampf gezielt provoziert. Das hängt zusammen mit dem Tarifeinheitsgesetz. Man stellt darauf ab, die GDL absichtlich und wider besseres Wissen, also entgegen der Faktenlage, als klein darzustellen. Die Bahn hat entschieden, dass wir angeblich nur in 16 Betrieben des DB-Konzerns die Mehrheit hätten. Es gibt insgesamt 174 Wahl-Betriebe, die im Kernsystem Eisenbahn zum Tragen kommen, davon 71 in den drei großen Fahrbetrieben Cargo, Fernverkehr und Regio, und 103, die in den Bereichen Netz, Fahrweginstandhaltung

und Fahrzeuginstandhaltung eine Rolle spielen. Unsere Zielsetzung ist es, in diesen 174 Betrieben die Mehrheit zu erlangen. Dies ist einerseits legitim, es wird uns andererseits vom Tarifeinheitsgesetz aufgezwungen. Deswegen sind Schlagzeilen nach dem Motto „Machtkampf EVG gegen GDL“ im Prinzip nichts anderes als das Ergebnis der parlamentarischen Gesetzgebung durch CDU und SPD. In den letzten zwölf Monaten haben wir über 3.000 neue Mitglieder aufgenommen, alles aktive Eisenbahner, keine Rentner und Pensionäre. Von daher bin ich zuversichtlich, dass wir bei einer gerichtsfesten Zählung in den Betrieben in einer wesentlich größeren Anzahl jetzt schon die Mehrheit abbilden.

Wie beurteilen Sie das Wirken des Verkehrsministers Andreas Scheuer?

Er hat es geschafft, tatsächlich mehr Geld ins System zu bringen. Das wäre sehr positiv, wenn es in ein System fließen würde, das effizient ist und sich darauf konzentriert, was für uns alle gemeinsam von Bedeutung ist: Nicht durch Tunnelgraben oder irgendwelche Großprojekte, die als Leuchttürme dann dastehen, sondern im Kleinen und All-

täglichen verbessern wir die Eisenbahn. Hier mal eine Weiche, dort ein Stück zweites Gleis, einen Flaschenhals ausbauen, der den Zugverkehr und die Kapazität verengt. Diese Vorgabe hat er jedoch nie gemacht. Und daher sage ich glasklar: Dieser Verkehrsminister hat für das System Eisenbahn versagt, weil er undifferenziert Geld reinpumpt und sich vom Bahn-Management erklären lässt, was er zu tun hat.

Sie sind ja selbst CDU-Mitglied, gehören also der Schwertpartei der CSU an, eine besondere Absurdität der Konstellation, oder?

Nennen Sie es ruhig Absurdität oder Anachronismus, dass ein CDU-Mitglied Gewerkschaftsvorsitzender ist. Meine Parteizugehörigkeit und die Parteizugehörigkeit meiner Mitglieder sind deren Privatangelegenheit. Wir konzentrieren uns auf die Verbesserung von Arbeits- und Einkommensbedingungen. Ich bin sehr konservativ und hab damals in der CDU die einzige Möglichkeit gesehen. Dass ich das heute differenzierter betrachte, liegt unter anderem daran, dass meine Partei Miterfinderin des Tarifeinheitsgesetzes ist.



Claus Weselsky ist deutscher Lokführer und Gewerkschaftsfunktionär. Seit 2008 ist er Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Er ist Parteimitglied der CDU.

Suizide in Haft gestiegen

Eine Kleine Anfrage der Linken ergibt: Selbsttötungen in Haft sind gestiegen. Die Gründe sind unklar

Von Julian Jestadt

Die Zahl der Suizide in deutschen Gefängnissen ist angestiegen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervor, die der taz vorliegt. Während sich im Jahr 2019 43 Menschen in Haft das Leben genommen haben, waren es im vergangenen Jahr 77 Menschen.

Die Suizidrate, die die Anzahl der Selbsttötungen pro 100.000 Gefangenen angibt, hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr etwa verdoppelt – und ist mit 129,4 auf dem höchsten Stand seit 2001.

„Es ist entsetzlich, wie viele Menschen sich in deutschen Gefängnissen Jahr für Jahr gezwungen sehen, ihr Leben zu beenden“, sagt Ulla Jelpke. Die Abgeordnete der Linkspartei ist Mitinitiatorin der Kleinen Anfrage. Dass es erneut zu einem Anstieg der Suizidrate kam, „sollte die Behörden alarmieren, denn sie haben für diese Menschen eine Schutz- und Fürsorgepflicht.“

Eine Erklärung für den Anstieg gibt die Bundesregierung unter Verweis auf die Verantwortung der Länder nicht. Es wird jedoch auf den Kriminologischen Dienst Sachsen verwiesen, der die Zahlen erhebt. Dieser gehe davon aus, dass es neben statistischen Verzerrungen viele Faktoren für Änderungen der Suizidrate gebe. Im Rahmen der Totalerhebung könnten diese aber nicht untersucht werden.

Zu Versorgungslücken bei der Betreuung von suizidgefährdeten Personen hat die Bundesregierung keine Erkenntnisse. Im Jahr 2018 kamen auf 100 Inhaftierte 0,57 Mitarbeiter:innen des Ärztlichen Dienstes, 1,33 Personen vom psychologischen und sozialen Dienst sowie 0,44 Personen vom seelsorgerischen Dienst. Um Gefangene vor Selbstschädigung zu bewahren, gebe es vor allem eine Untersuchung zu Beginn der Haft.

Die meisten Suizide passieren jedoch in den ersten Monaten der Haft. Im Jahr 2019 etwa nahmen sich 63 Prozent der Suizidenten in den ersten fünf Monaten ihrer Haft das Leben. Das zeige, „dass die Eingangsuntersuchung nicht ausreicht, um eine akute Suizidgefährdung der Inhaftierten feststellen zu können“, so Jelpke. Es brauche dringend eine verbesserte medizinische und psychosoziale Versorgung.

Aus der Antwort der Bundesregierung geht ebenfalls hervor, dass in den Jahren 2017 bis 2020 etwas weniger als die Hälfte aller Suizidenten keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Wie viele Todesfälle es in Abschiebehaft gab, weiß die Bundesregierung nicht.

Insgesamt saßen in Deutschland vergangenes Jahr rund 60.000 Menschen ein. Grundsätzlich müsse Schluss sein mit der Mär der Gefängnisstrafe als Mittel der Resozialisierung, fordert Jelpke. „Anstatt Knäste brauchen wir Rehabilitationszentren, in denen sich mit den gesellschaftlichen und persönlichen Umständen der Täter auseinandergesetzt wird und sie auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden.“

Die Telefonseelsorge bietet rund um die Uhr Beratung bei Sorgen und Krisen: 0800-111 0 111 oder 0800-111 0 222 oder 116 123.

taz * abo



Aboprämie: taz-Kulturbeutel mit abnehmbarem Spiegel und einem Tunnel auf dem Rücken, der auf den Handgriff eines Trolleys passt. Von Deuter mit taz-Panther-Bestückung. Größe: H 27 x B 26 x T 13 cm

Ein Pakt mit der taz

Solipakt!
Ein Abo,
drei Preise
taz.de/paemien

Das ist in der Zeitungslandschaft fast einmalig: Unsere Abonnent*Innen können sich unter drei Preisen aussuchen, wie viel sie bezahlen möchten, denn beim Abo gilt der taz Solidarpakt.

Wer mehr als den Standardpreis für ein taz Abonnement zahlt, ermöglicht es Menschen mit geringeren finanziellen Spielräumen, sich ebenfalls ein taz Abo zu leisten,

Ein Abonnement der gedruckten taz kostet 68,90 Euro/Monat/ politischer Preis 56,90 Euro/ Standardpreis oder ermäßigt 37,80 Euro. Eine Prämie bekommen Sie für ein unbefristetes Abo zum Standard- oder politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr. Auslandsabo zzgl. Porto: 1,80 Euro / Ausgabe.

(030) 2590 2590 | abomail@taz.de

Weitere Aboangebote für die gedruckte und digitale taz finden Sie unter taz.de/abo



mit Gabriele Lesser
POLEN
2. bis 10. Oktober, ab 1.330 €



mit Erich Rathfelder
ALBANIEN / KOSOVO
27. August bis 5. September, ab 1.720 €



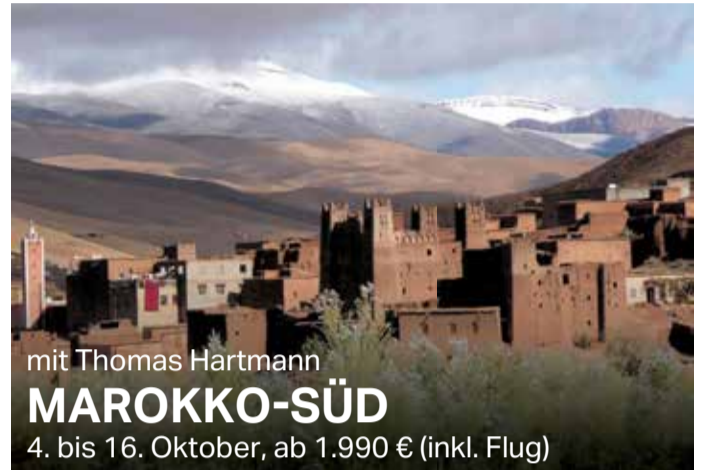
mit Martin Reichert
SLOWENIEN / TRIEST
11. bis 19. September, ab 1.490 €



mit Erich Rathfelder
BOSNIEN U. HERZEGOWINA
18. bis 25. September, ab 1.290 €



mit Barbara Oertel u. Tigran Petrosyan
ARMANIEN / GEORGIEN / BAKU
26. Sept. bis 8. Okt., ab 2.490 € (inkl. Flug)



mit Thomas Hartmann
MAROKKO-SÜD
4. bis 16. Oktober, ab 1.990 € (inkl. Flug)



mit Knut Henkel
KUBA
10. bis 24. Oktober, ab 3.390 € (inkl. Flug)



mit Rodothea Seralidou
ATHEN
16. bis 22. Oktober, ab 790 €



mit Jürgen Gottschlich
ISTANBUL
16. bis 24. Oktober, ab 990 €

TAZ-REISEN UNTER CORONA-REGELN

29 taz-Reiseziele für Sommer und Herbst 2021 – HIER KLICKEN!

Jetzt können Sie wieder in Begleitung von taz-Journalist*innen fremde Kulturen kennen lernen oder auch Deutschland neu entdecken. Und die Mitreisenden sind wie die meisten taz-Leser*innen: weltoffen und interessiert an sozialen und kulturellen Themen.

Wenn Sie mitfahren wollen, bitten wir Sie, sich trotz aller Corona-Unsicherheiten rechtzeitig (bei Auslandsreisen mindestens 6 Wochen vorher) beim Veranstalter Ihrer Wunsch-Reise anzumelden – falls die Reise aufgrund von Corona-Beschränkungen nicht möglich wird, entstehen für Sie (dank EU-Reiserecht) keine Kosten.

Nähere Informationen zu allen 29 taz-Reisen im Internet: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (0 30) 2 59 02-117



mit Reimar Paul
GÖHRDE (WENDLAND)
6. bis 10. September, 4 Tage, ab 740 €



mit Sarah Ulrich
LEIPZIG
13. - 16. Juli / 14. - 17. Sept., 4 Tage, ab 660 €



mit Nina Apin
BENEDIKTBEUERN
22. bis 26. August, 5 Tage, ab 770 €



mit Berlin-Redakteur*innen der taz
BERLIN
25. bis 28. August, 4 Tage, ab 390 € (ohne Hotel)



mit Katharina Schipkowski
HAMBURG
27. bis 30. August, 4 Tage, ab 630 €



mit Thomas Gerlach
HERRNHUT (OBERLAUSITZ)
7. bis 11. September, 5 Tage, ab 760 €

Dicke Bündel nur noch im Film

EU-Kommission will Barzahlungen über 10.000 Euro untersagen

Um illegale Geldwäsche zu erschweren, will die EU-Kommission wohl 10.000 Euro als Obergrenze für die meisten Barzahlungen festlegen. Sollten die kommenden Verhandlungen zwischen Kommission, EU-Parlament und Regierung diese Regelung bestätigen, müsste auch Deutschland sie einführen. Die Obergrenze ist hierzulande umstritten.

Der Vorschlag ist Teil eines Gesetzespakets gegen Geldwäsche, das EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis und Kapitalmarkt-Kommissarin Mairead McGuinness am Dienstag nach Redaktionsschluss vorstellen sollten. Dazu gehört die Einrichtung der neuen Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA, die entweder in Frankfurt am Main oder in Paris sitzen soll. Beide Städte und ihre Lobbys plädierten für den Zuschlag. Im Paket steht auch, dass Banken künftig ab Bareinzahlungen von 10.000 Euro auf Konten die Finanzaufsicht informieren müssen. Außerdem sollen Dienstleister für Kryptowährungen und Crowdfunding in die Anti-Geldwäsche-Regulierung einbezogen werden.

Als Geldwäsche wird die Einspeisung kriminell erworbener Mittel in den sichtbaren Wirtschaftskreislauf bezeichnet – etwa als Einzahlung von Drogengeld auf Bankkonten oder Barinvestition in Immobilien. Schätzungen der Polizeibehörde Europol zufolge belaufen sich die illegalen Transaktionen auf Hunderte Milliarden Euro jährlich.

In Artikel 59 des Entwurfs der EU-Regulierung hieß es: „Händler und Dienstleister sollen nur Barzahlungen bis zu einer Höhe von 10.000 Euro leisten oder annehmen.“ Auch beim Kauf von Autos, Wohnungen, Kunst, Schmuck oder Edelmetallen würde diese Grenze gelten. Höhere Beträge müssten von Konto zu Konto überwiesen werden, wodurch sie Spuren bei den Finanzinstituten hinterlassen. Ausgenommen sind allerdings Zahlungen zwischen Privatleuten zu nicht geschäftlichen Zwecken, etwa Geschenke.

Im Leben der meisten Menschen spielen Barzahlungen über 10.000 Euro keine Rolle. Trotzdem scheinen viele Leute diese grundsätzliche Möglichkeit zu schätzen, weil sie anonym erfolgt und vom Staat kaum zu kontrollieren ist. Klaus Müller, Chef des Verbandes der Verbraucherzentralen, warnte davor, „das Tor für eine absolute Kontrolle der Verbraucherinnen und Verbraucher“ zu öffnen.

Der Bundesverband der privaten Banken (BdB) begrüßt das Regulierungspaket grundsätzlich. „Es ist gut und wichtig, dass die EU wichtige Themen der Geldwäsche einheitlich regelt“, sagte Geschäftsführer Andreas Krautscheid.

Hannes Koch

Indikator deutet auf Inflation

Die Erzeugerpreise steigen so stark wie seit den 80ern nicht mehr

Die deutschen Produzenten haben ihre Preise im Juni so stark angehoben wie seit annähernd vier Jahrzehnten nicht mehr. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte stiegen um 8,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Ein größeres Plus gab es zuletzt im Januar 1982, als die Preise wegen der zweiten Ölkrise stark gestiegen waren. Neben Energie verteuerten sich vor allem Vorprodukte wie Holz und Stahl, hier sorgen weltweite Engpässe für einen kräftigen Preisschub. Die Produzentenpreise gelten als Frühindikator für die Entwicklung der Inflation. In der Statistik werden die Preise ab Fabrik geführt – also in der Regel bevor die Produkte weiterverarbeitet werden oder in den Handel kommen. Sie können damit einen frühen Hinweis auf die Entwicklung der Verbraucherpreise geben.

Commerzbank-Experte Ralph Solveen geht davon aus, dass die starke Inflation auf Erzeugerebene bei den Konsumenten in Deutschland ankommen wird. „Zunehmend schlägt dies auf die Preise der Endprodukte durch, was sich in den kommenden Monaten auch auf der Verbraucherebene bemerkbar machen dürfte“, sagte Solveen. Die Verbraucherpreise waren im Juni um 2,3 Prozent gestiegen, im Mai mit 2,5 Prozent sogar so kräftig wie seit annähernd zehn Jahren nicht mehr.

Besonders stark waren die Anstiege bei metallischen Sekundärrohstoffen aus Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrott, aber auch bei gesägtem und gehobeltem Holz und Metallen. (reuters)

Zahl des Tages

120 Millionen

Im Immobilienbereich liegt klimamäßig ja eigentlich alles im Argen. Zum Beispiel stagnieren die direkten CO₂-Emissionen des Gebäudebestands seit 2014 bei rund 120 Millionen Tonnen im Jahr. Das teilt uns die DZ Bank in einer neuen Studie mit. Ein Grund ist die im Mittel immer größere Wohnfläche, die sich ungünstig auf Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen auswirkt, ebenso wie der große Bestand alter Immobilien mit Öl- oder Gasheizung. Die in Neubauten beliebten Wärmepumpen spielen im Bestand kaum eine Rolle. Deutschland sei beim „Wohnen aus Klimasicht kein Vorbild“, so die Studie. Hoffentlich kommt der nächste Bau-Minister von der Klima-Rück-Partei CSU.

Ein Viertel Bio

Die EU-Agrarminister einigen sich darauf, dass in neun Jahren 25 Prozent der Ackerfläche ökologisch genutzt werden soll. Deutschland muss kräftig zulegen

Von Kai Schöneberg

Die EU-Mitgliedsstaaten sind für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa, aber nur auf 25 Prozent der genutzten Äcker. Die Agrarminister der EU-Länder einigen sich am Montagabend darauf, dass bis 2030 ein Viertel der Agrarfläche in der EU für Bio-Landwirtschaft genutzt werden soll. Damit bestätigen sie einen Plan, den die EU-Kommission im März vorgeschlagen hatte.

Deutschland ist noch weit von dem 25-Prozent-Ziel entfernt. Erklärter Plan der Bundesregierung ist derzeit, dass bis 2030 nur 20 Prozent der Agrarfläche nach Bio-Standards bewirtschaftet wird. Es bedürfe „zusätzlicher Impulse“ für den nationalen Aktionsplan, hieß es aus dem Haus von Landwirt-

schaftsministerin Julia Klöckner (CDU). Sie sehe Potenziale in Kitas, Schulen oder Krankenhäusern, sagte Agrarstaatssekretärin Beate Kasch. Dort könnten künftig mehr Bio verwendet werden.

Im vergangenen Jahr wirtschafteten in Deutschland laut Biodachverband BÖLW 13,4 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch, das waren gut 35.400 Höfe und 8.000 mehr als fünf Jahre zuvor. Das entspricht 10,3 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ende 2019 hatte der Anteil noch bei 9,7 Prozent gelegen. Deutschland liegt damit EU-weit im unteren Mittelfeld. Das vorgegebene EU-Ziel erreicht hat bereits schon Österreich. Hier liegt der Bio-Anteil in der Landwirtschaft bei 26 Prozent. Schlusslichter sind laut

Statistikbehörde Eurostat Malta (0,5 Prozent) gefolgt von Irland (1,6) und Bulgarien (2,3).

Einig waren sich die EU-MinisterInnen dabei, das Töten männlicher Küken abzuschaffen: Hier hat nach Deutschland Frankreich als zweites Land in der EU ein Verbot der von Tierschützern als barbarisch angesehenen Methode angekündigt. Da sich die Aufzucht männlicher Küken für die konventionelle Landwirtschaft nicht „lohnt“, werden sie bislang millionenfach nach dem Schlüpfen vergast und geschreddert. Abgelehnt wurde der Vorschlag der Kommission, bis 2023 einen Plan zum Verbot von Käfighaltung von Hühnern vorzulegen. Allein in Deutschland leben 8,2 Millionen Tiere in Käfigen, etwa 14 Prozent. (mit dpa, afp) **meinung + diskussion 12**



Gewaltige Schäden: Ein Anwohner aus Weilerswist wirft seine zerstörte Habe auf eine improvisierte Müllkippe
Foto: Fabian Strauch/dpa

Soforthilfen bald auf dem Weg

Nach der Flutkatastrophe wollen Bund und Länder den Opfern helfen. Straßen und Brücken sollen schnell wieder nutzbar sein

Von Anja Krüger

Am heutigen Mittwoch entscheiden Bund und Länder über die finanzielle Unterstützung für die Opfer der Flutkatastrophe im Westen und Süden Deutschlands. Die Bundesregierung will ein Wiederaufbauprogramm in Milliardenhöhe auf den Weg bringen, an dem sich alle Länder beteiligen sollen. Außerdem soll ein mittlerer dreistelliger Millionenbetrag an Soforthilfe für die Opfer zur Verfügung gestellt werden – unklar ist aber noch, wer sie bekommt.

Die Bundesregierung werde alles daran setzen, dass das Geld „schnell zu den Menschen kommt“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Dienstag bei einem gemeinsamen Besuch mit NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) im verwüsteten Bad Münstereifel.

Bei den Überflutungen sind mehr als 160 Menschen ums Leben gekommen. Wie hoch der gewaltige materielle Schaden ist, steht noch immer nicht fest. Bayern hat bereits am Dienstag 50 Millionen Euro für

Soforthilfe bereitgestellt. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündigte an, dass Betroffene mit einer schnellen Unterstützung von bis zu 5.000 Euro rechnen können. Ihm zufolge sollen in Härtefällen auch Betroffene dieses Geld erhalten können, die keinen Versicherungsschutz haben, obwohl sie einen bezahlbaren bekommen hätten. Die Ministerpräsidentenkonferenz hatte 2017 beschlossen, dass es für Betroffene ohne möglichen Versicherungsschutz keine staatliche Soforthilfe bei Überschwemmungen mehr geben soll. Die rheinland-pfälzische Staatskanzlei wollte mit Hinweis auf andauernde Beratungen nicht sagen, wie das Land damit nun umgeht. Nordrhein-Westfalen wird in Zusammenhang mit dem gemeinsamen großen Hilfspaket mit dem Bund über diese Frage entscheiden, sagte ein Sprecher des NRW-Finanzministeriums der taz.

Neben Eigentum von Privatpersonen wurden in den Flutgebieten große Teile der Infrastruktur zerstört. Allein der

Deutschen Bahn ist ein Schaden von 1,3 Milliarden Euro entstanden, heißt es in Regierungskreisen. Auch die Zerstörung von anderen Verkehrswegen ist gewaltig. Für die Schäden an Autobahnen und anderen Straßen gibt es noch keine konkreten Schadenszahlen. Allein an der Ahr sind wahrscheinlich 20 von 35 Brücken zerstört.

Der Schaden der Deutschen Bahn durch die Überflutung liegt bei 1,3 Milliarden Euro

Das Bundesverkehrsministerium hat eine Task Force eingerichtet, in der Vertreter:innen aus der Infrastrukturabteilung des Hauses, nachgeordneten Behörden wie der Autobahngesellschaft des Bundes, der Deutschen Bahn und von Mobilfunkanbietern zusammenarbeiten. Nach Angaben eines Ministeriumssprechers haben sich bereits rund zwei Dutzend

Expert:innen zu einer ersten digitalen Konferenz getroffen. „Es geht nicht um politische Diskussionen, sondern ums Anpacken“, sagte er. Die Expert:innen haben eine erste Bestandsaufnahme der Schäden vorgenommen und geklärt, ob und wie Kräfte vor Ort sie schnell beheben können.

Dabei geht es vielfach um vorläufige Lösungen, die es überhaupt erst ermöglichen, sich um den eigentlichen Schaden zu kümmern. So sollen Behelfsstraßen und -brücken eingesetzt werden, damit schwere Maschinen zu den zerstörten Orten durchkommen. Der Bund verfügt über Behelfsbrücken für den Katastrophenfall.

Schwierig ist auch das Ineinandergreifen der Aufräumarbeiten. Verschiedene Infrastrukturen müssen parallel wieder hergestellt werden. Errichten Mobilfunkbetreiber etwa zerstörte Antennen wieder, nützt das nichts, wenn es keinen Strom für den Betrieb der Anlagen gibt, sagte der Sprecher. Sobald die Erfassung der Schäden weiter fortgeschritten ist, will die Task Force die Projekte priorisieren.

Damit die Aufräumarbeiten schnell vorangehen können, hat das Bundesverkehrsministerium Ausnahmen von den Ruhe- und Lenkzeiten für Lkw-Fahrer:innen zugelassen. Außerdem wurde das Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen aufgehoben.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hatte als Reaktion auf die Überflutung eine Bahnreform angemahnt, die den Staatskonzern verpflichten soll, Klimaschutzziele einzuhalten. Das Netzwerk Europäischer Eisenbahnen (NEE), in dem Konkurrenzunternehmen der Deutschen Bahn organisiert sind, fragt sich ernsthaft, ob damit der Reformbedarf verschleiert oder lächerlich gemacht werden soll. NEE-Geschäftsführer Peter Westenberger hält die Ansage des Verkehrsministers für ein Ablenkungsmanöver. Der gesamte Bahnsektor dränge die Politik seit Jahren zu ambitionierten Klimazielen im Verkehr und auf eine Reform. „Erst war es die neue DB-Strategie, dann die SPD und schließlich Corona, weswegen es angeblich nicht einmal Vorarbeiten zu einer Bahnreform geben konnte“, kritisierte er. Die kommende Bundesregierung solle eine Kommission einberufen, die bis 2022 die aktuelle Struktur überprüft und bis 2023 Vorschläge für Veränderungen vorlegt, forderte er.

Heftiger Streit ums Great Barrier Reef

Australien will Herabstufung des Korallenriffs durch die Unesco verhindern – aber die eigene Politik nicht verändern

Aus Canberra **Urs Wälterlin**

Wenn das Welterbekomitee der Unesco, das derzeit im chinesischen Fuzhou per Videokonferenz tagt, der Empfehlung seiner Experten folgt, könnte das Great Barrier Reef vor der Ostküste Australiens am Freitag auf die sogenannte Rote Liste der gefährdeten Kulturgüter gesetzt werden. Die Folgen des Klimawandels hätten dort in den letzten Jahren zum Absterben von rund 50 Prozent der Korallen geführt, so ein Vorbericht. Der Zustand des Riffs müsse deshalb von „schlecht“ auf „sehr schlecht“ korrigiert werden.

Die Expertenkommission der Unesco hatte die Rückstufung im Juni empfohlen. Seither tobt zwischen der Sonderorganisation der Vereinten Nationen und der australischen Regierung ein Verbalkrieg. Die australische Umweltministerin Susan Ley wirft der Körperschaft vor, Canberra nicht vorgängig über die Empfehlung der Kommission informiert zu haben. Der konservative Senator James Paterson sieht die Entscheidung als Rache Chinas, das in diesem Jahr dem Welterbekomitee vor-

steht und mit dem sich Australien in einem Handelskonflikt befindet. Alle Vorwürfe wurden von der Unesco vehement zurückgewiesen. In der Hoffnung, die Mitgliederstaaten noch umstimmen zu können, lud die australische Regierung die Botschafter von 13 Ländern zu einem Schnorchelausflug am Riff ein. Die Diplomaten sollten sich selbst einen Eindruck verschaffen können, wie es um das Naturwunder steht.

Es ist zu bezweifeln, dass sich die Botschafter von der Schönheit der Korallen täuschen ließen. Die gibt es an vielen Orten des Great Barrier Reefs weiterhin. Ein immer größer werdender Teil des 348.700 Quadratkilometer umfassenden Gebiets aber gleicht einer Wüste aus grauem, schleimigem Korallenschrott. Primäre Ursache der Zerstörung sind drei Unterwasser-Hitzewellen, die das Riff 2016, 2017 und 2020 heimgesucht hatten. Einen geringeren negativen Einfluss auf die Gesundheit des Riffs hätten Abwässer aus der Landwirtschaft. Nachhaltig durchgeführter Tourismus wird als wenig bedenklich gesehen.



Eine Abstufung auf die Rote Liste wäre für ein reiches Industrieland wie Australien eine Blamage. Sie hätte schwere Folgen für Australien als Urlaubsziel. Die Tatsache, dass das Riff seit 1981 als Weltnaturerbe gilt, ist für viele Besucher einer der

Gründe für eine Reise nach „Down Under“.

Mehrere führende Meeresbiologen, unter ihnen der Korallenexperte Ove Hoegh-Guldberg, haben in den letzten Tagen die Unesco in einem Schreiben aufgefordert, dem Druck Can-

berras nicht nachzugeben und das Riff auf die Rote Liste zu setzen. Dieser drastische Schritt könne die Regierung vielleicht zu einem Richtungswechsel in der Klimapolitik veranlassen, glauben die Wissenschaftler. Die konservative Regierung unter

Premierminister Scott Morrison will unter dem Pariser Abkommen nur das absolute Minimum an Emissionen reduzieren, denn der Klimaschutz bedroht zwei von Australiens wichtigsten fossilen Exportprodukten: Kohle und Erdgas.

Soll von der Unesco auf die Rote Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt werden: das zu großen Teilen abgestorbene Great Barrier Reef. Foto: Lucas Jackson/reuters

Mit der Bahn auf Lenins Spuren reisen

Mehr als drei Jahrzehnte lang war kein Zugverkehr zwischen Schweden und Finnland mehr möglich. Jetzt ändert sich das endlich wieder

Von **Reinhard Wolff**, Stockholm

1917 machte ein gewisser Wladimir Iljitsch Uljanow 1917 eine historische Bahnfahrt – von Zürich mit einem plombierten Waggon quer durch Deutschland und weiter über Schweden und Finnland nach St. Petersburg. Aber mal auf Lenins – so das besser bekannte Alias des Reisenden – Spuren diese Tour wiederholen? Das war die vergangenen drei Jahrzehnte nicht mehr möglich. Zwischen Finnland und Schweden gab es nämlich keinen Personenzugverkehr mehr. Europäische Nachbarländer ohne Bahnverbindung gibt es nur wenige, ausgerechnet die beiden nordischen Staaten gehören dazu.

In diesem Frühjahr wurde nun der entscheidende Schritt getan, das zu ändern. Schwe-

den nahm den 1992 eingestellten Personenzugverkehr auf der 160 Kilometer langen Strecke von Boden zum Grenzort Haparanda wieder auf. Jetzt sei es endlich wieder möglich, die 1.283 Kilometer von Schwedens südlichster Stadt Trelleborg zum nordöstlichsten Punkt des Landes auf der Schiene zurückzulegen, freute sich Göran Wigren von der Gemeinde Haparanda bei der Wiedereinweihung der Verbindung. Und immer wieder war die Rede davon, dass ganz Nordskandinavien damit ein Stück enger zusammenrücken werde. Sieben Jahre Bauzeit hatte es bis zur Neueröffnung des Verkehrs gedauert. Die Strecke wurde teils aufgerüstet, teils musste sie neu gebaut und elektrifiziert werden.

Zunächst gibt es dreimal täglich Personenzugverkehr in

beide Richtungen, der Betrieb soll aber bald auf fünf Doppeltouren aufgestockt werden.

Endstation ist vorläufig erst einmal der schöne alte Bahnhof von Haparanda, das 600 Meter vom Grenzfluss Torne entfernt liegt, an dessen anderen Ufer die finnische Schwesterstadt Tornio zu finden ist. Das 80 Meter lange mehrstöckige Bahnhofsgebäude ist für einen Ort mit gerade einmal 6.500 EinwohnerInnen reichlich überdimensioniert.

Als es 1915 gebaut wurde, war Finnland russisch. Schwedens Staatsbahn hatte hohe Erwartungen, was die künftige Bedeutung dieses einzigen Grenzübergangs zwischen Westeuropa und Russland anging und entsprechend großzügig geplant. Doch ausgerechnet Lenin, der am Abend

des 15. April 1917 in Haparanda ankam, erkannte Finnland ein paar Monate später als souveränen Staat an. Die Erwartungen, Haparanda würde sich zum Dreh- und Angelpunkt eines umfangreichen künftigen Personen- und Güterverkehrs entwickeln, wurden enttäuscht.

Der Verkehr war im Gegenteil eher spärlich, einen Aufschwung gab es erst wieder im Zweiten Weltkrieg. Weil die Bahnlinie die einzige in ein nicht kriegführendes Land war, wurde sie wichtig für die Versorgung Finnlands. Auch ein Teil des schwedischen Warenverkehrs wurde über die Haparandabahn und weiter mit Lastautos zum damaligen finnischen Eismeerhafen Petsamo abgewickelt. Außerdem erlaubte das neutrale Schweden der deutschen Wehrmacht nicht nur Truppentransporte über Schweden ins besetzte Norwegen, sondern auch den Transit über Haparanda nach Finnland.

Seit den 1970er Jahren wurde die Bahnstrecke zunehmend vernachlässigt, der Personen- und Güterverkehr verlagerte sich immer mehr auf die Straße. Eine Wiederaufrüstung kam zusammen mit anderen Bahn-

infrastrukturinvestitionen in Nordschweden dann erst wieder vor eineinhalb Jahrzehnten in Gang.

Das letzte Detail zu einer wiederaufgenommenen grenzüberschreitenden Zugverbindung zwischen Schweden und Finnland fehlt noch. Auf dem Bahngelände von Haparanda liegen zwar auf der Südseite des Bahnhofs die Schienen mit Normalspur und auf der Nordseite die der russischen Breitspur, die auch in Finnland genutzt wird. Aber bevor auf den Breitspurgleisen die Anschlusszüge für die Weiterfahrt nach Tornio und ins restliche Finnland bereitstehen können, soll erst noch die Eisenbahnbrücke über den Torne-Fluss renoviert werden. Sie ist mit ihrem Vierschienengleis, bei dem ein Breitspurgleis und eines für die Normalspur ineinander verschränkt sind, ein populäres Fotoobjekt für Eisenbahnfans.

Anfang Juni gab Helsinki in einem Zusatzaushalt grünes Licht, die noch fehlende Elektrifizierungslücke der Bahnstrecke bis Tornio zu schließen.

Wer seine Zugreise nach dem Trip durch das gesamte

Als letztes Detail fehlt nur noch die Eisenbahnbrücke über den Torne-Fluss

Schweden weiter in die finnische Hauptstadt fortsetzen will, kann das aber auch schon jetzt tun. Mehrmals die Woche hält in Tornio-Ost (Tornio-Itäinen) der Nachtzug von Kolari nach Helsinki. Um den zu erreichen, muss man sich allerdings von Haparanda aus zu Fuß oder mit dem Lokalbus hinüber nach Tornio bewegen.

Aber auch damit befindet man sich durchaus noch auf Lenins Spuren. Der russische Revolutionär konnte vor 104 Jahren in Haparanda auch nicht einfach von einem Zug in den anderen umsteigen. Er musste mit seiner Begleitung einen Fußmarsch über den zugefrorenen Torne hinlegen, bevor er schließlich in Tornio seine Bahnfahrt nach St. Petersburg fortsetzen konnte. Die Eisenbahnbrücke über den Grenzfluss wurde nämlich erst 1919 fertig.



LMd-Kombi-Abo

Zeitung, ePaper, App & Audio +
Prämie für 60 € im Jahr
monde-diplomatique/kombiabo

inklusive Prämie Ihrer Wahl:



Rechtsstaats-TÜV ohne Konsequenz?

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Ungarn und Polen müssen zunächst keine schnellen Strafen wegen der umstrittenen Verstöße gegen Rechtsstaat und Pressefreiheit fürchten. Die EU-Kommission stellte den Ländern am Dienstag zwar ein schlechtes Zeugnis aus, schob mögliche Budgetkürzungen jedoch auf die lange Bank. Auch Verstöße in anderen EU-Staaten wie Bulgarien oder Spanien sollen vorerst nicht geahndet werden. Das Europaparlament reagierte mit Unverständnis.

„Die Kommission muss jetzt unmittelbar handeln und vor allem Ungarn, aber auch Polen EU-Gelder sperren. Sie kann sich wirklich nicht mehr rausreden“, sagte die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley (SPD). „Faktisch wird die Lage immer schlimmer, in Ungarn wie in Polen.“ Ähnlich äußerte sich Jeroen Lenaers von der konservativen EVP-Fraktion. Dem Bericht müssten Taten folgen, forderte der Sprecher im Grundrechts-Ausschuss.

Doch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spielt auf Zeit. Über mögliche Budgetkürzungen will die CDU-Politikerin erst im Herbst entscheiden. Der Bericht habe vor allem den Zweck, die EU-weite Debatte über den Rechtsstaat zu fördern, sagte ein Kommissions-Experte.

Mit Sanktionen, wie sie der neue Mechanismus zum Schutz des EU-Budgets vorsieht, habe das nichts zu tun: „Das sind zwei unterschiedliche Instrumente“.

Immerhin hat die EU-Kommission nun Polen im Streit über die Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs ein Ultimatum gesetzt. Sollte das Land Vorgaben des höchsten europäischen Gerichts zu einer umstrittenen Disziplinarkammer nicht bis zum 16. August vollständig umsetzen, würden finanzielle Sanktionen beantragt, kündigte Vera Jourová von der EU-Kommission am Dienstag an. Sie könnten nach EU-Regeln zum Beispiel aus einem täglich zu zahlenden Zwangsgeld bestehen. (mit dpa)

Durban: Ein Freiwilliger beseitigt einige Spuren der Plünderungen, die die Hafemetropole tagelang lahmlegten
Foto: Rogan Ward/reuters



Zuma-Prozess vertagt

Der Korruptionsprozess gegen Südafrikas Expräsidenten **Jacob Zuma ist unterbrochen**. Das Verfahren soll am 10. August wieder aufgenommen werden, wurde am Dienstag beschlossen. Bis dahin soll geklärt werden, ob Zuma, der derzeit wegen Missachtung der Justiz in einem separaten Fall eine Haftstrafe verbüßt, persönlich im Gerichtssaal erscheinen muss oder auch per Videoschalt teilnehmen kann. Zuma soll im Rahmen von Rüstungsverträgen Ende der 90er Jahre vom französischen Waffenproduzenten Thales Bestechungsgeld angenommen haben. Er hat beantragt, den Prozess auszusetzen, bis er persönlich vor Gericht in Pietermaritzburg erscheinen kann. Zuma befindet sich derzeit in der Strafanstalt in Estcourt rund 100 Kilometer entfernt. (ap)

Aufräumen in Südafrika, aber noch keine Entwarnung

Südafrika hofft nach den schwersten Unruhen seit Ende der Apartheid mit 212 Toten auf kollektives Zusammenstehen gegen Gewalt und eine Rekordernte

Aus Durban **Njabulo Buthelezi**

Allmählich kehrt nach den schweren Unruhen mit 212 Toten und Schäden in Milliardenhöhe in Südafrika die Normalität zurück. Die Lebensmittelindustrie beliefert den Handel wieder, geschlossene Autobahnen sind wieder frei und im strategischen Hafen Durban wird wieder gearbeitet.

„Im Vergleich mit der düsteren Lage vor wenigen Tagen gibt es erheblichen Fortschritt“, erklären gemeinsam Wandile Sihlobo und Sidiso Ntombela, die Chefökonomin der südafrikanischen Agrarhandelskammer Agbiz und des Nationalen Landwirtschaftsrats NAMC. Die Gewalt habe zwar Befürchtungen über Nahrungsmittelknappheit genährt, die seien jetzt aber vorbei.

Südafrika fährt dieses Jahr die zweitgrößte Maisernte seiner Geschichte ein, mit über 16 Millionen Tonnen. Das Aufheben der Sperrungen der Autobahnen N2 und N3, die vom Hafen Durban aus die Küste entlang beziehungsweise in Richtung der größten südafrikanischen Stadt Johannesburg führen, macht es jetzt wieder möglich, diese Ware problemlos zu transportieren.

„Es hat sich gezeigt, dass es Ergebnisse bringt, wenn Industrie und Regierung zusammenarbeiten“, so die Öko-

nomen. Allerdings bestünden Sicherheitsrisiken in der Provinz KwaZulu/Natal – Heimatprovinz des Expräsidenten Jacob Zuma – rund um Durban. „In diesem Gebiet müssen Regierung, Wirtschaft und Sozialpartner sich weiter engagieren, um Normalität herzustellen.“

Sorge bereitet unter anderem, dass bei den Unruhen auch über 30 Schulen zerstört wurden. Südafrikas Kinder seien ohnehin besonders stark von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie betroffen, warnt das Hilfswerk „Save the Children“, mit 750.000 Kindern ohne Schulunterricht: 1.718 Schulen seien geschlossen, weil sie während der Lockdowns Vandalismus ausgesetzt waren. Nun kämen noch mehr dazu.

Die Ökonomin Siobhan Redford betont, dass nun vor allem die Covid-19-Impfprogramme in KwaZulu/Natal wieder aufgenommen werden müssen. Sie setzt auf Südafrikas Gemeinschaftsinn „Ubuntu“, mit dem am vergangenen Wochenende kollektive Aufräumaktionen betrieben wurden: „Sicherlich haben diejenigen, die ihre zerstörten Geschäfte, Häuser und Schulen wieder aufbauen müssen, noch einen langen Weg vor sich, aber hoffentlich kann der Ubuntu-Geist, der jetzt Südafrika ergriffen hat, genug Schubkraft erzeugen.“

unruhen in südafrika

Namibias Sicherheitsbehörden wappnen sich gegen mögliche Nachahmer der Gewalt im benachbarten Südafrika. Die hat sich auf Namibia direkt ausgewirkt

Aus Windhoek **Alfred Shilongo**

In Namibia sind die Behörden in höchster Besorgnis: Im Nachgang der Unruhen in Südafrika vergangene Woche zirkulieren nun Drohungen mit Gewalt und Plünderungen auch in den sozialen Medien des Nachbarlandes.

Namibias Armee ist in Alarmbereitschaft versetzt worden, und die Polizei hat ihre Überwachung von Einkaufszentren ausgeweitet. Bis Montag wurden vier Menschen wegen der Drohungen auf sozialen Medien von der Polizei vorgeladen und befragt. „Sie wurden nicht festgenommen, es sind Personen von Interesse“, sagte der stellvertretende Polizeichef Joseph Shikongo.

Ismael Basson, Polizeikommissar der zentralnamibischen Region Khomas, wurde in Berichten mit der Aussage zitiert, man nehme solche Drohungen sehr ernst. Khomas ist die Region um die Hauptstadt Windhoek und durch sie verlaufen fast alle Fernverkehrsrouten des Landes.

In den Einkaufszentren Maerua und Grove in der namibischen Hauptstadt Windhoek wurde die Polizeipräsenz verstärkt, zuweilen knattern Hubschrauber über den Malls. Solche Einkaufspassagen waren in Südafrika Hauptziel der gewaltsamen Plünderungen geworden, die

nach dem Haftantritt des dortigen Expräsidenten Jacob Zuma ausgebrochen waren. Die Gewalt in Südafrika erwies sich als vorgeplant, und so fürchtet man in Namibia nun ähnliche Planungen.

„Als Regierung müssen wir zugeben, dass wir auf eine orchestrierte Kampagne öffentlicher Gewalt, Zerstörung und Sabotage dieser Art schlecht vorbereitet waren“, hatte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa am vergangenen Freitag gesagt. „Wir hatten nicht die Kapazitäten und Pläne bereit, um rasch und entschieden zu reagieren.“ Dieses Versäumnis soll sich in Namibia nicht wiederholen. Präsident Hage Geingob hat sein Bedauern über die Auswirkungen der Zerstörungen in Südafrika ausgedrückt und damit indirekt klar gemacht, er stünde bereit.

Die Gewalt in Südafrika hat auch direkte Auswirkungen auf Namibia gehabt. So wurden medizinische Sauerstofflieferungen beeinträchtigt, ein schwerer Rückschlag für den ohnehin schwierigen Kampf gegen die aktuelle Covid-19-Welle in Namibia. Straßenblockaden in Südafrika hielten auch andere Lastwagenlieferungen in das Nachbarland tagelang auf. Südafrika ist Namibias wichtigster Handelspartner und von dort kommen die meisten essenziellen Importgüter.

taz **thema**



Vererben.stiften.schenken

Gutes tun zu Lebzeiten und über den Tod hinaus. Mehr dazu im taz Thema **Vererben.stiften.schenken**:

- Ohne Trauschein: Wer erbt am Ende?
- Geschichte wird gemacht: Erlebtes kommunizieren
- Über den Tod hinaus: Werte weitergeben
- Beileid: Passende Worte finden
- Bodenständig: Die Grabpatenschaft

Anzeigenschluss: 27. August 2021

Erscheinungstermin: **Samstag, 11. September 2021**

Ihr Kontakt in der taz:
taz Anzeigenabteilung | Anke Fest
T (0 30) 2 59 02 - 940 | anzeigen@taz.de

Ein anderes Erinnern in Spanien

Ein neues Gesetz soll die Franco-Diktatur aufarbeiten und vor allem die Opfer in den Mittelpunkt stellen

Aus Madrid **Reiner Wandler**

Die spanische Koalitionsregierung aus Sozialisten und Linksalternativen unter Pedro Sánchez hat am Dienstag ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Franco-Diktatur aufarbeiten soll. Das „Gesetz des Demokratischen Gedenkens“ verspricht den Opfern des Bürgerkrieges in den 1930er Jahren und der anschließenden Diktatur, die bis zum Tod von General Francisco Franco 1975 dauerte, „Anerkennung und Wiedergutmachung“. „Das Gesetz stellt die Opfer der Diktatur in den Mittelpunkt“, erklärte der zuständige Minister, Félix Bolaños.

Opfer des Franquismus sind demnach alle, die „individuell oder kollektiv körperliche, moralische oder seelische Schäden, Sachschäden oder wesent-

liche Beeinträchtigungen ihrer Grundrechte“ erleiden mussten. Das neue Gesetz geht weit über das bisher gültige „Gesetz des historischen Gedenkens“ von 2007 hinaus, das vor allem dafür sorgte, dass franquistische Symbole und Straßennamen verschwanden.

Das neue Gesetz verurteilt den Staatsstreich gegen die Republik 1936 ausdrücklich. Franquistische Urteile gegen Kritiker der Diktatur werden für ungültig erklärt. Erstmals erkennt der Staat seine Verantwortung bei der Suche der nach wie vor über 100.000 Verschwundenen aus der Franco-Zeit an.

Innerhalb von vier Jahren soll eine Bestandsaufnahme gemacht und eine Gendatenbank erstellt werden, mit deren Hilfe die Familien der Opfer ihre Angehörigen finden und beisetzen

können. Trotz des Amnestiegesetzes von 1978, das ebenso für Gegner der Diktatur wie für deren Schergen gilt, sollen Menschenrechtsverletzungen der Franco-Zeit und der drei Jahre bis zur Verabschiedung der demokratischen Verfassung untersucht werden. Es sollen zwei Gedenktage eingerichtet werden: Am 31. Oktober, dem Tag des ersten Bombardements Madrids durch die Faschisten, soll aller Opfer des Bürgerkrieges gedacht werden; und am 8. Mai, dem Tag der Niederlage von Hitlerdeutschland, all denjenigen, die ins Exil mussten.

Das „Tal der Gefallenen“, eine Felskathedrale, in der bis zur Umbettung durch die Regierung Sánchez die Überreste des Diktators ruhten, soll zu einer zivilen Gedenkstätte werden. Das dortige Benediktinerkloster soll ge-

schlossen werden. Die Angehörigen der in Felsgalerien bestatteten 30.000 Gefallenen beider Seiten können die Ihrigen auf einen Friedhof überführen lassen.

Mit dem neuen Gesetz wird erstmals auch die Verherrlichung des Franco-Regimes unter Strafe gestellt. Sobald es durch das Parlament ist, will die Regierung verschieben, die Franco-Stiftungen, die bis heute mit staatlichen Geldern dem Diktator huldiert, zu verbieten. Leicht wird das nicht. Ausgerechnet einen Tag bevor das Kabinett das neue Gesetz verabschiedete, moderierte der Chef der konservativen Partido Popular, Pablo Casado eine Veranstaltung unter dem Titel „Eintracht, Verfassung und Patriotismus“, auf der ein Teilnehmer offen für die Franco-Putschisten Stellung nahm.

meinung+diskussion 12

Aus Amsterdam
Jeff Renisher

Es wird ein Abschied im großen Stil: Von 11 bis 20 Uhr ist das Amsterdamer Theater Carré an diesem Mittwoch geöffnet. „Jeder, dem Peter in seinem Leben etwas bedeutet hat“, so die Traueranzeige, kann an den ermordeten Crime-Reporter Peter R. De Vries auf Wunsch an der Bahre einen letzten Gruß richten. Mit großem Andrang wird gerechnet, so die Website von RTL Boulevard, der Sendung, in der De Vries zu Gast war, bevor er am 6. Juli im Zentrum Amsterdams niedergeschossen wurde. Am Donnerstag wird das Theater dann zur geschlossenen Gesellschaft für Familie und Freunde.

Art und Umfang des Abschieds machen die Position deutlich, die De Vries in der niederländischen Gesellschaft hatte, erworben in Jahrzehnten, in denen er sich an die Fersen der organisierten Kriminalität heftete. Er, der nach mehr als einer Woche seinen schweren Verletzungen erlag, war ein Typ, wie man ihn liebt in den Niederlanden: eigensinnig, charismatisch, mit Abstand zu den Autoritäten, aber auch ein Junge des Volks, treu an der Seite der Eltern ermordeter Kinder, mit einem großen Herz für den Fußballclub Ajax Amsterdam.

Der Fall reicht aber noch wesentlich weiter. Afshin Ellian, Juraprofessor an der Universität Leiden, forderte in einer Kolumne in der Boulevardzeitung *Telegraaf*, der Mord müsse ein „nötiger Wendepunkt im Kampf gegen die Drogenkartelle“ sein. Für Ellian ist der Anschlag ein „Resultat des Wegschauens von der Gesetzlosigkeit“. In einem anderen Kommentar kurz nach dem Anschlag sprach er von „Gomorra an der Nordsee“, prangerte den Einsatz von jugendlichen für Auftragsmorde an und nennt Amsterdam „die Hauptstadt von Geldwäsche und organisiertem Verbrechen der Europäischen Union“.

Ellians Hang zu drastischen Formulierungen ist bekannt, doch dass seine Vorwürfe Substanz haben, ist unbestritten. Die Frage ist nun, inwieweit die Ermordung von De Vries über die Bestürzung ob der persönlichen Tragödie hinausreicht. Als vor knapp zwei Jahren Derk



Am Tatort in Amsterdam, wo der berühmte Reporter Peter Rudolf de Vries am 6. Juli angeschossen wurde. Nach neun Tagen erlag er seinen schweren Verletzungen. Er hatte eine besondere Stellung in der niederländischen Gesellschaft
Foto: Ramon van Flymen/epa

Irak

Terroranschlag zum Festtag

Bei einem Bombenanschlag auf einem Marktplatz in einem Vorort der irakischen Hauptstadt Bagdad sind am Montag mindestens 30 Menschen getötet worden. Dutzende weitere wurden verletzt, wie aus medizinischen Kreisen verlautete. Der an einer Straße versteckte Sprengsatz sei auf dem Wahailat-Markt in Sadr City explodiert, teilte das irakische Militär mit. Wegen des islamischen Opferfestes am Dienstag waren besonders viele Menschen zum Einkaufen auf dem Markt. Die Dschihadistenmiliz „Islamischer Staat“ (IS) reklamierte den Anschlag für sich. Ein Selbstmordattentäter habe einen Sprengstoffgürtel gezündet, teilte die IS-Miliz in einer Nachricht im Kurzmitteilungsdienst Telegram am Dienstag mit. (ap, afp)

Mali

Messerangriff auf Präsident Goïta

In Mali ist Präsident Assimi Goïta, der sich im Mai an die Macht gepuscht hatte, knapp einem Attentat entgangen. Soldaten verdrängen am Dienstag, dass zwei bewaffnete Männer, einer davon mit einem Messer, zum Staatschef vordringen konnten, der in der Großen Moschee der Hauptstadt Bamako an einer Feier zum muslimischen Opferfest teilnahm. Der Messerattentäter habe versucht, Oberst Goïta von hinten zu treffen, sei überwältigt worden und habe eine andere Person verletzt, hieß es. Der Vorfall ereignete sich kurz nach Ende der Predigt, als der Imam und andere begannen, sich Richtung Ausgang zu bewegen. Goïta wurde in Sicherheit gebracht und die Moschee und der Vorplatz wurden geräumt. In Mali sind islamistische Terrorgruppen aktiv. (afp, taz)

Tödlicher Kampf auf Europas Kokainmarkt

Die Niederlande verabschieden sich am Mittwoch von dem ermordeten Crime-Reporter Peter R. de Vries. Der Fall wirft ein Schlaglicht auf das Land als Narko-Standort

Wiersum, der Anwalt desselben Kronzeugen, dem auch De Vries später beistand, auf offener Straße ermordet wurde, schien das vielen die Augen zu öffnen. Der Kampf um die Vorherrschaft auf dem Kokainmarkt macht eben nicht, wie man das offenbar lange dachte, an den Grenzen des „Milieus“ halt. Selbst 2018, als der Bruder des Kronzeugen in Amsterdam erschossen wurde, gab man sich in den bürgerlichen Innenstädten noch dieser Illusion hin.

Es mag an der starken sozialen Zweiteilung der Niederlande liegen, der Kluft zwischen der urbanen Agglomeration im Westen und den anderen Provinzen, dass man bestimmte ländliche Entwicklungen im Zentrum lange wenig zur Kenntnis nahm. Auch auf dem Land dort entwickelt sich mehr und mehr Infrastruktur des interna-

tionalen Narkomarkts. Immer häufiger wurden in den letzten Jahren Drogenlabore in Scheunen und anderen leer stehenden Gebäuden gefunden. 2020 waren es 108, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Stark zugenommen hat vor allem die Crystal-Meth-

Immer häufiger werden Drogenlabore in Scheunen und anderen Gebäuden gefunden

Produktion. Wurden 2019 noch zehn Labore hochgenommen, waren es letztes Jahr 32.

Regelmäßig wurden dabei mexikanische Spezialisten angetroffen, die offenbar Expertise mitbringen, die einheimischen Produzenten fehlt. Fach-

leute befürchten, dass ihre Präsenz auf eine Zusammenarbeit mit mexikanischen Kartellen hinweist. Die entscheidende Frage ist, ob niederländische Organisationen diese angefordert haben oder sie aus Mexiko geschickt wurden.

Wie verbreitet solche Strukturen sind, zeigt eine Umfrage von 2020: Ein Fünftel von knapp 700 teilnehmenden Landwirten gab an, bereits von Personen auf der Suche nach ungenutzten Gebäuden kontaktiert worden zu sein. Zwei Drittel wussten über „Drogenkriminalität in der Gegend“ Bescheid, so das TV-Programm 1 Vandaag. Oft handelte es sich um Bauern mit finanziellen Problemen.

Die Drogenproduktion in Scheunen hat eine lange Tradition. Sie geht zurück auf den kommerziellen Cannabisanbau und seine grotesk anmu-

tende rechtliche Position. Während Besitz, Verkauf und Konsum von kleinen Mengen Gras oder Haschisch seit 45 Jahren geduldet werden, sind Produktion und Einkauf weiter strafbar – eine Konstellation, die als „illegale Hintertür der Coffeeshops“ bezeichnet wird und für das Entstehen eines klandestinen Markts überaus förderlich war.

Die gesellschaftliche Unterwanderung zeigt sich nicht nur an der Peripherie. Nach dem Mord an Anwalt Derk Wiersum 2019 beschloss sein Utrechter Amtskollege Willem Jan Ausma, keine Kronzeugenfälle mehr anzunehmen. „Ich finde das Leben schöner als mein Fach“, sagte er dem Lokalsender RTV Utrecht. Auf Nachfrage erklärte Ausma, es gebe „zum Glück genug andere“, die Kronzeugen nach wie vor zur Seite stehen wollten. Einer davon war Peter R. De Vries.

Da waren es noch 39

Erstmals unter US-Präsident Biden kommt ein Guantánamo-Häftling frei: der Marokkaner Abdellatif Nacer

Aus New York Dorothea Hahn

Mehr als 19 Jahre nach dem Beginn seiner Internierung in Guantanamo Bay und ohne je angeklagt worden zu sein, ist Abdellatif Nacer entlassen und nach Marokko ausgeflogen worden. Der 56-Jährige ist der erste Guantánamo-Häftling, der das Lager seit Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden verlassen konnte. „Ein Schritt in die richtige Richtung“, kommentierte die New Yorker Menschenrechtsgruppe Center for Constitutional Rights, „aber die Regierung hat noch viel zu tun“. Im Lager Guantánamo sind jetzt noch 39 Männer interniert.

Der letzte Marokkaner in Guantánamo wurde in der Nacht zu Montag von der US-Militärbasis im Osten Kubas nach Casablanca ausgeflogen. Nach Auskunft seines langjährigen Chicagoer Anwalts Thomas Durkin kam Nacer in Marokko in Polizeihaft. Durkin rechnet aber damit, dass sein Mandant in seinem Heimatland schon bald freikommt. „Uns ist ein Fels-

brocken von den Schultern genommen worden“, sagte der Anwalt. Er nennt die 19-jährige Internierung seines Mandanten eine „Verhöhnung des Rechtsstaates“. Ein Bruder von Nacer sagte: „Nach fast 20 Jahren sind unsere Gebete erhört worden.“

Das US-Verteidigungsministerium dankte Marokkos Regierung für die Aufnahme Nacers und für die Zusage, sowohl die persönliche Sicherheit Nacers als auch die „nationale Sicherheit der USA“ zu garantieren. Ministeriumssprecher Ned Price pries Marokko als Vorbild für andere Länder. Details sind nicht bekannt, aber Experten gehen davon aus, dass Marokko zugesagt hat, Nacer zu überwachen, die USA weiterhin über ihn zu informieren und ihn nicht ins Ausland reisen zu lassen.

Nacer war Ende 2001 von pakistanischen Kräften im Torab-Berge in Afghanistan gefangen genommen worden, als mutmaßlicher Talibankämpfer. Anfang 2002 kam er in dem berühmtesten Lager Guantánamo an, das George W. Bush nach

den Attentaten vom 11. September 2001 als Teil des „Kriegs gegen den Terror“ eingerichtet hatte. Nachdem er 2016 vor einer Kommission des Verteidigungsministeriums Reue zeigte, kam sein Name auf eine Liste von elf Gefangenen, die „keine Gefahr mehr für die nationale Sicherheit der USA“ darstellten und freigelassen werden sollten – vorausgesetzt, es fände sich ein Aufnahmeland.

Auf diesen Transfer musste Nacer fast fünf Jahre warten. „Er wurde ein Kollateralschaden von Trump“, sagt sein Anwalt Durkin. Donald Trump beendete als US-Präsident sämtliche Bemühungen zur Auflösung des Lagers und erklärte stattdessen, dass er es auffüllen wolle. „Es gibt genügend böse Kerle“, sagte Trump bei Wahlkampfmeetings. Trump löste auch die Abteilung im Verteidigungsministerium auf, die sich um aufnahmewillige Länder bemüht hatte.

780 Männer sind in den fast 20 Jahren seit der Eröffnung des Lagers in Guantánamo in-

terniert gewesen. Sie gelten als Kriegsgefangene. Aber nur zwei wurden je verurteilt. Die meisten anderen haben nie eine Anklage bekommen. Nach jahrelangen Protesten gegen Misshandlung, Folter und Isolation der Gefangenen versprach Barack Obama 2008, er werde das Lager in seinem ersten Amtsjahr schließen. Er scheiterte.

Sein ehemaliger Vizepräsident Biden agiert nun ohne große Ankündigungen. Statt eines global aktiven Sonderentsandten lässt er regionale US-Diplomaten und das Außenministerium die Arbeit erledigen. Bei einem Besuch in Paris Ende Juni sagte Außenminister Antony Blinken: „Wir suchen einen Weg in jedem Einzelfall“.

Unterdessen ist Guantánamo dabei, ein extrem teures Alterspflegeheim mit wachsenden medizinischen Problemen zu werden. Viele Internierte haben psychische Probleme, der älteste ist ein 73-jähriger herzkranker Pakistaner. Die Kosten für jeden Insassen belaufen sich auf 13 Millionen Dollar pro Jahr.

Konny Gellenbeck
Vorstand taz Panter
Stiftung, ehem. Leitung
taz Genossenschaft

Foto: Anja Weber

Ich teile mir die taz mit 21.000 anderen.

IST HEUTE DER TAG, AN DEM AUS EINSAME SPITZE GEMEINSAME SPITZE WIRD?

Mitmachen! Ab 500 € taz-Genoss*in werden!

genossenschaft.taz.de
Noch Fragen? (030) 25 90 22 13 oder geno@taz.de
taz Verlagsgenossenschaft eG, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



20. Juli 2021: Millionen Einzelhändler weltweit stecken synchron eine neue, dicke Nadel in ihre Jeff-Bezos-Voodoo-Puppe...

schlagl_ch

Grünschwarzer Schlamassel

Sie werden bei aller Unliebe zusammenehen müssen. Bis dahin heißt es der Fehler des oder der ungeliebten Verbündeten in spe zu harren

Interessant ist das schon, oder? Da bereitet sich die Republik auf eine schwarz-grüne oder sogar grün-schwarze Regierung vor, also auf eine neue, vor einiger Zeit noch unvorstellbare Allianz der alten mit der neuen Mittelschicht, die Verbindung von Keine-Experimente-Konservatismus mit Sowohl-als-auch-Ökologie, bis in die Familien hinein vielleicht: Freitags für die Zukunft, wahlweise fürs Klima oder für die Natur, weil beides irgendwie nicht mehr geht, und der Rest der Woche Wachstum und Konsum, damit es nicht zum Massenabsturz des Kleinbürgertums kommt. Man könnte sagen: Die vernünftigste Lösung für alle, die gern weiter so machen wie bisher, aber noch hoffen, ein bisschen vom Allerschlimmsten verhindern zu können. Vor allem den Griff des rechten Randes nach der Macht. Der historische Kompromiss, der uns vielleicht die Zukunft kostet, aber die Gegenwart rettet.

Der grinsende Laschet und die ehrgeizige Baerbock, das Traumpaar von altem und neuem Kleinbürgertum

Und dann das! Der progressistische Teil der allerneuesten Mitte bemerkt mit verhaltener Freude, dass sich die CDU/CSU in einen halb komischen und halb anrühigen Machtkampf begibt. Laschet, der so radikal die Mitte vertritt, dass man an eine gewisse Katze denkt: Sie verschwindet, aber ihr Grinsen bleibt, und Söder, der so fundamental sich selbst vertritt, dass ihm ein neues Verb gewidmet werden muss: södern. Man wird in Zukunft von gewissen Karrieristen behaupten, sie hätten sich nach oben oder eben in die Mitte gesödert. Aber dann hat doch das breite Grinsen gegen das geschlängelte Södern gewonnen. Erst mal.

Und das war irgendwie ein Signal. Der konservative bis reaktionäre Teil des Kleinbürgertums, dem immer noch ein Maaßen näher ist als eine Baerbock, hat verstanden, worum es geht. Wir müssen, sagt das Grinsen ohne Katze, einfach hocken bleiben. Wenn uns alles egal ist, ob sich da ein paar von uns an den Coronamasken eine goldene Nase verdient haben, ob ein paar von uns das Programm und die Rhetorik der AfD übernehmen – grinst es weg! Die anderen machen schon Fehler. Und zur Not gibt es ja auch immer noch die Bild-Zeitung.

Das heißt also: Der konservativ-reaktionäre Teil des deutschen Kleinbürgertums wittert die Chance, die dann doch nicht so ersehnte Fusion mit dem eher ökologisch-liberal eingestellten Teil abzuwehren und dann auf ein ganz anderes historisches Projekt (mit Vorbildern in der Geschichte) zu setzen: die Fusion der Konservativen mit den Ultrarechten. Eine stramme Werte-Union für Deutschland. Wenn wir erst mal einfach weitermachen, können wir uns später immer noch entscheiden, ob wir mit den neuen Schnöselspießern zusammenehen oder doch gleich zu den Nazis.

Daher lässt auch das Grinsen den rechten Kläffer gewähren. Denn dieses Grinsen ist nach beiden

Seiten offen und steht noch mehr vielleicht für ein Erst-mal-Garnichts. Das Erst-mal-Garnichts wird sogar zur großen, verführerischen Botschaft: Weitergrillen, und eurem Fernsehen treiben wir die kritische Unbequemlichkeit schon noch aus. Die Sehnsucht nach dem Großen Erst-mal-Garnichts bringt sogar die lächerliche FDP wieder nach oben, die immer noch glaubt, den Neoliberalismus verkaufen zu können. Wo doch schon jede*r genug davon hat.

Zur Abwehr einer Fusion auf Augenhöhe (als braven Tigerenten-Verein kann man die Grünen dann immer noch aufnehmen, die machen doch alles mit, wenn sie ein bisschen regieren dürfen) bedarf es einer Figur, die öffentlich demontiert werden kann. Nennen wir sie Annalena Baerbock.

Sie hat ein paar Fehler gemacht, die zwar gegenüber denen der „Konservativen“ nicht allzu schwer wiegen, abgesehen davon, dass man bei denen so etwas gewöhnt ist. Es ist auch nicht, weil sie eine Frau ist. Oder gar wegen ihres politischen Programms. Diese Kandidatin macht nicht nur Fehler, sie ist ein Fehler. Und das, obwohl sie gerade dafür eigentlich gar nichts kann. Sie ist eine so perfekte Vertreterin einer Generation, eines sozialen Status, eines Karriereweges, eines öffentlichen Auftretens, einer Sprechweise, eines Denkens und möglicherweise sogar Fühlens, eines Familienmodells, eines textilen Codes, eines Medienumgangs und so weiter, dass sie zum Idol von vielen ihrer Generation, ihrer Klasse, ihres Denkens und so weiter wurde. Ein Spiegel, in den jede*r „machtbewusste, gut vernetzte und ehrgeizige“ (so eine wohlwollende Charakterisierung zu Zeiten, als sie noch als nächste Kanzlerin gehandelt wurde) Insasse*in der neuen deutschen Mittelschicht zu blicken liebte.

Der grinsende Laschet und die ehrgeizige Baerbock, das Traumpaar von altem und neuem Kleinbürgertum, und beide narzistisch genug, sich über die Widersprüche hinwegzumogeln.

Die Mitte war leer, und in dieser Leere war Angela Merkel so lange unanfechtbar, denn die Herrschaft der leeren Mitte hatte immerhin größere Katastrophen abgewandt. Nun verlagerten sich aber Teile dieser Mitte immer weiter nach rechts, sodass die Basis der leeren Mitte nicht mehr ausreichen würde, eine Regierung zu tragen. Die Mitte musste wieder breiter werden, und zugleich sollte sie nicht mehr ganz und gar leer sein. Irgendwas musste in diese neue breite Mitte hinein.

Aber das Spiegelbild des neuen deutschen Kleinbürgertums, das Bild der Annalena, die Karriere und Moral miteinander zu verbinden versprach, Neoliberalismus und Ökostyle, Feminismus und Anpassungsfähigkeit, hat auch ein paar blinde Stellen. So sehr sich die Menschen eines bestimmten Milieus in ihr wiederzuerkennen lieben, so sehr schließt es auch andere aus. Die Erfolgsformel von Karriereplanung, Selbstvermarktung und Vernetzungskunst offenbart nicht nur ein paar der Tricks, die man dabei schon anzuwenden bereit sein muss, sondern auch, dass es nicht für alle gelten kann. In aller Regel ist ein Grinsen ohne Katze erträglicher als ein Spiegel ohne Bild: In Zeiten des Leidens kann aber auch ein solches Grinsen unerträglich werden.



Georg Seeßlen ist freier Autor und hat über 20 Bücher zum Thema Film veröffentlicht. Zuletzt erschien von ihm „Corona-kontrolle. Oder nach der Krise ist vor der Katastrophe“ bei bahoe books.

Die Schlagloch-Vorschau 28. 7. Ilija Trojanow 4. 8. Mathias Greffrath 11. 8. Jagoda Marinić 18. 8. Charlotte Wiedeman

Heike Holdinghausen über die EU-Bioquote für die Landwirtschaft

Brüssel überholt Berlin

Bitte, lass es bald vorbei sein. Lange 16 Jahre blockiert die Union nun schon das Landwirtschaftsministerium, nutzt es als Abstellgleis für alte Männer oder Quotenlieferant für junge Frauen. Keiner und keine von ihnen hatten jemals diejenigen im Blick, die ihrem Ministerium den Namen gaben: weder Verbraucher:innen noch Landwirt:innen und erst recht nicht gesunde Böden, Artenvielfalt und stabiles Klima – Voraussetzung für eine erfolgreiche Landwirtschaft.

Wenn etwas fortschrittlich ist in Sachen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, dann kommt es seit Jahren sicher aus Brüssel; vom Parlament, von der Kommission oder aus Ländern, in denen die Industrie weniger Einfluss auf den Agrarsektor hat, wie jetzt die in Aussicht stehende Bioquote von 25 Prozent der Ackerfläche. Wenn sie kommt und zusammen mit den anderen Maßnahmen des europäischen Green Deal wie etwa die Strategie zur Biodiversität wirkungsvoll umgesetzt wird, verbessert sich etwas auf dem Land. Von den 16 Jahren Seehofer, Aigner, Friedrich, Schmidt und Klöckner haben hin-

gegen ausschließlich die Chemie-, Lebensmittel- und Maschinenbauindustrie profitiert.

Vorschläge, die Probleme der Landwirte, der Gesundheit oder der Umwelt zu lösen, wurden stets als ungerechtfertigter Eingriff in die unternehmerische oder persönliche Freiheit abgelehnt. Vorgaben für Lebensmittelkonzerne für den Zucker- oder Fettgehalt von Lebensmitteln, Vorgaben an Schulen oder Behörden, in ihren Kantinen ökologisch zu beschaffen – abgeschmettert. Hilfen für Bauern, die Vögel, Insekten und Gewässer schützen wollten? Nicht angepackt. Klimaschutz durch weniger Soja- oder Palmölimporte aus den Regenwaldgebieten der Erde? Hält man im Agrarministerium noch immer was für Ökospinner.

Für wie dumm halten CDU und CSU die Wähler:innen eigentlich, wenn sie sich angesichts der Flutkatastrophe jetzt als Oberumweltschützer geben? Nach 16 Jahren reiner Industriepolitik in einem für Nachhaltigkeitsthemen elementaren Ministerium klingt der Klimaruck aus ihrem Mund absurd.

wirtschaft + umwelt 8

Reiner Wandler über Spaniens Umgang mit der Franco-Diktatur

Späte Anerkennung

Endlich. 85 Jahre nach dem faschistischen Putsch gegen die zweite Spanische Republik und 46 Jahre nach Ende der daraus hervorgegangenen Diktatur unter General Francisco Franco soll den Opfern „Anerkennung und Wiedergutmachung“ zuteil werden. Besser spät als nie, sollte man meinen. Doch so einfach ist es nicht.

Die Angehörigen der Opfer von Massenmord, politischer Säuberung und Repression haben zu lange gewartet, zu lange wurden sie immer wieder vertröstet, und zu lange wurden sie mit der Suche nach ihren verschwundenen Angehörigen alleingelassen. Um von Gerechtigkeit, von der gerichtlichen Verfolgung derer, die für die Gräueltaten verantwortlich waren, ganz zu schweigen.

Zugegeben: Besser spät als nie, doch für so manches ist es eben einfach doch schon zu spät. Von den Tätern leben nur noch wenige. Die Hinterbliebenen der Opfer werden kaum mehr die Genugtuung haben, Zeugen einer Gerichtsverhandlung zu werden, zumal sich die spanische Justiz unter Berufung auf ein Amnestiegesetz aus dem Jahre 1978, das gleichermaßen den demokra-

tischen Widerstand wie die faschistischen Schergen betraf, weigerte, Klagen anzunehmen. Und das selbst dann noch, als die Vereinten Nationen Spanien dafür rügten.

Es bleibt zu hoffen, dass der spanische Staat zumindest mit dem Versprechen ernst macht, jetzt die Suche nach den Opfern zu übernehmen. Bisher graben die Angehörigen und ihre Verbände alleine. Finden sie die Überreste der Opfer der Faschisten, weigern sich Polizei und Justiz zumeist, davon Kenntnis zu nehmen. Verjährt, Amnestie.

Jetzt soll endlich wie in Deutschland und Italien die Verherrlichung des Franquismus verfolgt werden. Das wird sicher ein Kräftefeld sein. Denn in Spanien ist durchaus umstritten, was der Faschismus war. Für die Rechte – und dort nicht nur für die Extremisten – war Franco vielleicht etwas autoritär, aber die Republik war „rot“ und damit viel schlimmer. So fehlt es an einer breit getragenen Erinnerungskultur. Bleibt zu hoffen, dass diese noch entstehen kann und es zumindest dafür nicht auch schon zu spät ist.

ausland 10

Gareth Joswig über das Enteignungs-Volksbegehren

Verhältnisse zum Tanzen bringen

Die Kampagne Deutsche Wohnen und Co enteignen hat die Verhältnisse schon jetzt zum Tanzen gebracht. Und zwar unabhängig davon, wie der Berliner Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne am 26. September ausfallen wird. Mit der Forderung der Berliner Mietbewegung sind Mieter*innen nach jahrelangen Abwehrkämpfen gegen Mietersteigerung und spekulative Aufwertung aus der Defensive gekommen.

Das Volksbegehren hat die rot-rot-grüne Landesregierung vor sich hergetrieben. Die Sozialdemokraten hätten das Thema Enteignungen gerne mit dem gescheiterten Mietendeckel abgeräumt und versucht nun per Statement und astronomisch hohen Kostenschätzungen, Wähler*innen bei der Enteignungsfrage zu verunsichern.

Dabei sind alle Instrumente, um Preissteigerungen zu begrenzen, längst gescheitert, wie auch der Berliner Senat einräumt. Der Markt bleibt angespannt. Denn hier gilt wie überall in der Republik: Wohnraum in Händen von großen Privatkonzernen – unwirksame

Mietpreisbremse hin, unzureichender Neubau her – bleibt Spekulationsobjekt für die maximale Rendite mit entsprechenden sozialen Auswirkungen.

Die Dividenden der Aktionär*innen sollen Mieter*innen zahlen: Die Mieten und Immobilienpreise sind in den letzten zehn Jahren in vielen Großstädten regelrecht explodiert. Preistreiber sind dabei insbesondere große Privatkonzerne, die auf maximale Rendite aus sind.

Wohnraum ist mehr und mehr Ware, die häufig auch noch über Briefkastenfirmer und verschleierte Firmennetzwerke durch riesige Steuerschlupflöcher hin und hergeschoben wird. Beispiel gefällig? Deutschlands größter Wohnungskonzern Vonovia will derzeit Berlins Marktführer, die Deutsche Wohnen, übernehmen. Grunderwerbsteuer fällt bei dem Deal in Höhe von 18 Milliarden Euro dank Schlupflöchern nicht an. Ökonomisch ist der Wohnungsmarkt heute eine Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Dieses System mal zu überdenken, kann nicht verkehrt sein.

inland 6



Moderierende Maschinen

Hasskommentare sind in den sozialen Medien allgegenwärtig. Sie zu melden ist für viele Nutzer*innen aufgrund undurchsichtiger Entscheidungen oft frustrierend – dahinter stehen meist Algorithmen

Von **Arabella Wintermayr**

Beleidigungen und Schmähungen im Internet sind ein wachsendes Problem. Mit 94 Prozent gab 2020 die überwältigende Mehrheit der Nutzer*innen im Alter von 14 bis 24 Jahren an, bereits Hass im Netz erlebt zu haben. Wie die Forsa-Umfrage zu Hassrede im Netz ebenfalls herausfand, melden immer mehr Menschen entsprechende Kommentare: Waren es 2015 nur 34 Prozent der Befragten, so stieg die Zahl 2020 mit 67 beinahe auf das Doppelte an. Doch was danach passiert, ist für viele Nutzer*innen der großen sozialen Plattformen wie Facebook und Twitter oft ärgerlich: Während oft eigentlich unbedenkliche Inhalte aufgrund von bestimmten Schlagwörtern gelöscht werden, können tatsächliche Beschimpfungen eine solche umgehen, insbesondere wenn sie subtiler ausfallen.

Ein Grund dafür ist, dass die Moderation von Beiträgen und Kommentaren gerade bei besonders mitgliederstarken Netzwerken oft nicht mehr von Menschen, sondern Künstlicher Intelligenz übernommen wird. „KI ist schwach darin, sinnerfassend Texte zu verstehen. Subtilen Humor, Slang oder selbstermächtigte Sprache kann sie nicht begreifen. Sie erkennt den Beschimpfungskontext nicht“, erklärt Matthias C. Kettemann. Er ist Forschungsprogrammler des internationalen Projektes „Ethik der Digitalisierung – Von Prinzipien zu Praktiken“ unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, das vom Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) initiiert wurde. An der Forschung beteiligt sind außerdem das Berkman Klein Center an der Harvard University, der Digital Asia Hub und das Leibniz-Institut für Medienforschung.

Um der Flut an Hetze etwas entgegenzusetzen, ist erst im April ein Gesetzespaket gegen Hasskriminalität in Kraft getreten, das härtere Strafen für Beleidigungen im Internet (bis zu zwei Jahre Haft) sowie bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen (bis zu drei Jahre Haft) vorsieht. Darüber hinaus sind die sozialen Plattformen dazu verpflichtet worden, volksverhetzende Äußerungen und andere strafbare Inhalte künftig nicht nur zu löschen, sondern außerdem zu melden. Beim Bundeskriminalamt soll dafür eigens eine Zentralstelle eingerichtet werden.

KI ermittelt Straftatbestand

Auch wegen dieser Verpflichtung ist die Notwendigkeit zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz, die strafrechtlich relevante Fälle von Hassrede erkennt, deutlicher geworden. Kettemann sieht diese Entwicklung allerdings skeptisch: „Es ist sehr schwierig, Inhalte einem bestimmten Straftatbestand zuzuordnen. Selbst Juristinnen und Juristen müssen jahrelang studieren, damit sie in der Lage sind, das zu tun. Eine Künstliche Intelligenz kann das nur sehr unscharf. Eine solche Verpflichtung zur Meldung ist problematisch, weil es sehr viel Beifang geben wird.“

Bereits während der Pandemie, als ein Großteil der Belegschaft ins Homeoffice geschickt werden musste, haben die großen Plattformen damit begonnen, den Einsatz von Algorithmen bei der Moderation von Beiträgen und Kommentaren drastisch zu erhöhen – und damit verdoppelte sich etwa bei Facebook in der zweiten Jahreshälfte 2020 tatsächlich auch die Menge des entfernten Materials. Während die Algorithmen insgesamt wesentlich großzügiger aussortieren, nahm die Zahl der gelöschten

Inhalte jedoch ausgerechnet in besonders sensiblen Bereichen – wie Nacktheit und Missbrauch von Kindern – wiederum stark ab, wie aus dem Transparenzbericht des Konzerns hervorgeht.

Ein Hauptproblem in der Moderationspraxis sieht Kettemann darin, dass die Plattformen weiterhin nicht offenlegen, nach welchen Kriterien Löschungen vorgenommen werden oder über die genauen Funktionsweisen der Algorithmen aufklären: „Die Autonomie und Würde des Einzelnen muss im Fokus stehen. Menschen dürfen nicht einfach Entscheidungen unterworfen werden, die sie nicht verstehen. Das führt zu diffusen Gefühlen der Ohnmacht, die zu ebenso diffusen Ausbrüchen gegen „die Medien“ oder „die Politik“ führen. Wir plädieren deswegen beispielsweise für Infoboxen, die die Nutzerinnen und Nutzer darüber aufklären, wie die Algorithmen funktionieren.“

Die im Juni in Kraft getretene Reform des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes („NetzDG“), wonach zumindest Forscher*innen von den Plattform-Betreiber*innen nun im öffentlichen Interesse Auskünfte über Einsatz und Wirkweise von Verfahren zur automatisierten Erkennung von Inhalten, die entfernt oder gesperrt werden sollen, einholen können, könnte ein erster Schritt zu mehr Transparenz sein. Immerhin ist auch ein sogenanntes Gegenvorstellungsverfahren vorgesehen, in dem Nutzer*innen die Überprüfung von Moderationsentscheidungen einfordern können. Die Betreiber*innen müssen dann eine Begründung für ihr Urteil liefern. Eine Offenlegung der genauen Funktionsweisen der Künstlichen Intelligenz ist nicht vorgesehen.

Erhebliche Missstände beim Einsatz von automatisierter Modera-

tion auf den sozialen Plattformen sieht auch Matthias J. Becker, der Transparenz als eine zentrale Priorität des von ihm geleiteten Projektes „Decoding Antisemitism“ betrachtet. Das von der Alfred Landecker Foundation, dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und dem King's College London entwickelte Forschungsvorhaben soll der Unfähigkeit der bislang verwendeten Algorithmen zur Erkennung von Hassrede ein wirksames, smarteres Moderationstool entgegensetzen: „Die Suche der verwendeten Algorithmen nach verbalem Antisemitismus funktioniert schon fast nach einem schablonenhaften

Ein neues Tool will herausfinden, wie Antisemitismus und seine Artikulation im Netz sich mit der Zeit verändern

Muster, das stets mit dem Ausdruck von Emotionen verbunden ist. Dabei weiß jeder, der in der Antisemitismusforschung tätig ist, dass die Reproduktion von Stereotypen auch ohne Gefühlsausdrücke auskommt. Jemand kann ein bestimmtes Vorurteil gegenüber jüdischen Personen vorbringen, ohne die zugrundeliegende Vorstellung in explizite Worte zu gießen oder dabei Hass, Argwohn oder Ekel zum Ausdruck zu bringen.“

Derzeit untersuchen Forscher*innen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, wie judenfeindliche Stereotype versprachlicht wer-

den. Das geplante Tool soll später in der Lage sein, besonders impliziten Antisemitismus zu erkennen. Wichtig ist Becker dabei vor allem, dass der Algorithmus ausführlich getestet und von Menschen trainiert wird.

Auch die Entscheidungsgrundlagen der Anwendung sollen vollkommen offengelegt werden. Die Künstliche Intelligenz soll dabei später nicht nur definieren können, dass es sich um Antisemitismus handelt – sondern auch feststellen können, welche Stereotype und Sprachmuster bedient werden. Das soll wiederum nicht nur zu einem weniger hasserfüllten Klima im Netz beitragen, sondern spätere Beobachtungen dazu ermöglichen, wie sich antisemitische Resentiments und ihre Artikulation im Laufe der Zeit verändern.

Am Ende soll das Tool in den Kommentarspalten von News-Websites zum Einsatz kommen und auch bei Facebook, Twitter und Instagram ein Umdenken anregen – vielleicht sogar direkt dort eingesetzt werden. Das ist wichtig, weil Sprache Denkmuster schafft und so wiederum ein bestimmtes Handeln hervorrufen kann, betont Becker.

Ambitionierte Projekte wie „Decoding Antisemitism“, die sich gleich David gegen Goliath in den Ring wagen, um die großen Konzerne zum Nachjustieren zu zwingen, machen Hoffnung auf Veränderung. Dass die Moderation auf sozialen Plattformen jemals ganz in die Hände von Maschinen gelegt werden kann, hält aber zumindest Kettemann für unwahrscheinlich: „Der Mensch ist ein kommunikatives Wesen, wir entwickeln das Bild unseres Selbst erst in den Augen der anderen. Solange die Menschen reden, werden sie also kreativ sein – und solange sie kreativ sind, haben die Algorithmen ein Problem.“

„Subtilen Humor, Slang oder selbstermächtigte Sprache kann KI nicht begreifen“, erklärt Matthias C. Kettemann
Foto: Chris McGrath/Getty Images



Lin Hierse
Poetical Correctness

Herr L. und die Kammer des Schreckens

An einem Sonntag im Juli 2021 war es zu heiß, morgens schon. Herr L. betrachtete besorgt die Temperaturanzeige seines digitalen Weckers. 24 Grad um 6.51 Uhr waren zu viel und Herr L. war genervt, dass sein Sohn es versäumt hatte, die Handwerker mit der Reparatur der Klimaanlage zu beauftragen und jetzt spontan nach Ibiza geflogen war. In der Wetter-App sah Herr L., dass die Höchsttemperatur gegen 16 Uhr erreicht werden sollte. 35 Grad. Früher hätte es das nicht gegeben. Er vermisste früher und er hasste die Hitze.

Herr L. mochte sein Leben. Er hatte hart gearbeitet und einiges erreicht: Ein Haus, eine Frau, die Kinder, einen kleinen Vorgarten und einen deutlich größeren Garten hinter dem Haus. Zwei Autos, davon ein BMW, einen Fire Magic Aurora A66oS Gasgrill, diverse Aktien, eine Wohnung in Stuttgart, die er unter Wert an einen Freund seines Sohnes vermietete. Er hatte auch gute Bekannte: einen Internisten, einen Chirurgen, viele aufrechte Mittelständler, mehrere Banker, jemanden vom DFB. Kurzum: Herr L. hatte kein schlechtes Leben, und weil er dafür durchaus dankbar war, ging er sonntags in die Kirche und steckte einen Schein in die Kollekte. Das Einzige, was Herrn L. wirklich nervös machte, waren die Hitze und seine Abstellkammer.

Herr L. sagte gern: „Ich bin ein Konservativer, ob es den Leuten gefällt oder nicht.“ Konservativ, also conservare, erhalten, bewahren – das erschien ihm richtig. Herr L. bewahrte und erhielt vieles, das meiste in der Abstellkammer. Das Problem war, dass er nicht mehr genau wusste, was sich alles in der Kammer befand. Herr L. hatte gern den Überblick, aber er traute sich nicht mehr, die Tür zur Kammer zu öffnen. Er erinnerte sich an einen Karton voller christlicher Werte: die steinerne Skulptur einer traditionellen Kleinfamilie, seine Ludwig-Erhard-Gedenkmünze, ein Modell des Abendlandes, das sein Sohn 1995 im Kunstunterricht gebastelt hatte, und eine Sonderedition des Gesellschaftsspiels „Festung Europa“. Im vorletzten Winter hatte seine Frau acht Einmachgläser mit alter deutscher Rechtschreibung befüllt und in die Kammer gestellt. Und irgendwo müsste noch die vakuumverpackte Normalität liegen.

Trotzdem spürte Herr L. dieses Unbehagen, immer, wenn es zu heiß war und wenn er an die Kammer dachte. Leider war es oft zu heiß. Die Hitze, die Kammer. Hing das zusammen?, „Quatsch“, sagte Herr L. zu sich selbst, die Scheißhitze vernebelte den guten Menschenverstand. Und doch: Er fühlte sich wie vor einer Reise, wenn er fürchtete, etwas vergessen zu haben. Als ob es etwas Essenzielles zu bewahren gab, das ihm nicht entfallen wollte. Herr L. drehte das Radio auf, um seine Gedanken zu übertönen. Angela Merkel sagte, „wir müssen uns sputen“, eine andere Frauenstimme redete von Extremwetterereignissen. Ihm lief der Schweiß, wie ärgerlich, vor allem wegen der gelben Rückstände auf dem weißen Poloshirt. So ging es nicht weiter. Gleich morgen würde er sich selbst um die Klimaanlage kümmern.

talk of the town

Zehn Zentimeter Stoff

Norwegische Beachhandbatterinnen haben bei der EM gegen die Kleiderordnung protestiert und dafür Geldstrafen kassiert. Der Verband besteht auf Bikinihöschen



Perfektes Beachhandball-Outfit. Zumindest laut den Herren vom Verband
Foto: Uros Hocevar/kolektiff/EHF/imago

Von **Andreas Rüttenauer**

Beachhandball ist eine merkwürdige Sportart. Der oft arg humorlose Hallenkampfsport Handball möchte sich mit einer Strandvariante ein wenig Coolness verschaffen. Angeblich gibt es schon 140 Verbände auf der Welt, die Vierermannschaften auf den Strand stellen, auf dass sie einen Handball ins gegnerische Tor werfen. Bei den Olympischen Jugendspielen 2018 in Buenos Aires haben Buben und Mädchen im Beachhandball um Medaillen gespielt. Der Internationale Handballverband sähe seine neue Disziplin gerne im Programm der großen Spiele 2028 in Los Angeles. Er möchte sie zum Hingucker machen. Knappe Bikinis der Sportlerinnen sollen da wohl zum Erfolg beitragen.

Schon seit Monaten wehren sich Athletinnen gegen die Kleiderordnung, die in den Regeln festgeschrieben ist. Nun muss Norwegens Verband eine Strafe zahlen, weil die Spielerinnen es gewagt hatten, bei der Europameisterschaft in Shorts zu spielen statt in knappen Bikinihöschen. Der Europäische Handballverband sprach von „unangemessener Kleidung“. Die hat nach den Regeln so aus-

zusehen: „Frauen sollten Bikinis tragen. Das Oberteil sollte ein eng anliegender Sport-BH mit tiefen Ausschnitten an den Armen sein. Das Höschen darf an den Seiten nicht mehr als zehn Zentimeter Tiefe haben.“ Wie die Geilheit männlicher Sportfunktionäre Einzug ins Regelwerk von Sportarten hält, ist nicht ohne Vorbild.

Über einen sexualisierten Blick auf Sportlerinnen Publikum zu gewinnen, das war einst auch die Idee hinter den Kleidervorschriften beim Beachvolleyball. Da durfte der Steg an den Hosen sogar nur sieben Zentimeter hoch sein. Jahrelang wurde über diese Regel gestritten, bis sie 2012 endlich gefallen ist. Die Handballfunktionäre werden kaum behaupten können, dass sie nicht mitbekommen haben, wie die Diskussion im Beachvolleyball verlaufen ist. Die Sportart ist mit wissenschaftlichen Mitteln so intensiv vermessen worden, dass sich eine Regel, wie sie die Handballer vorschreiben, eigentlich schon lange verbieten würde. Ein Forscherteam der Universität Alabama hat TV-Bilder analysiert und dabei herausgefunden, dass 20 Prozent der Nahaufnahmen auf die Spielerinnenbrüste gerichtet sind.

Dass Sportlerinnen den sexualisierten Blick auf ihren Körper als unangenehm empfinden, hat im April die deutsche Turnerin Sarah Voss zum Ausdruck gebracht. Manchmal habe sie sich fast nackt gefühlt in den knappen Anzügen, in denen die Turnerinnen für gewöhnlich an den Geräten turnen. Ihr Auftritt in einem knöchellangen Turnanzug war das Gesprächsthema bei der Turn-EM in Basel. „Ich

Auch beim Volleyball wollte man einst über den sexualisierten Blick Publikum gewinnen. Die Regel kippte

glaube, die meisten wissen gar nicht, dass wir lang tragen dürfen“, sagte damals Bundestrainerin Ulla Koch, die ihre Athletin beim Einsatz für ein langbeinigtes Trikot unterstützt. Selbst wenn es keine Regeln gibt, werden Frauen nur zu oft in allzu knappen Sportklamotten in die Arenen geschickt. Das knappe Tennisröckchen, das einen Blick auf den Schläpfer freigibt, gehört zur sexualisierten Tradi-

tion im Frauensport ebenso wie das paillettendominierte Nachtcluboutfit, in dem viele Eiskunstläuferinnen ihre Pirouetten drehen.

Dabei liegt die Frage nahe, inwieweit sich Trainer und Funktionäre überhaupt in Fragen des Outfits einmischen sollten. Warum sollten Frauen nicht anziehen können, was sie wollen, wenn sie um Medaillen oder Platzierungen kämpfen? Im Beachvolleyball hat sich die Kleiderordnung auch deshalb überlebt, weil Sportlerinnen aus muslimischen Ländern, die mit knöchellangen Leggings und Hidschab antreten, den Sport für sich entdeckt haben.

Das Recht auf freie Wahl der Sportklamotten wird übrigens auch in die andere Richtung ausgefochten. Als die deutschen Beachvolleyballerinnen Karla Borger und Julia Sude im Februar hörten, dass beim Weltcup in Katar knielange Hosen vorgeschrieben sind, haben sie das Event boykottiert. Sie wollten unbedingt in solchen Sportbikinis spielen, gegen die Norwegens Beachvolleyballerinnen nun aufbegehrt haben. Beide Auseinandersetzungen haben eines gemeinsam: Sie richten sich gegen eine Welt, in der Männer die Regeln für Frauen festlegen.

Die Fünftagevorschau

Do., 22. 7.

Mohamed Amjahid

Die Nachrichten

Fr., 23. 7.

Peter Weissenburger
Unisex

Mo., 26. 7.

Melisa Erkart
Nachsitzen

Di., 27. 7.

Susan Djahangard
Sie zahlt

Mi., 28. 7.

Anna Dushime
Bei aller Liebe

kolumne @taz.de

taz talk

Buchpremiere und Wahlgespräch

Luisa Neubauer trifft Bernd Ulrich

Wie gewinnt Klimapolitik die Bundestagswahl? Sie steht, gestärkt vom Bundesverfassungsgericht, im Zentrum aller Systeme: Von Wirtschaft über Journalismus bis Politik. Oder duckt sich die Mehrheit bei der Wahl doch noch weg?

Klima-Aktivistin **Luisa Neubauer** und *Zeit*-Vizechefredakteur **Bernd Ulrich** diskutieren im taz FUTURZWEI-Gespräch mit **Peter Unfried** ihr gemeinsames Buch „Noch haben wir die Wahl“ zu den großen Fragen unserer Zeit.

Ein taz Talk in Kooperation mit der taz Panterstiftung, taz FUTURZWEI und dem Klett-Cotta Verlag.

Freitag, 23. Juli 2021, um 19 Uhr
auf taz.de/talk

die gesellschaftskritik

Die Freiheit der Seniorstudenten

Mit 96 Jahren hat Archie White sein Studium der Bildenden Kunst abgeschlossen

Das Jurastudium mit guten Jobaussichten schmeißen, um endlich Kunst zu studieren? Diese Frage, die junge Menschen aus der Generation Prekär sich heute zweimal überlegen, stellte sich Archie White nicht. Sein Jurastudium schloss er bereits vor Jahrzehnten ab und arbeitete dann bis zur Rente – mit 92 Jahren – als Anwalt in einer eigenen Kanzlei in der englischen Stadt Hastings. Mit 96 Jahren und 56 Tagen hat er nun auch sein Zweitstudium abgeschlossen. White war am East Sussex College für den Bachelor Bildende

Kunst eingeschrieben. Auf dem Stundenplan standen Töpfern, analoge Fotografie und das Grafikprogramm Photoshop.

Archie White, der sein Berufsleben schon hinter sich hat, sorgt sich nicht darum, ob irgendjemand seine Bilder kaufen will. „Wenn irgendwer blöd genug ist, meine Bilder zu kaufen, freue ich mich, wenn nicht, ist es auch egal“, sagt er.

Er sorgt sich allerdings um seine Kommiliton:innen: „Ich selbst hatte eine lange und erfüllende Karriere, was mich traurig macht, ist, dass viele Absolventen unweigerlich Schwierigkeiten haben werden, über die Runden zu kommen.“ Was sich ein bisschen nach der Nar-

renfreiheit eines unbeschwernten Seniorstudenten anhört, kommt dem Humboldt'schen Bildungsideal sehr nahe: Lernen und sich bilden, frei von finanziellen Zwängen und dem bangen Blick, was der angestrebte Abschluss auf dem Arbeitsmarkt wert sein wird.

Ebenfalls mit 96 Jahren schloss letztes Jahr der Italiener Giuseppe Paternò ein Philosophiestudium an der Universität Palermo ab. Bei Paternò lagen die Dinge allerdings etwas anders. Aufgewachsen im Sizilien der 1930er Jahre konnte sich seine Familie die Finanzierung eines Studiums nicht leisten. Paternò wurde Eisenbahnarbeiter, mit seinem Studium holte er ei-

nen lang gehegten Lebenstraum nach. Den Platz des ältesten Uniabsolventen weltweit haben die beiden übrigens knapp verpasst.

Den nimmt der Japaner Shigemitsu Hirata ein, der vor fünf Jahren mit 96 Jahren und 200 Tagen sein Studium an der Universität Kioto abschloss. Eines haben die drei Seniorstudenten gemeinsam: Sie haben die Fächer Kunst oder Philosophie studiert, also Fächer, mit denen die Jobaussichten für junge Absolvent:innen in der Regel nicht besonders rosig sind.

Aber mal ehrlich, wer würde mit Anfang 90 auch auf die Idee kommen, noch mal Business Administration zu studieren. **Anna Lerch**

Deutschlands liebster Anthroposoph

Spiritueller Heiler, demokratischer Streiter, Institutionskritiker: Zwei Ausstellungen in seiner niederrheinischen Heimat zeigen Joseph Beuys als irrlichternde Gestalt zwischen den Welten

Von Max Florian Kühlem

Die NRW-Museen feiern im 100. Geburtsjahr von Joseph Beuys aus allen Rohren. Doch wer den Kern seines Schaffens ergünden will, muss an den Niederrhein gehen. In Kleve ist der spätere Düsseldorfer Kunstprofessor aufgewachsen und zur Schule gegangen, von der Innenstadt führt der Voltaire-Wanderweg zum Schloss Moyland in Bedburg-Hau. Hier lagern fast 5.000 Arbeiten von Beuys, vor allem Zeichnungen – das ist der größte Bestand weltweit. Angereichert mit ethnologischen Objekten ist aus diesem Bestand die Schau „Joseph Beuys und die Schamanen“ gewachsen, die staunen lässt: Wofür andere kritisiert würden, dafür wird der Filzhutträger gefeiert.

Wie in einem Naturkundemuseum führt die Ausstellung im Schloss Moyland tief in die Geschichte und Praktiken von Schamanen in Osteuropa und Asien, für die sich Beuys schon früh interessiert hat. In einer Vitrine liegen Bücher über die historisch-mythische Figur Dschingis Khan. Die Geschichten über den Herrscher, der mit seinen nomadischen Reiterheeren den eurasischen Kontinent durchquert hat, pflanzten dem jungen Mann, der einmal Künstler werden sollte, den Samen der Vision von der Verbindung der östlichen und westlichen Welt ein. Über die Beschäftigung mit der geheimnisumwitterten Grabstätte des Mongolenherrschers entstand auch ein Interesse an asiatischer Spiritualität. Später führte ihn dieser Weg zu einem an die Konzepte der Romantik anknüpfenden Nachdenken über die Verbindung zu Natur und Tierwelt zur Esoterik Rudolf Steiners.



Joseph Beuys, Elch, 1951, Beize auf Papier
Foto: VG Bild-Kunst, Bonn 2021

Die Künstleridentität, die sich Beuys nach dem Zweiten Weltkrieg schuf, könnte auch eine Schamanen-Identität sein – oder die einer Reinkarnation Steiners. Sie basiert auf mythologischen Initiationsituationen: Bekannt ist die Geschichte über den Flugzeugabsturz über der Krim 1944, wo ihn nomadisierende Tataren mit Fett und Filz gesund gepflegt haben sollen. Weniger bekannt ist, dass Beuys einmal äußerte, dass ihm bereits als vierjähriges Kind ein schwarz gekleideter Mann begegnet sei, der aus einem Zug ausstieg und ihm sagte: „... ich habe es versucht mit meinen Mitteln, versuche du es – nur! – aus deinen Mitteln.“

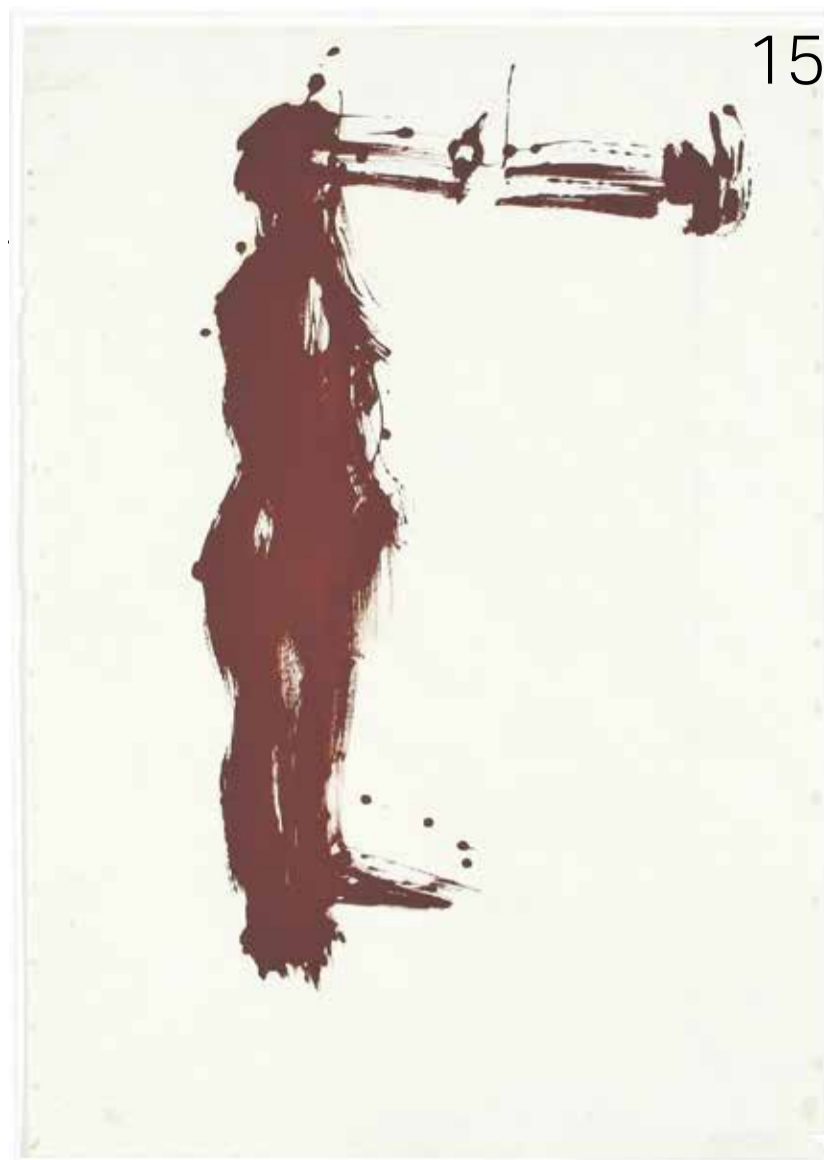
Mit etlichen Zeichnungen im Beuys-typischen Braunkreuz, aber auch frühen Aquarellen wie „Im Haus des Schamanen“,

Künstlers als spirituellen Heilers, als Mittler zwischen Natur und Kosmos, sichtbarer und unsichtbarer Welt, Leben und Tod, Leben und Kunst und Politik.

Und während man im Erdgeschoss in einen Sitzsack sinkt und in einem Dokumentarfilm aus Melanie Bonajos „Night Soil“-Trilogie die Initiatorin eines Gartenprojekts erzählen hört, was der Kontakt eines nackten Fußes mit der Erde in einem Menschen auslösen und lösen kann, stellt sich plötzlich diese Frage: Warum lässt man Beuys das eigentlich alles durchgehen? Warum gilt der so offensichtlich von Rudolf Steiner inspirierte in einer Zeit, in der alles Anthroposophische quasi geächtet wird, als nah an Querkertum oder völkisch-nationalem, mindestens rassistischem Gedankengut gebrandmarkt, nach wie vor als einer der größten Künstler unserer Zeit?

Wahrscheinlich weil er den Balanceakt doch geschafft hat und die aus seiner Sicht „materialistischen“, rationalen Diskurse der westlichen Welt ebenfalls bedienen konnte. Verführerisch waren seine Diskussionsangebote, seine stete Bereitschaft mit allem und jedem zu streiten. Zum Beispiel mit dem niederländischen Kunsthistoriker Frans Haks über die Institution Museum. Der schöne Band, der zu diesem Gespräch 1993 erschienen ist, liegt in einem Raum im grandios und gründlich verwinkelten Architektur-Schatz des Mönchengladbacher Museums Abteiberg aus und bildet dort das heimliche Zentrum der Beuys21-Schau „Institutionskritik – Das Museum als Ort der permanenten Konferenz (J. B.)“.

„Man kann also nicht sagen: Das Museum ist tot“, erklärt Beuys da. Es könne sich durch-



Joseph Beuys, Schamane, 1963, Ölfarbe (Braunkreuz)
Foto: VG Bild-Kunst, Bonn 2021

aus einem „totalisierten Kunstbegriff“ öffnen. Man müsse die Museen zu Universitäten machen, zu Orten, durch die das Leben strömt. Vier von Beuys' typischen Vortrags-Bleistiftzeichnungen hängen um den Tisch mit dem Gesprächsband und man kann nur ahnen, was er hier als Gedankenstütze visualisieren wollte: die Umlenkung der Geldströme, die Umstrukturierung der demokratischen Gesellschaft, das Museum als Epizentrum der Veränderung. Doch an diesem Freitag in Mönchengladbach, also ebenfalls am Niederrhein, der Herkunftsregion des heiligen Joseph, da strömt nicht viel. Einzelne Besucher stromern durch die Hallen, Treppen und winzigen Sackgassen-Räume.

Die Künstlerin Ghislaine Leung hat hier eine durchaus stimmige Institutionskritik zwischen die Dauerausstellung und einige Beuys-Skulpturen geschaffen: Weiße, aufblasbare Willkommensbögen schnaufen einsam in ver-

lassenen Ecken oder mitten im Gang. Ein Raum besteht quasi nur aus brauner Wandfarbe in Höhe der „Standardmitte der Hängung von Bildern“ und einem winzigen Öl-Stilleben mit braunen Zwiebeln. Unter dem Titel „Daughters“ finden sich immer wieder bunte Kinder-Bonbon-Ketten zwischen Uecker-Nagelbildern oder Polke-Punktmalereien. Und wenn man sich schließlich inmitten Gerhard Richters acht großen, komplett grauen Ölbildern wiederfindet, die blind starren, neugierige Blicke ermatten lassen, dann erscheint der Gedanke doch irgendwie logisch, dass es ab und zu Gestalten wie den zwischen Welten irrlichternden Beuys braucht, um die Kunst und ihre Institutionen lebendig zu halten.

Bis 19. September: „Joseph Beuys und die Schamanen“ im Schloss Moyland;

Bis 24. Oktober: „Institutionskritik“, Museum Abteiberg, Mönchengladbach

Verführerisch waren seine Diskussionsangebote, seine Bereitschaft, mit allem und jedem zu streiten

Objekten wie einem Filzanzug, Schlitten in verschiedensten Ausfertigungen (von Beuys mit Fett, Filz, Schnur und Taschenlampe ausgestattet oder als ethnografisches Objekt aus Sibirien), gewachsenen Hasenpfoten, dem „Eurasienstab“, Fotos berühmter Aktionen wie der mit dem toten Hasen oder dem lebenden Kojoten, entsteht im Schloss Moyland das Bild des

berichtigung

Tut cool, aber was ist darunter zu verstehen? Die Unterzeile, gestern zu Shigeru Ishihara: „Kampala, Berlin, Tokio und immer auf die Zwölf.“ Muss sich um einen dringlichen Mackeranfall handeln. Denn nach Google geht's ums Zuschlagen, so Junge, wenn du nicht gleich die Fresse hältst, dann gib't eine auf die Zwölf!

unterm strich

Der Georg-Büchner-Preis 2021 geht an Clemens J. Setz. Der österreichische Schriftsteller erkunde mit seinen Werken immer wieder menschliche Grenzbereiche, erklärte die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung am Dienstag in Darmstadt. „Seine bisweilen verstörende Drastik sticht ins Herz unserer Gegenwart, weil sie einem zutiefst humanistischen Impuls folgt.“ Der mit 50.000 Euro dotierte Büchnerpreis gilt als bedeutendste literarische Auszeichnung im deutschen Sprachraum und wird am 6. November in Darmstadt verliehen.

Archäologen entdecken neues altes Stadtzentrum Münchens. Bisher wurde als Datum der Stadtgründung das Jahr der ersten urkundlichen Erwähnung 1158 angenommen. Die nun bei Bauarbeiten gefundenen Reste von Holzbauten, Ofenanlagen und Keramik aber lassen sich nach ersten Auswertungen bereits in das 11. oder frühe 12. Jahrhundert datieren, wie das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege am Dienstag mitteilte. Sie gehörten zu den ältesten mittelalterlichen Objekten, die je in der Münchner Altstadt gefunden wurden.

taz panterstiftung

Matthias Trunk, GASAG Vorstand, taz Panter Preis-Sponsor 2021:

„Wir müssen Mobilität neu denken – alternative Antriebe, aber auch innovative Mobilitätsdienstleistungen führen zu einer entscheidenden Entlastung der Umwelt. Wir wollen den Menschen mit dem taz Panter Preis zeigen, wie wichtig uns ihr Engagement für das Klima ist.“



Weitere Infos:
www.taz.de/stiftung
stiftung@taz.de
Tel. (030) 25 90 22 13

Spenden Sie jetzt:
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

Bitte unterstützen auch Sie uns: [taz.de/spenden](https://www.taz.de/spenden)

zwischen den rillen

Lass dich nicht ermorden

Vince Staples ist ein Beach Boy ohne Leichtigkeit. Er ist in Kalifornien geboren, aber weit weg von der Welt des Glam. Seine Heimat ist Long Beach, eine knappe Autostunde entfernt von Beverly Hills. In seiner Heimatstadt wird der 28-jährige US-Rapper bis heute kaum auf der Straße erkannt und selbst seine Mutter sieht keine Notwendigkeit, damit anzugeben, dass die beiden verwandt sind. Dabei müsste sie sich nun wirklich nicht für ihren Sohn schämen.

Mit drei Alben hat Staples eine eigene Nische im kalifornischen HipHop-Universum erschaffen. Er verzichtet auf Kiff-Geschichten und Gangsta-Posen, hat mit Indie-Künstler:innen und avantgardistischen Dance-Produzenten zusammengearbeitet und erzählt von einer Gesellschaft, in der der pazifische Ozean vor der Haustür liegt und die Armut dahinter.

Staples' Mutter hat auch auf „Vince Staples“, dem neuen Album ihres Sohns, einen kurzen Gastauftritt. In einem Skit sampelt er eine Voicemail, in der sie von einer Party erzählt, die Vince Staples eigentlich besuchen wollte. Sie endete mit Blutvergießen. „Vince Staples“ sei sein persönlichstes Album, sagt der Rapper. Drei Jahre hat er sich dafür Zeit genommen und gleich im ersten Track „Are you with that?“ steigt er hinab in die Erinnerungen an seine Kindheit und Jugend, die Spiele auf der Straße und seine Freunde, die „dead homies“. Dahin würde er niemals zurückkehren, rappt er.

Schlieren und Sprünge

Dabei ist der Sound seiner Kindheit auf „Vince Staples“ immer präsent. Sein Produzent Kenny Beats bedient sich am Repertoire von G-Funk

„Vince Staples“ erinnert sich an die 90er Jahre, aber verzichtet darauf, damit im Nachhinein eine goldene Ära heraufzubeschwören

und R&B der 90er Jahre: säuselnde Synthesizer, gesampelte Soul-Vocals und Flamenco-Gitarren. Aber all diese Soundsignaturen einer vergangenen Zeit bearbeitet er mit Filter und Hall-Effekten zu akustischen Erinnerungsmomenten, die voller Schlieren und Sprünge sind. „Vince Staples“ erinnert sich an die 90er Jahre, aber verzichtet darauf, damit eine goldene Ära heraufzubeschwören, die erst im Nachhinein zu dieser verklärt wurde. Dazu passt, dass sich Vince Staples bei seinem Trip in die Vergangenheit kurz fasst. Gerade einmal 20 Minuten dauern die insgesamt zehn Songs zusammengekommen – Vince Staples breitet sein Leben aus, indem er es verdichtet. Dabei schleichen sich immer wieder Motive ein, die man bereits aus anderen HipHop-Geschichten kennt: Straßenschießereien nach Sonnenuntergang, willkürliche Polizeikontrollen auf der Fahrt vom Einkaufszentrum nach Hause, die Freundin, die einen nicht versteht. Aber Vince Staples erzählt davon, ohne den Ausweg des „ghetto fabulous“, dem oberflächlichen Glam von Konsum, der letztlich nur dazu dient, die materielle Armut der eigenen Lebensumstände zu kaschieren. „Louis bag, Gucci bag, you got baggage“, rappt er auf „Law of Averages“, nur um schließlich die Straßen seiner Heimatstadt als ziemlich durchschnittlich zu bezeichnen.

Auch sein Drogenkonsum ist ziemlich banal. Er sei der Erste, der beim Kiffen husten müsse, bekennt er auf „Taking Trips“. Und wer an Straßenecken rumhängt, könne sich auch gleich am Deckenventilator aufhängen, meint er an anderer Stelle. Dieser Humor schützt Vince Staples davor, moralisch instrumentalisiert zu werden. Denn der Gegenpart zum nihilistischen Gangsta-Rapper ist der mahnende Conscious Rapper, der der neoliberalen Anrufung des sozialen Aufstiegs durch materialistische Rücksichtslosigkeit die ebenso neoliberale Anrufung des Aufstiegs durch die Tugendhaftigkeit des Individuums und seiner Community entgegensetzt.

Vince Staples glaubt an keinen der beiden Aufstiege. „Don't get murdered“ warnt er auf „The Shining“ in einem Tonfall, der an einen Ratschlag erinnert, den ein Elternteil seinem Kind mit auf den Schulweg gibt. Denn Erlösung gibt es im Kosmos von „Vince Staples“ nicht: „We're dying broke and live with broken heart“, rappt er im gleichen Song; und nur das melancholisch zerhackte Pianomotiv verrät, dass er nicht bereit ist, das einfach so hinzunehmen.

Christian Werthschulte



Vince Staples: „Vince Staples“ (DefJam/Universal)



Zanks „Vögel“ wollen die „Parodie eines Graphic Roadmovies“ sein Foto: Ventil Verlag

„Mentale Jogginghose zeigt sich in schlaffer Mimik“

Tocotronic-Drummer Arne Zank hat in der Coronapandemie endlich seine alte Cartoon-Serie „Die Vögel“ fortgeführt und nun in Buchform veröffentlicht. Ein Gespräch über Paranoia vor der Staatsgewalt, einen Ehrendoktor in Tschechien und weiße Handschuhe

Interview Imke Staats

So mies die Coronapandemie für viele Künstlerhaushalte auch ausfiel, sie hatte gelegentlich den Vorteil, dass manch Unvollendetes in Ruhe fertiggestellt werden konnte und die so entstandenen Produkte nun das Leber verschönern. Daher konnte auch Arne Zank, der ansonsten bei der Band Tocotronic trommelt ein altes Talent zu neuer Blüte bringen: Cartoon-Zeichnen. Der studierte Illustrator hatte seine Serie „Die Vögel“ schon in den 1990ern begonnen und später auch als Webtoon herausgegeben. Jetzt liegt sie als vollendetes Abenteuer in Buchform vor. Witzig und kurzweilig stolpern die äußerst rau und minimalistisch gezeichneten Charaktere durch Norddeutschland und Dänemark. Viele Verweise erinnern an Tocotronic, etwa die Trainingsjacken der Fans bei einem Indiekonzert und diverse Lieder-Zitate. Der Schöpfer spielt hier auch mit verschiedenen Erzählperspektiven und leistet sich den einen oder anderen Cameo-auftritt.

taz: Herr Frank, um was für Vogelarten handelt es sich bei den Protagonisten?

Arne Zank: Keine bestimmten – Enten liegen nahe, aber ich sehe die Charaktere eher als Menschen.

Haben sie Namen? Nein, nur Bezeichnungen, wie Cousin.

Welchen Geschlechts sind die Vögel? Das bleibt offen. Oft wird der/die Kleinere weiblich gelesen. Die zwei Helden waren mal männlich angelegt. Sie erschie-



Foto: Erik Weis

Arne Zank & Buch

Der Künstler: Arne Zank, 50, besuchte in den 1990ern die Hamburger Fachhochschule für Gestaltung, um Illustrator zu werden, wechselte bald zur Hamburger Schule, wo er seither bei der Band Tocotronic trommelt.

Das Buch: „Die Vögel – fliegen hoch!“ von Arne Zank, Ventil Verlag, Mainz 2021, 128 Seiten, 20 Euro

Die Tour: Tocotronic sind ab heute wieder live unterwegs, u. a. in Düsseldorf, Kassel, Rostock.

nen einst als Cartoonserie in der Kölner Stadtrevue.

Ständig haben die Protagonisten Probleme mit der Polizei. Gibt es dafür tiefere Gründe? Zudem wirkt die Polizei etwas vertrottelt.

Obwohl ich mit Punkrock sozialisiert bin, hatte ich persön-

lich keine besonders unangenehme Erfahrungen mit der Staatsgewalt. Es gibt eine gewisse Paranoia, keinen Scheiß zu bauen. Dadurch, dass die Jungs hier noch grüne Uniformen tragen, habe ich die eigene Kindlichkeit mit reingebracht.

Ab und zu gibt es auch interessante Wortkreationen. Was ist etwa ein „Jogginghosenge-sicht“?

Eine Art mentale Jogginghose, die sich in schlaffer Mimik äußert.

Doktor Arne Zank, woher haben Sie eigentlich Ihren Doktorgrad?

(Zögernd) Ich bin Ehrendoktor einer tschechischen Universität, auf der auch Spejbl und Hurvínek promovierten.

Man sieht mal das Foto eines Auges – Ihres? – in einem Bild. Welche Rolle spielen Sie selbst in den Cartoons?

Das ist ein Dialog mit dem Schöpfer. (Kommt am Ende wieder vor – Anm. d. Red.) Ich machte täglich eine Folge und stürzte die Figuren in krasse Abenteuer. Manchmal war das die Lösung, aus einem Cliffhanger-Dilemma wieder rauszukommen. Ich wollte eigentlich noch mehr stilistische Brüche, wie etwa den Einsatz von Aquarellfarbe in Traumsequenzen.

Was trieb Sie beim Zeichnen der Plots an?

Ich mag die klassische Form der Zeitungscartoons, deren Serien meist sehr lange publiziert werden. Um ein großes Kunstwerk zu schaffen, fehlt mir der Glauben daran. Aber ich wollte stoisch bei einer Sache bleiben. Ich habe 36 Toons geschafft, jeden Morgen in der Küche eine

Folge gezeichnet. Wenn eine Sequenz endet, habe ich immer drei kleine Punkte gemacht. Meine Freundin Tina war immer wieder als Beraterin und Inspiratorin wichtig.

Wie erstellen Sie diese Cartoons technisch? Gibt es Regeln, etwa wie: keine Korrekturen?

Ja, jeder Strich gilt. Ich zeichne auf Papier, fotografiere dann mit dem iPhone und nutze einige Bearbeitungsprogramme, wie zum Beispiel für Farben oder „scharf zeichnen“. Ich beobachte mich selbst dabei, wie sich die Formen im Laufe der Zeit leicht ändern. Liegen die Panels beispielsweise zuerst noch frei auf der Fläche, nehmen sie dann zunehmend fast quadratischen Form an.

Sie sagten mal, dass Sie „alle Selbstbewusste, Professionelle, Fingerfertige abstoße“ – wie meinen Sie das?

Eher in Abgrenzung zu einer Modeerscheinung, der nachgeeifert wird. Ich habe eher was übrig für Punkrock. Damit meine ich aber nicht das Liebevollste, welches ja auch zu mehr Professionalität führen kann.

Sie sind ja außerdem noch Musiker mit einer gewissen Bekanntheit und haben entsprechend viel zu tun. Wie wird das Zeichnen weitergehen, wenn Tocotronic wieder tourt? Kommen die Bücher mit ins Merchandising?

Kann ich mir vorstellen. Ich will auch die Routine des „Morgen-Cartoons“ erhalten. Und ich kann mir vorstellen, dass wir das Buch auch am Stand verkaufen. Am besten mit weißen Handschuhen, wegen des weißen Einbands.

Mut zur Zumutung!

Runterbrechen auf mundgerechte Stücke, gerne mit Tralala: Mit dieser journalistischen Unart muss ein für alle Mal Schluss sein. In der Pandemie hat sich gezeigt: Das Publikum will mehr, als für dumm gehalten zu werden

Von **Anne Haeming**

„Runterbrechen“. Eines der gefährlichsten Worte im ganzen Journalismus. Die meisten – wetten? – lernen es in den ersten vier Wochen Redaktionspraktikum. „Wir müssen das runterbrechen“, heißt es dann. Oft flankiert vom alten Satz: „Der Leser-Zuhörer-Zuschauer ist dumm.“ Die freundliche Lesart wäre: „Lasst uns Komplexes veranschaulichen.“ Die gängigere, die das Wort so gefährlich macht, steckt im Begriff selbst. Er bezeichnet eine Handlung, die Materie verwandelt, als sei's kein Eingriff; obendrein kein filigranes Tun – grobes Brechen reicht offenbar. „Herunter“ verrät, dass ein Höhenunterschied angenommen wird. Unten, da sind die, die dieser Journalismus adressiert. Oben: die, die schreiben, texten, berichten. Die *oben* Komplexes weglassen, um bloß *unten* niemanden zu überfordern, statt ihnen auch mal etwas zuzumuten. Auf Englisch nennt man das „to dumb it down“.

„Runterbrechen“ ist eine Ideologie der Überheblichkeit. Doch das Pandemiejahr hat sichtbar gemacht, wie überholt dieses Konzept in der Berichterstattung ist. Es baute sich im Hintergrund eine Gegenbewegung auf: Die, die all das lesen, hören, nutzen, anschauen, was Journalist:innen produzieren, wollen nicht länger für blöd verkauft werden.

Die Indizien häuften sich. Vorneweg der Drogen-Podcast „Coronavirus Update“, den die NDR-Info-Wissenschaftsredakteurin Korinna Hennig von Anfang an mit betreute. Schon im Frühling 2020 bilanzierte Hennig: „Wir Journalisten unterschätzen unser Publikum ständig. Es geht mehr, als wir immer denken.“ Man müsse „nicht immer alles runterbrechen auf Kücheniveau“. Sie sei sicher: „Viele Hörer finden es besser, wenn man sie permanent leicht überfordert, als ihnen Banalitäten zu servieren.“

Den Eindruck teilt die Datenjournalistin Marie-Louise Timcke. Timcke lei-

tet das Interaktiv-Team bei Funke und startet bereits Anfang März 2020 den detaillierten „Coronavirus Monitor“. Daten zu visualisieren, das diene sonst dazu, Komplexes ohne „Beipackzettel“ verständlich zu machen, sagte Timcke, doch: „Bei Corona merken wir, dass die Gesellschaft bereit ist, sich auch mal in etwas einzulesen. Das eröffnet uns künftig vielleicht auch bei anderen Themen neue Möglichkeiten.“

Hennig und Timcke klangen damals beide verwundert, fast überrascht. Zwei Journalistinnen, Jahrgang 1974 und 1992, beide geprägt von der Schule des „Runterbrechens“. Die auf einmal feststellten: Huch, die, für die wir das machen, wollen ja mehr, als wir bislang dachten. Sie fragen uns, wie sich ein Pre-Review-Paper beurteilen lässt. Sie fragen nach der vierten Stelle hinterm Komma.

Naja, könnte man sagen, klar stiegen alle so tief bei Corona ein, sie sind ja unmittelbar, existenziell bedroht. Hatten außerdem mehr Zeit und hingen nur online herum. Aber das greift zu kurz.

Die Nachfrage nach hochzielender, informationsreicher Berichterstattung und Analyse ist auch darüber hinaus spürbar. Denn 2020 war auch das Jahr, in dem Redaktionen dem Bedürfnis nach ausführlichen politischen Inhalten nachkamen. Wegen der lauter werdenden „Black Lives Matter“-Bewegung, wegen des US-Wahlkampfes. In den USA etwa brachte die *New York Times* einstündige Podcasts zur Wahl: „The Argument“ für detaillierte Analysen, „The Field“ als Reportageserie über Anhängere:innen verschiedener Kandidat:innen.

Statt „Die Top-News des Tages in drei Minuten“ zogen auch deutschsprachige Angebote nach. So etwa das Langformat „Das Politikteil“ der *Zeit* im März 2020; und schon mit Folge eins erklärte, „Was geht, Amerika?“, auch aus der *Zeit*-Familie, man habe fix das Konzept umgekrempelt – für US-Politik statt Kulturgeschichtliches. Zum Bundestagswahlkampf nun widmet sich die *Welt* wöchentlich im 30-Minuten-Podcast

„Machtwechsel“ dem Stand der Dinge, die taz startet den einstündigen „Bundestalk“. Weil der Bedarf da ist, gefordert zu sein.

Und nein, das oft affektierte Etepetete des Kulturjournalismus von *FAZ* bis *taz* gehört nicht in die Reihe, wo die ersten drei Absätze das Ständesdünkelrevier abgrenzen, um allen anderen zu zeigen: „Du bist dumm.“

Mit am deutlichsten ist diese Verschiebung in Bereichen, die bislang

zur Tagesthemenzeit. Der Kölner Sender kooperiert zudem mit der Initiative „Klima vor acht“ und bringt (mit *NTV*, *Geo* und *Stern*) zweimal die Woche acht Minuten „Klima Update“, während die *ARD*, auf deren „Börse vor acht“-Sendepplatz die Kampagne eigentlich abzielte, wiederholt abgelehnt hat und stattdessen nun mit „Sprüche vor acht“ banalste Sprichwortforschung bringt. Jan Böhmermann ersetzt in seinem „ZDF Magazin Royale“ den Klamauk

nach vier Tagen schon 13 Millionen Aufrufe.

Der große Rest des Journalismus hat Angst vor zu viel Zumutung. Dem in allerlei Umfragen festgehaltenen „Misstrauen“ gegen „die Medien“ scheint man begegnen zu wollen, indem man die Zielgruppe ablenkt mit Tralala. Und per Mini-Max-Prinzip: Täglich viel „Snackable Content“, bloß nichts, auf dem man rumkauen muss! Journalismus, befindet der Journalismus also, könne nur noch funktionieren, indem man ihn in all seiner Unterhaltsamkeit anpreist. Material zur Meinungsbildung bitte nur noch unter Gimmicks gemischt wie zerbröselte Wurmkurttab-

letten. Nichts anderes ist die Berichterstattung über die Scharmützel rund um Annalena Baerbocks „Fehler“: auf Drama gebürsteter Boulevardjournalismus wie in *Bunte* und *Gala*. *Spiegel*-Journalist Markus Feldenkirchen klagte neulich, wiederum in einem Podcast, dass bei all dem niemand über Inhalte spreche. Hm, möchte man ihm zuflüstern, dann macht doch mal.

Das Publikum weiß, dass es unterschätzt statt geschätzt wird. Dass ein paar neue Formate neben das Oberflächenblabla drängen, ist ein Indiz: Schluss mit der Runterbrecherei. Mehr Mut zur Zumutung! Nach dem Dauer-Lockdown gilt: Wir alle wollen Zeit sinnvoll füllen. Und sicher nicht mit Häppchenjournalismus.



Das Mini-Max-Prinzip: Täglich „Snackable Content“, bloß nichts, auf dem man rumkauen muss Foto: Martin Parr/Magnum Photos/Agentur Focus

manöverkritik

Die Serie

Wie verändert die Coronakrise Medien und Publikum? Welche Chancen ergeben sich für den Journalismus nach der Pandemie? Wir schauen zurück und nach vorne, ab heute für einen Monat jeden Mittwoch auf der Medienseite und unter taz.de/Medien.

eher für Unterhaltung stehen, etwa die Privatsender: Joko und Klaas bei Pro7, die in speziellen 15-Minuten-Formaten Themen wie den Pflegenotstand oder Gewalt gegen Frauen aufarbeiten, für Letzteres gab's Nannen- und Grimmpreis; Louis Klamroth und Linda Zerkakis, sie frisch von der *ARD* gewechselt, die die Spitzenkandidat:innen zur besten Sendezeit interviewen; *RTL* setzt ab August für eine neue Sendung auf die *Ex-ARD*-Leute Pinar Atalay und Jan Hofer – für 20 Minuten Tagespolitik

mit Investigativstorys zur deutschen Kolonialgeschichte oder *Frontex*. Stand-up-Komikerin Enissa Amani, auch frisch grimmpreisgekürt, organisierte eigenhändig mit „Die beste Instanz“ eine Runde über Rassismus als Gegenprogramm zu einem rassistischen *WDR*-Talk, weil der Sender nicht selbst draufkam.

Ein erstes Zeichen, dass sich was dreht, gab's 2019: Rezos „Die Zerstörung der CDU“ auf Youtube; 55 Minuten voller Studien, Statistiken hatten

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffet
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.10 Verrückt nach Meer
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 Rentnercops: Die Agentur. D 2019
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Was wir wussten – Risiko Pille
- 21.45 Plusminus
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Das Impfdrama
- 0.20 Nachtmagazin
- 0.40 Was wir wussten – Risiko Pille
- 2.15 Das Impfdrama

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 drehscheibe
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Der Tod kam von oben. D 2008
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 17.45 Leute heute
- 18.00 SOKO Wismar: Verliebt, verlobt, verstorben. D 2019
- 19.00 heute
- 19.25 Heldt: Auf Sendung. D 2018
- 20.15 Bares für Rares
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Die Rückkehr der Taliban
- 22.45 ZDFzoom
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute-journal update
- 0.45 GroKos, Krisen, Kompromisse – Die Ära Merkel
- 1.15 Die NIVEA-Story
- 2.00 Die Rückkehr der Taliban
- 2.30 ZDFzoom
- 3.00 frontal

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal
- 16.30 Die Versicherungsdetektive
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Die Bachelorette
- 22.15 stern TV
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.30 CSI: Miami: Zuschlag für den Lieferanten. USA 2011

SAT.1

- 12.00 Anwälte im Einsatz
- 13.00 Auf Streife – Berlin
- 14.00 Auf Streife
- 15.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 16.00 Klinik am Südring
- 17.00 Die Ruhrpottwache – Vermisstenfahnder im Einsatz
- 17.30 K11 – Die neuen Fälle
- 18.00 Rolling – Das Quiz mit der Münze
- 19.00 Buchstaben Battle
- 19.55 Sat.1 Nachrichten
- 20.15 Der Schuh des Manitu – Extra Large. Westernparodie, E/D 2001
- 22.15 Keinohrhasen. Komödie, D 2007
- 0.35 Der Schuh des Manitu – Extra Large. Westernparodie, E/D 2001

Pro 7

- 12.05 Scrubs – Die Anfänger
- 12.30 Last Man Standing
- 13.25 Two and a Half Men
- 14.40 The Middle
- 15.40 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 Newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte

tagestipp

Die „Wächter“ rücken gegen die letzte Bastion der Menschheit vor; die Rebellen Neo (Keanu Reeves), Trinity (Carrie-Anne Moss) und Morpheus (Laurence Fishburne) versuchen, die allgegenwärtige Matrix auszuschalten. Und zwischendurch gibt es in Teil 2 der Trilogie philosophische Dialoge.

„Matrix Reloaded“, 22.30 Uhr, Kabel eins



Foto: Warner Bros.

- 21.15 Seattle Firefighters – Die jungen Helden
- 22.15 Frau Jordan stellt gleich
- 0.50 Joko gegen Klaas – Die besten Duelle um die Welt
- 7.45 Sesamstraße
- 8.05 Lieselotte
- 8.20 Mama Fuchs und Papa Dachs
- 9.00 Die Biene Maja
- 9.35 Tib und Tumtum
- 10.25 Yakari
- 11.25 Belle und Sebastian
- 12.25 Lassie
- 13.15 CheXperiment
- 13.30 logol! Die Welt und ich
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 Find me in Paris – Tanz durch die Zeit
- 15.50 Miss Moon
- 16.15 Horseland, die Pferderanch
- 17.15 Mia and me – Abenteuer in Centopia
- 18.00 Ritter Rost
- 18.15 Feuerwehrmann Sam
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Power Players

19.25 Anna und die wilden Tiere

- 19.50 logol! Die Welt und ich
- 20.00 Kika Live
- 20.10 Die Mädchen-WG
- 20.35 Die Jungs-WG – Urlaub ohne Eltern

ARTE

- 7.50 Kuba – Das grüne Herz der Karibik
- 8.35 Stadt Land Kunst
- 9.30 Nanga Parbat
- 10.50 Das Tier im Menschen
- 12.20 Die Bienenflechter
- 12.50 Arte Journal
- 13.00 Stadt Land Kunst
- 13.50 Wiedersehen in Howards End. Literaturverfilmung, GB/USA 1992
- 16.05 Der Wilde. Drama, USA 1953
- 17.50 Japan von oben
- 18.30 Auf den Dächern der Stadt
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Märkte – Im Bauch von ...
- 20.15 Morgen sind wir frei. Drama, D 2019. Regie: Hossein Pourseifi. Mit Katrin Röver, Reza Brojerdi
- 21.50 Mit wehenden Haaren gegen die Mullahs
- 22.45 Vermisst
- 23.40 Der Affront. Drama, LBN/F/B/CY/USA 2017. Regie: Ziad Doueiri. Mit Adel Karam, Kamel El Basha
- 1.30 Kaulquappe
- 1.45 Emmanuelle – Königin des Softpornos
- 2.40 Wenn die Liebe fremdgeht

3SAT

- 18.15 Die Kanarischen Inseln
- 19.00 heute
- 19.20 Pop Around – The Video Stars
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Polizeiruf 110: Tod einer Toten. D 2020
- 21.40 Erlebnisreisen
- 22.00 ZIB
- 22.25 Hard Sun

0.10 10vor10

- 0.40 Stöckl.
- 1.40 Spaniens spannende Mitte
- 2.25 Eine Reise in den Südosten Portugals

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 BR24 Rundschau
- 19.00 Stationen
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Münchner Runde
- 21.15 Kontrovers
- 21.45 BR24 Rundschau
- 22.00 DokThema
- 22.45 Das System Milch
- 0.15 kinokino
- 0.30 Kurzfilmnacht

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 made in Südwest
- 18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 betrifft
- 21.00 Dem Virus auf der Spur
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Tatort: Bitteres Brot. D 2004
- 23.30 Harter Brocken: Die Kronzeugin
- 0.55 Der Urbino-Krimi: Mord im Olivenhain
- 2.25 Die Bergpolizei – Ganz nah am Himmel: Der Scheinheilige. I 2011

HESSEN

- 18.00 Maintower
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mex – Das Markt-magazin
- 21.00 Mittendrin – Flughafen Frankfurt

21.45 Frau Kapitän auf Kreuzfahrt

- 22.15 hessenschau
- 22.30 Patchwork für Fortgeschrittene
- 23.15 Mamma: Ursprung. N 2014
- 0.15 Die Erben der Nacht
- 0.40 Daheim in den Bergen
- 2.10 Patchwork für Fortgeschrittene

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Ausgerechnet
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Das Beste im Westen – Daniel Abmanns Sommer-Highlights
- 21.00 Der Haushalts-Check mit Yvonne Wilkics
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Kritisch reisen
- 23.00 Weil du nur einmal lebst – Die Toten Hosen auf Tour
- 0.30 Die Toten Hosen live – Krach der Republik
- 1.30 Ausgerechnet
- 2.00 Lokalzeit aus Köln
- 2.30 Lokalzeit aus Aachen
- 3.00 Lokalzeit aus Düsseldorf
- 3.25 Lokalzeit Bergisches Land

NDR

- 18.00 Ländermagazin
- 18.15 Die Nordreportage
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Stadt, Land, Fuchs!
- 21.00 Expeditionen ins Tierreich
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Großstadtrevier: Der Tote am Strand. D 2017
- 22.50 NDR Comedy Spezial
- 23.50 Dittsche – Das wirklich wahre Leben
- 0.20 Quizz dich auf 1
- 1.05 Visite
- 1.50 Dr. Wimmer Talk – Wissen ist die beste Medizin
- 2.45 Hallo Niedersachsen

RBB

- 18.00 rbb UM6 – Das Ländermagazin
- 18.27 zibb
- 19.30 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Ernährungs-Docs
- 21.45 rbb24
- 22.15 Das Humboldt Forum – Ein Schloss für Berlin und die Welt?
- 23.15 Das Humboldt Forum
- 23.45 Berlin Excelsior
- 1.15 Die Ernährungs-Docs

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Kosmonaut Nummer 1 – Gagarin
- 20.15 Exakt
- 20.45 Durchhalten für Olympia
- 21.15 Echt
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Tatort: Ein ehrenwertes Haus. D 1995
- 23.40 Spasszone
- 0.25 Kroymann
- 0.55 Exakt

PHOENIX

- 12.15 ZDFreportage
- 12.45 Tatort Matterhorn
- 14.15 Konrad Adenauer – Seine fünf Leben
- 15.00 Mensch Adenauer!
- 15.45 Zur Person – Porträts in Frage und Antwort
- 16.20 Soundtrack der Freiheit
- 17.15 Ceiba – ein Schiff wird kommen: Zeichen setzen gegen den Klimawandel
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 ZDFreportage
- 18.30 Tatort Matterhorn
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Naledi – Ein Elefantenleben
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Panorama – die Reporter
- 22.45 Afghanistan, unser verwundetes Land
- 0.15 phoenix plus

Kaum jemand will KfW-Kredit

Staatliche Coronahilfen für Studierende kommen kaum bei denen an, die sie brauchen

Von **Franziska Schindler**

Zunächst sieht es so aus, als ob die Coronahilfen für Studierende ein voller Erfolg seien: Sprunghaft ist die Nutzung des staatlichen KfW-Studienkredits im Jahr 2020 angestiegen. Rund 40.000 Studierende griffen auf die Finanzierungsmöglichkeit zurück, während die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Vorjahr nur rund 18.000 Vertragsabschlüsse verzeichnet hatte. Doch das Bild trügt, wie eine Auswertung zeigt.

Um Studierenden in der Coronakrise zu helfen, waren die Modalitäten des KfW-Kredits angepasst worden: Betrag der Zinssatz vor der Pandemie noch 3,91 Prozent, kann er seit Mai 2020 und bis zum Ende dieses Jahres zinsfrei in Anspruch genommen werden. Zudem können seit Juli 2020 auch Studierende aus Staaten außerhalb der EU den Kredit erhalten. Bis zu 650 Euro im Monat beträgt das zinslose Darlehen. Zur Unterstützung in pandemiebedingten Notlagen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung BmBF außerdem die Überbrückungshilfe für Studierende aufgelegt. Zwischen 100 und 500 Euro Zuschuss bekommen die Antragstellenden pro Monat.

Dank einer Auswertung durch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) lässt sich nun über die Wirksamkeit des Kreditangebots für in Not geratene Studierende Bilanz ziehen. Wie die Studie ergab, handelt es sich beim sprunghaften Anstieg der KfW-Kund*innen wohl um einen einmaligen Effekt, der wenig mit der Pandemie zu tun hat: Die gestiegene Nutzung des Kredits ist vor allem auf ausländische Bezieher*innen zurückzuführen, die vorher nicht kreditberechtigt waren. Auf diese Gruppe sind rund 16.000 und damit fast drei Viertel aller Neuabschlüsse zurückzuführen. Das Bundesbildungsministerium antwortete bis Redaktionsschluss nicht auf eine taz-Anfrage dazu.

„Mission verfehlt“

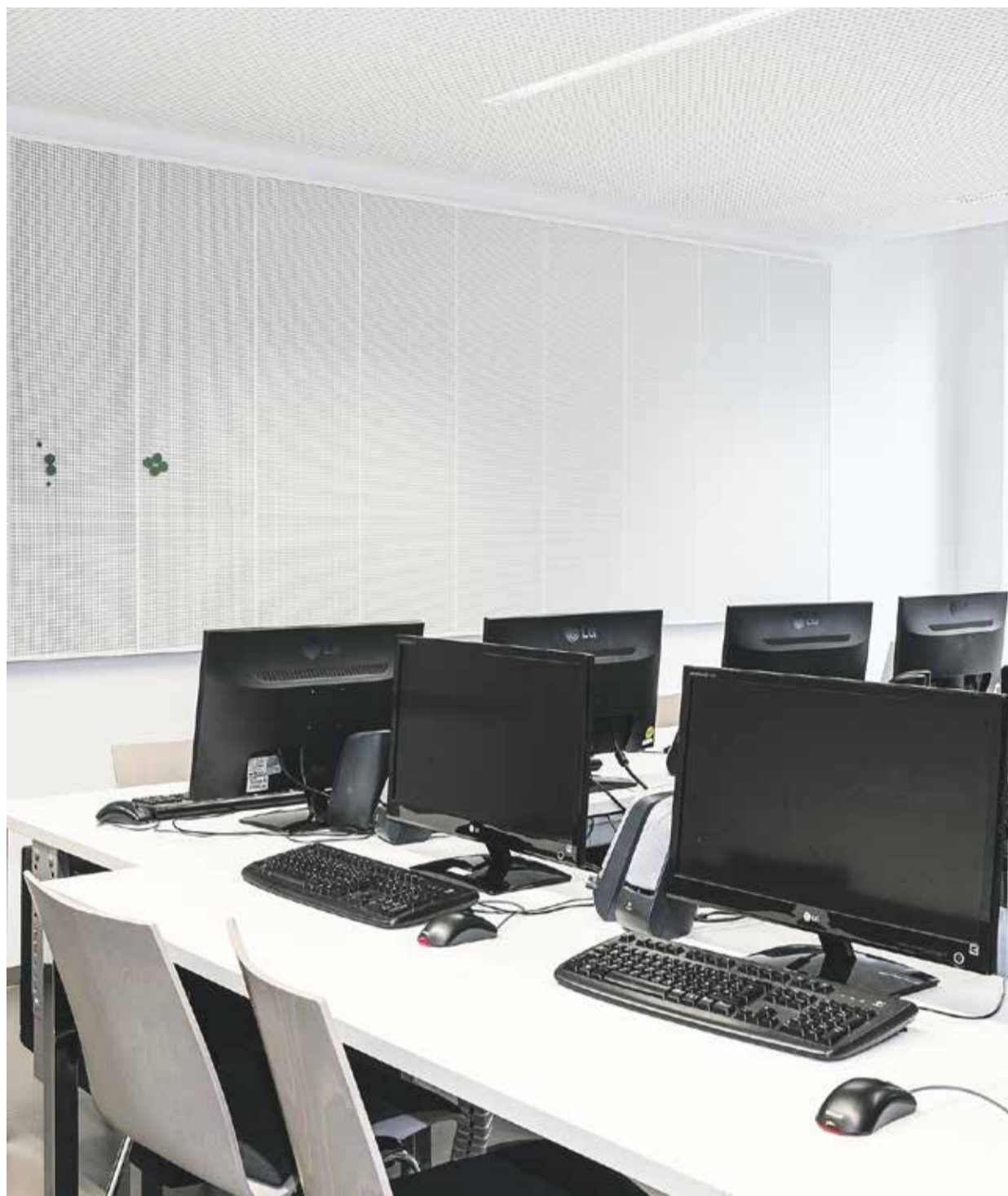
„Der KfW-Kredit hat seine Mission als Nothilfe verfehlt“, urteilt Ulrich Müller, der die Abteilung politische Analysen am Centrum für Hochschulentwicklung leitet, „der temporäre Nullzins ist wirklich keine große Entlastung für die Bezieher“. Auch die Überbrückungshilfe sei „ein bürokratischer Wahnsinn“ und nicht an die Nöte der Studierenden angepasst, die dafür jeden Monat aufs Neue einen Antrag stellen müssen, nicht mehr als 500 Euro auf dem Konto haben dürfen und nur maximal 500 Euro monatlich erhalten. „Das ist zu wenig“, sagt Müller.

Ein schlechtes Zeugnis bekommen die Überbrückungshilfen auch von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Die Überbrückungshilfe hat die Studierenden, die sie gebraucht hätten, nur zum Teil erreicht“, sagt Andreas Keller, Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung der GEW. Und die Kredite seien aufgrund ihrer marktüblichen Zinsen „nicht besonders attraktiv“ für Studierende.

Elf Prozent der Studierenden erhalten derzeit Bafög, drei Prozent nehmen einen Studienkredit in Anspruch, Begabtenförderwerke und Deutschlandstipendium bekommen je ein Prozent der Studierenden. „Die Zahl der Bafög-Bezieher ist in den letzten Jahren stetig gesunken, ohne dass andere Finanzierungsansätze entsprechend hinzugewonnen haben, was im Umkehrschluss heißt, dass ein Studium immer stärker von der eigenen Erwerbsarbeit und den Eltern abhängig ist“, sagte CHE-Mann Müller. „Dabei brauchen wir eigentlich eine Signalwirkung: Wenn du studieren willst, mach es – das Finanzielle bekommen wir hin.“

Ende September läuft die Überbrückungshilfe aus. Anstatt diese zu verlängern, fordert die GEW, das Bafög auszuweiten. Dazu gehöre die Anhebung der Bezugsdauer auf die Durchschnittsdauer des Studiums und dass das Bafög wieder zum Vollzuschuss wird. Außerdem müssten die Verdienstgrenzen bis zu 25 Prozent und der Höchstsatz von derzeit 861 Euro um 15 Prozent angehoben werden. „Alle Leistungen, die inländischen Studierenden offenstehen, sollten auch ausländische Studierende bekommen“, ergänzt Keller von der GEW.

Auch Müller von der CHE fordert eine „umfassende Reform der Studienfinanzierung“. Neben der Anpassung der Verdienstgrenzen müssten auch Teilzeitstudierende gefördert werden. Langfristig strebt Müller eine Bundesstudienförderung an – mit einer direkten Grundförderung von bis zu 300 Euro für alle anstelle von Kindergeld und elterlichem Steuerfreibetrag, einem Zuschuss für Bedürftige und optionalen Darlehen zum Nullzins.



Hier kann man was lernen, auch digital: Computerraum in der Münchner Volkshochschule
Foto: Wolfgang Stahr/laif

Baustelle digitale Weiterbildung

Wer gering qualifiziert ist, nimmt seltener an Weiterbildungen teil. Eine Nationale Bildungsplattform soll das ändern

Von **Manfred Ronzheimer**

Die Digitalisierung der Wirtschaft hat auch Folgen für die berufliche Weiterbildung: Für die Beschäftigten in den Betrieben stehen Qualifikations-Updates in immer kürzerer Folge an. Ein Beruf, der einmal fürs ganze Leben erlernt wird, ist passé. Dafür gewinnt das lebenslange Lernen immer mehr an Bedeutung, wie sich aus dem neuesten Umsetzungsbericht zur Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) ergibt, den die Bundesministerien für Arbeit und Bildung kürzlich vorstellten.

Damit das klappt, muss beim Einsatz digitaler Lerntools noch zugelegt werden. So offenbarte der Bericht, dass die „Entwicklung eines zentralen Online-Einstiegsportals für die berufliche Weiterbildung“ erst jetzt „auf seine Machbarkeit hin überprüft“ wird. Während die digitale Transformation in vollem Gange ist, steckt die Nutzung online-gestützter Lernprogramme in der Berufsbildung und der sie fortsetzenden Weiterbildung in den Anfängen. Mit einem Anflug von Selbstkritik konstatiert der Bericht, dass „spätestens mit der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Herausforderungen die Digitalisierung der Weiterbildung als Handlungsfeld in den Fokus gerückt“ sei. Zeit wird es.

Bereits im April hatte die OECD – die Organisation der Industriestaaten für wirtschaftli-

che Zusammenarbeit – in einem Deutschland-Report eine bessere Übersichtlichkeit der vielfältigen Weiterbildungsangebote gefordert. Diese soll nun mit digitalen Plattformen in Angriff genommen werden. Ziel ist es, wie es im Bericht heißt, „Bildungsangebote leichter auffindbar und für den konkreten Kontext und individuellen Bedarf passfähig bereitzustellen“.

Bei der Vorstellung des NWS-Umsetzungsberichts hob Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hervor, dass die Weiterbildung mittels Digitalisierung auch individueller gestaltet werden könne. „Moderne

digitale Weiterbildungsangebote holen die Menschen da ab, wo sie mit ihrem Kenntnisstand und ihrer gegenwärtigen Berufsbiografie stehen“, sagte

54 Prozent der Erwachsenen machen jährlich eine Weiterbildung

die CDU-Politikerin. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel habe sie deswegen die „Initiative Digitale Bildung“ gestartet, in deren Mittelpunkt der Auf-

Weiterbildung in Deutschland

Lebenslanges Lernen Weiterbildung umfasst drei Arten von Bildungsangeboten: die allgemeine und politische Weiterbildung, die berufliche Weiterbildung und die Weiterbildung an Hochschulen. Zur allgemeinen Weiterbildung zählen unter anderem Sprachkurse. Hier sind die öffentlich finanzierten Volkshochschulen ein starker Player.

Zukunftsentscheidend Die berufliche Weiterbildung wird überwiegend von der Wirtschaft getragen. Hier wächst der Handlungsdruck, weil Expertenberechnungen zufolge in den kommenden Jahren in Deutsch-

land 10 bis 15 Prozent der heutigen Arbeitsplätze durch den Einsatz neuer Technologien wegfallen werden.

Weiterbildungsoffensive Deswegen wurde im Juni 2019 die „Nationale Weiterbildungsstrategie“ gestartet. An ihr sind neben den Bundesministerien für Bildung, Arbeit und Wirtschaft sowie den Bundesländern auch die Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände beteiligt. Mit den Maßnahmen sollen in den nächsten 10 Jahren 2 Millionen Menschen erreicht und ihnen neue Berufswege eröffnet werden. (mr)

bau der „Nationalen Bildungsplattform“ stehe. „Das ist ein gigantisches Vernetzungsprojekt, mit dem wir unsere Bildung in allen Bereichen modernisieren werden“, verkündete Karliczek. Es solle auch der Weiterbildung dienen. Insgesamt wende ihr Haus dafür 900 Millionen Euro auf.

Nach Angaben von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wurden drei Viertel der von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen in der Weiterbildung inzwischen „auf den Weg gebracht“, darunter der neue Rechtsanspruch auf Wiederholung von Bildungsabschlüssen. Man befinde sich, so Heil, auf dem Weg zur „Weiterbildungsrepublik Deutschland“. Rainer Dulger, Präsident des Bundesverbandes der Arbeitgeber, verwies darauf, dass die deutschen Unternehmen im Jahre 2019 rund 41 Milliarden Euro in die Weiterbildung investiert hätten, und damit acht Milliarden Euro mehr als drei Jahre zuvor. Dabei handelt es sich überwiegend um Präsenz-Lehrveranstaltungen, für die Bildungsurlaub gewährt wird.

Nach der OECD-Studie nehmen in Deutschland 54 Prozent der Erwachsenen im Alter vom 18 bis 64 Jahren jährlich an einer Weiterbildungsmaßnahme teil. Dies liegt zwar über dem Durchschnitt der Industrieländer, aber das Problem besteht in der sehr unterschiedlichen Nutzung durch die Beschäftigtengruppen. Gerade geringer qualifizierte, deren Arbeitsplätze in erhöhtem Maße bedroht sind, nutzen nur unterdurchschnittlich die Weiterbildung – obwohl sie für diese Gruppe besonders relevant sind.

Zwar habe Deutschland „in jüngster Zeit viel dafür getan, seine Weiterbildungslandschaft zu modernisieren und die Koordination der vielen Weiterbildungsakteure zu verbessern – nicht zuletzt im Rahmen seiner Nationalen Weiterbildungsstrategie“, räumte der ehemalige OECD-Generalsekretär Angel Gurría ein. Dieser Weg müsse aber fortgeführt und erweitert werden, insbesondere durch einen „stärkeren Fokus auf jene Gruppen, deren berufliche Zukunft am meisten von Weiterbildung abhängt.“

Eine zentrale Empfehlung der OECD ist, die komplexen Strukturen der deutschen Weiterbildungslandschaft mit ihren rund 18.000 Anbietern zu vereinfachen. „Es wäre sinnvoll, über ein nationales Weiterbildungsgesetz einen Rahmen zu etablieren, der Zuständigkeiten, Organisation, Anerkennung und Finanzierung regelt“, schlägt die OECD vor. Der Anspruch auf Bildungszeiten und -urlaub solle regionen- und branchenübergreifend vereinheitlicht und die finanzielle Förderung für Weiterbildung nutzerfreundlicher gestaltet werden. „Zeitmangel und fehlendes Wissen über die eigenen rechtlichen Ansprüche halten viele Menschen von der Teilnahme an Weiterbildungsangeboten ab“, stellt die Studie fest. Für Lehranbieter sollten Mindestqualitätsstandards eingeführt werden.

Weiter empfiehlt die Studie, Konzepte und Kampagnen zu entwickeln, die gezielt Menschen mit geringen Grundkompetenzen ansprechen. Bund und Länder sollten in einer gemeinsamen Initiative „kostenlosen oder kostengünstigen Zugang zu Lernangeboten im gesamten Bundesgebiet schaffen“. Andere OECD-Länder, darunter Großbritannien mit seinem „UnionLearn-Programm“, hätten auf diese Weise die Teilnahme bildungsferner Schichten deutlich steigern können.

Elite und Pöbel

Mit dem modernen Sport kamen auch die Zuschauer in die Arenen. Wie Sport zum Massenphänomen wurde und welche Probleme damit aufgekommen sind

Von **Martin Krauss**

Am Anfang sollte sich das ja niemand angucken. Was nun bei den Olympischen Spielen in Tokio ansteht, große Wettkämpfe ohne Zuschauer, verweist auf die Anfänge des Sports. Zu den Olympischen Spielen 1896 in Athen waren gar nicht viele Zuschauer gekommen. Das Stadion fasste zwar 70.000 Menschen, voll war es aber nur an einem Tag, als der Marathonlauf stattfand. Aber auch da war für das gemeine Volk der Zutritt nicht vorgesehen. Nur die reicheren und mächtigeren Kreise waren dort, wo auch die Königsfamilie das Fest genoss. „Ganz Griechenland war in Athen, der ganze Adel im Amphitheater“, schrieb eine Zeitung damals.

So ungefähr darf man sich die Eröffnung der Olympischen Sommerspiele am Freitag, 23. Juli, in Tokio auch vorstellen: Der Kaiser ist da, ein wenig mehr Leute auch, die allesamt gewiss sehr wichtig sind. Sonst niemand.

Moderner Sport war entstanden in den „Public Schools“, den englischen Privatschulen. Hier bekamen Volksspiele Regeln – und ein interessanter Widerspruch begann zu reifen: Wenn nicht mehr Dorf gegen Dorf Fußball spielt, sondern elf junge Männer gegen elf junge Männer, gibt es auch Ausgeschlossene, die zugucken wollen. Das aber war in den Public Schools und den Colleges aber nicht vorgesehen. Anhänger des Gentlemensports störten sich immer an der Demokratisierung, die ihnen wie die Übernahme durch den Pöbel erschien. Aber: Sport war eine soziale Veranstaltung, die Zuschauer benötigte. Als Fußball, Cricket oder Rugby nicht mehr nur in den Eliteinternaten gespielt wurde, sondern reiche Geschäftsleute ihre Sportclubs gründeten, waren es zunächst Vereinsmitglieder, die zum Gucken kamen und anfeuerten – und die entstammten meist der Mittel- oder Oberschicht. Von der ersten Saison der englischen Football League, der ersten Profiligena der Welt, 1888/89 ist ein Zuschauer-schnitt von 4.600 überliefert.

Aber das Tor stand offen. Immer mehr Menschen kamen, und während auf dem Platz gerade Arbeiterteams aus dem englischen Norden die feinen Gentlemen verdrängten, kamen auch immer mehr Menschen in die Stadien. Unterstützt wurde das durch allerlei Faktoren: Durch Streiks konnte Arbeitszeitverkürzung, also mehr Freizeit durchgesetzt werden. Und die Eisenbahn sorgte dafür, dass größere Menschenmengen für ein Spiel in eine andere Stadt fahren konnten. In der Saison 1913/14 hatte die Football League schon einen Zuschauer-schnitt von 23.100. Die deutsche Entwicklung war ähnlich, nur kleiner und später: 1903 sahen in Hamburg 1.200 Menschen das Finale um die Deutsche Meisterschaft, 1920 waren es in Frankfurt schon 35.000 und 1922 in

Aus dem elitären Olympia wurde in den 20er Jahren ein Weltereignis

Berlin 58.000. Auch in puncto Lautstärke zogen die Deutschen nach: In einer Studie von 1908, die England und Deutschland vergleicht, wird erwähnt, englische Fußballzuschauer fielen durch „einen fast unaufhörlichen Lärm“ auf, deutsche hingegen durch „nur schwache Zurufe“.

Bei Olympischen Spielen wuchsen ebenfalls die Zuschauerzahlen an. Aus dem Gentlemen vorbehaltenen elitären Fest wurde in den 20er Jahren ein Weltereignis. Bei dem allerdings die Vorlieben deutlich auseinandergingen. Ausverkauft bei den Olympischen Spielen etwa in Paris 1924 oder in Amsterdam 1928 waren meist nur die Fußballspiele.

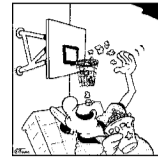
Zur Geschichte der Zuschauer bei Sportereignissen gehört auch die Angst vor der Masse, die sich der Kontrolle entziehen und von der ein Umsturz ausgehen könnte. Ihr Eintrittsgeld mag man einbehalten, aber ein Zusammenrotten möchte man ver-

hindern. „Die ersten baulichen Maßnahmen galten in Deutschland in der Regel nicht der Verbesserung des Komforts, sondern dem Kassieren von Eintrittsgeldern“, schreibt der Fußballhistoriker Dietrich Schulze-Marmeling. Zäune und Mauern waren wichtiger als Toiletten. Tribünen wurden zunächst für die bessere Gesellschaft gebaut, dem Volk blieb die unüberdachte Gegengerade. Auch die Begriffe spiegeln die Angst vor Masse: Das Wort „Fans“ kommt von Fanatikern, die in Italien übliche Bezeichnung für Fußballanhänger, „Tifosi“, bedeutet, es seien die mit Typhus infizierten – mit Fußball so angesteckt wie andere mit Typhus.

Dieser Sicherheitswahn führte zu etlichen Unglücken. Am berühmtesten und nachhaltigsten waren die Heysel- und die Hillsborough-Katastrophe 1985 und 1989, wo Menschen gegen Zäune oder Mauern gedrückt und getötet wurden. Sie führten zu einem Wandel der Stadionarchitektur dergestalt, dass Sitzplätze favorisiert wurden – und damit ein neues Mittelschichtenpublikum angezogen wurde. Proteste, die von Ultragruppen und Fanorganisationen getragen werden, fanden nur teilweise Berücksichtigung. Und mit der Coronakrise waren sie auch weitgehend perdu.

Der pandemiebedingte Ausschluss von Zuschauern ist für die Veranstalter von Sportevents, seien es Vereine, Fachverbände oder Olympiakomitees, nicht allzu schlimm, denn der allergrößte Teil der Einnahmen wird schon lange nicht mehr durch Ticketverkäufe erwirtschaftet. Das Geld kommt durch Fernseh- und Sponsorenverträge sowie durch Merchandising rein.

Der Widerspruch, der schon in den englischen Public Schools angelegt war, dass man einerseits keine potenziell rebellierenden Zuschauer wünscht, andererseits hingegen der moderne Sport, der nur von einer Handvoll Leuten betrieben wird, Zuschauer benötigt, bleibt auch in Tokio bestehen. Die Sportler werden am ehesten merken, dass Fans eher zum Sport gehören als Fernsehkameras.



american pie

Fufanu for Future

Die Transgender-Athletin Chelsea Wolfe fährt mit ihrem BMX-Rad als Ersatz zu den Sommerspielen. Das hat sie anderen wie CeCe Telfer voraus

In diesem Sommer werden Tricks mit schrillen Namen wie Fufanu, Abubaca, Suicide oder Cashroll einem breiten Sportpublikum vorgestellt, denn BMX-Radeln in der Freestyle-Version Park ist zum ersten Mal in der Geschichte olympisch – und das Team USA schickt eine weibliche Minimannschaft nach Tokio, die so ganz nach dem Geschmack der progressiv-wohnenden Gemeinde in den Staaten ist: Hannah Roberts und Perris Benegas lieben Frauen und stehen dazu.

Und falls sich eine von beiden verletzen oder sonst wie ausfallen sollte, steht Ersatzfahrerin Chelsea Wolfe be-

auf dem Podium verbrennen kann. Darauf konzentrieren sie sich während einer Pandemie, Transkinder zu verletzen“, echauffierte sie sich. Den Post hat sie mittlerweile gelöscht, der Hass der Ultra-rechten auf sie ist geblieben, und er dürfte auch nicht kleiner geworden sein, als sie sich als Antifaschistin outete: „Einer der Gründe, warum ich so hart daran arbeite, die Vereinigten Staaten im internationalen Wettbewerb zu vertreten, besteht darin, der Welt zu zeigen, dass dieses Land Moral und Werte hat, dass es nicht all die schlechten Dinge sind, für die wir bekannt sind. Ich beziehe Stellung gegen den Faschismus, weil mir dieses Land wichtig ist und ich es nicht in die Hände von Faschisten fallen lassen werde.“

Auch andere US-Transgender-Athletinnen strebten nach Tokio, doch die Marathonläuferin Megan Youngren, die im Vorjahr als erste Transsportlerin an den US-Marathon-Trials teilnahm und zuletzt beim Anchorage Mayor's Marathon mit einer Zeit von 3 Stunden, 11 Minuten und 41 Sekunden doch sehr deutlich über der Olympianorm blieb – sowie die 400-Meter-Hürden-Sprinterin CeCe Telfer schafften es nicht zu den Spielen. Telfer wollte ebenfalls an den US Tri-als der Leichtathleten teilnehmen, doch ihr wurde der Zugang zum Sportfest verwehrt, weil ihre Testosteronwerte zu hoch waren und sie damit einen unfairen Vorteil gegenüber ihren Konkurrentinnen gehabt hätte.

Telfer studierte an der Franklin Pierce University und nahm 2016/2017 als Mann in der zweiten Division der US-Hochschulsportvereinigung NCAA an Wettkämpfen teil. Telfer outete sich dann 2018 als Transgender, gewann danach einen NCAA-Titel in der Leichtathletik. Sie hatte im Vorfeld der US Trials an Tests teilgenommen, aber der Weltverband World Athletics hat bereits 2019 neue Richtlinien herausgegeben. Bei Frauenwettbewerben zwischen 400 Meter und einer Meile muss der Testosteronspiegel von Transgender-Athletinnen unter 5 Nanomol pro Liter liegen, sie müssen diesen Wert ein Jahr lang vor Wettkampfbeginn unterschreiten und während ihrer Karriere konstant niedrig halten; der Wechsel der Identität muss zudem vier Jahre zurückliegen und amtlich beurkundet sein.

CeCe Telfer hat die Entscheidung respektiert, wohl oder übel. „CeCe hat ihren Fokus auf die Zukunft gerichtet und trainiert weiter“, sagt ihre Manager David McFarland. „Sie wird bald wieder auf nationaler und internationaler Bühne antreten.“ *Markus Völker*

Vorkämpferin für Trans-Rechte: Chelsea Wolfe
Foto: Archiv



Olympische Weihstätte: das Stadion der Spiele von 1896 in Athen
Foto: Andreas Neumeier/imago

reit, die auch nach Tokio zu den Spielen reist. Wolfe ist, und das macht das LGBTIQ-Trio komplett, eine Transgender-Athletin. Im Gegensatz zur neuseeländischen Transgender-Gewichtheberin Laurel Hubbard – die taz berichtete – wird Wolfe wohl keinen Auftritt auf der olympischen Bühne bekommen, aber mit ihrer Stand-by-Nominierung schreibt die 28-jährige aus Lake Park, Florida, trotzdem ein kleines Kapitel US-Sportgeschichte, zumal sie sich als Aktivistin für Trans-Rechte sieht.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat in seiner Amtszeit viele republikanische Gouverneure nachgerade dazu ermuntert, den Zugang von noch minderjährigen Transsportlerinnen zu regulären Wettkämpfen zu erschweren. Nicht nur in Ohio oder Florida entbrannten deswegen heftige Debatten und regelrechte Kulturkämpfe, in denen das Ende des Frauensports und eine neue Beliebigkeit im althergebrachten, zweigeschlechtlich determinierten Sportsystem an die Wand gemalt wurden.

Chelsea Wolfe, die seit über zwanzig Jahren auf dem BMX-Rad sitzt und in den Parcours halbrecherische Tricks auf-führt, hat in Reaktion auf Trump am 25. März 2020 einen Facebook-Eintrag geschrieben, der hohe Wellen schlug: „Mein Ziel ist es, die Olympischen Spiele zu gewinnen, damit ich eine US-Flagge



was alles nicht fehlt

Versteckspiel in Tokio: Ein vor Tagen aus seinem Olympia-Trainingslager geflohener Athlet aus Uganda ist gefunden worden. So befand sich der 20-jährige Gewichtheber Julius Ssekitolesko in der Stadt Yokkaichi, rund 170 Kilometer östlich seines Trainingslagers

in Izumisano in der Präfektur Osaka. Der Athlet war vergangene Woche verschwunden, nachdem er die Olympia-Qualifikation verpasst hatte. Er hinterließ einen Zettel in seinem Hotelzimmer, wonach er in Japan leben und arbeiten wolle.

Aufatmen in Tokio: Nachdem der CEO von Toyota nicht zur Eröffnungsfeier der Spiele kommen will, sagte nun Kaiser Naruhito zu. Das gab das Kaiserliche Haushofamt bekannt. Es würden Vorbereitungen getroffen, damit der 61-jährige Monarch als Schutzherr die

Spiele auch offiziell für eröffnet erklärt, wie die Nachrichtenagentur Kyodo berichtete. Seine Frau, Kaiserin Masako, werde jedoch der Zeremonie fernbleiben aus Rücksicht auf die Bemühungen, eine Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern.

wiese

kontakte + freunde

www.Gleichklang.de Die alternative Kennenlern-Plattform im Internet für naturnahe, umweltbewegte, tierfreundliche und sozial denkende Menschen. **Sei jetzt dabei!**

wohnen ausland

Junge taz-Redakteurin sucht ab September eine Bleibe in oder bei Marseille/ Aix-en-Provence (max. 450€) Ob gesellige Studi-WG, bei einer

Familie in einem Dorf nebenan oder ein alternatives Wohnprojekt Habe Lust neben dem Studium viel Zeit in der Natur und am Meer zu verbringen, gerne ein paar coole alternative Projekte vor Ort kennenzulernen und ab Frühjahr über die Präsidentschaftswahl in Frankreich zu berichten. Gespräche mit meinen neuen Mitbewohnerinnen auf Französisch, Deutsch, Englisch und ein wenig Spanisch möglich. Ich freue mich über jegliche Hinweise! Kontakt: **celine.weimar@taz.de**

Abschied von Mitte

Niemals geht man so ganz: Was von meinen Jahren in der Hauptstadt übrig bleibt

Von **Stefan Gärtner**

Manchmal, wenn ich ZDF-Nachrichten gucke, hör ich meine alte, ebenda gelandete Bekannte Inken berichten, und dann muss ich daran denken, wie wir früher immer den Witz machten, man müsse beizeiten mal „nach Mitte“, denn wer nicht „in Mitte“ lebe, der lebe praktisch gar nicht.

Vermutlich lebt Inken jetzt in Wiesbaden, und ich, wo lebe ich? In Mitte. Beziehungsweise bald ja nicht mehr, weil ich weg muss, wieder mal, denn Leben, wusste Benn, ist Brückenschlagen über Ströme, die vergehn; oder, in meiner Version: ist Löcher in Wände dübeln, die bloß gemietet sind.

Also wieder den Umzugslasten bestellen und den Sperrmüll planen und die Regalmeter überschlagen und bei all dem den Gedanken haben, dass man lang nicht mehr wo so lange war, wie man in Mitte gewesen ist; und dass man da, wo man hingeht, das alles wohl vermissen wird: das Bunte, das Treiben, die Geschäfte, die Tätowierungen – schön, die nicht, und die gibt's ja auch längst überall. Auf dem Fernsehturm waren wir nie, und der Alex ist Nachbarschaft.

Und jetzt also: fort. Wir werden nicht mehr U-Bahn fahren, weil es am neuen Wohnort keine gibt, und wir werden



Die Koffer sind gepackt. Bloß weg aus Mitte! Foto: Paul Langrock/zenit

uns nicht mehr zwischen Rewe, Edeka, Bio- und Lose-Laden entscheiden müssen, weil es das am neuen Wohnort auch nicht gibt. Es gibt einen Aldi, und der ist nicht mal um die Ecke. Mit Glück fehlen dann allerdings die Leute, die ihre Sätze mit „geil“ und „witzig“ füllen, wobei „witzig“ nur die Frauen sagen, und

zwar auf so eine verstörend dumme Weise, die klingt wie „witzääg“. Die stehen dann in der Kinderboutique und sagen: „Das Kleid für die Tilly ist ja voll witzääg!“, und die Verkäuferin so: „Ja, voll geil!“ Und kratzt sich ihre frische, hochgradig individuelle Tätowierung. Da denkt man dann immer, dass es ir-

gendwann mit Mitte auch mal genug ist, und ich hoffe, dass ich das auch noch denke, wenn ich im Aldi stehe und niemand was witzääg findet, weil witzääge Dinge im Aldi traditionell unbekannt sind.

Wir hätten pendeln können, wie so viele. Aus Berlin gehen Leute ja grundsätzlich nicht weg, selbst wenn sie einen Job haben in Garmisch oder Oslo,

Die große Frage ist: Zusammenleben in Sonstwo oder nur mehr halb zusammen in Mitte?

die pendeln dann natürlich. Solche Leute fand ich immer lächerlich, und jetzt haben wir selbst diskutiert, halbe Abende durch, ob ein Leben lang Mitte die Ferne lohnt. Also: Zusammen in Sonstwo, oder nur mehr halb zusammen in Mitte. Wo man den Laden kennt, genauer: die Läden; wo ich meinem (tätowierten) Friseur durchs Schaufenster zuwinke und seinem Chef und dessen Frau, dann die Padrona von der Pizzeria grüße, in der ich seit Jahren nicht mehr war, sowie den Apotheker, alle drei Buchhändlerinnen aus der

Buchhandlung nebenan und den (tätowierten) Schuster, den ich, bevor Corona anfang, um Schamhaaresbreite in der Dusche vom Fitnessstudio verpasst habe, zur unserer beider grenzenlosen Erleichterung.

Was ich noch tun muss, bevor ich gehe? Ich könnte noch mal die U-Bahn nehmen und flexitarisch Currywurst essen, die berühmte aus dem Laden, den ich, aus Schleichwerbevermeidungsgründen einer- und Bekanntheitsgründen andererseits, hier nur „-ke“ nennen will; könnte noch mal den ewigen Hundehaufen ausweichen und unter den Linden spazieren gehen oder auf der Friedrichstraße, wobei, was soll ich in Wettbergen, war ich doch sechs Jahre nicht, und warum auch.

Also lieber nach gegenüber zu Eva und Alex, zum Frühstück auf ihrer Terrasse, und sicher noch mal ins – ich sag's jetzt doch, ich muss es sagen! – „Plümcke“ zur, wie man so sagt, besten Currywurst der Stadt, auch wenn das gar nicht mehr in Linden-Mitte ist, dem grundsympathischen, links- bis zeitgemäß rechtsgrünen, nicht unversifften Bauchstück von Linden, Trendbezirk Number one der schönsten Hauptstadt von Niedersachsen, Hannover.

Und dass der Fernsehturm hier „Telemax“ heißt, weiß ich jetzt auch.

Umfrage ohne Abschaum

Bei der Bundestagswahl wird wahrlich alles gut

Ein Wunder ist geschehen! Aber keine übernatürliche Kraft hat es bewirkt, sondern die Wirklichkeitsveränderungsagentur Reuters. In der Nacht zu Dienstag, kurz nach Mitternacht, genau um null Uhr und zehn Sekunden berichtete Reuters von einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag von Bild: „Im aktuellen Wahltrend verbessern sich CDU/CSU (29 Prozent) und Grüne (18 Prozent) um jeweils einen Punkt. Die Linke (6 Prozent) verliert einen Punkt, SPD (16,5 Prozent) und FDP (12 Prozent) verlieren jeweils einen halben Punkt. Sonstige Parteien kommen zusammen auf 7 Prozent (-0,5).“ Wie bitte?! Was?! Neben CDU/CSU,

Grünen, Linken, SPD und FDP kommen die sonstigen Parteien nur auf 7 Prozent? Und was ist mit der AfD?! Die gibt es für Reuters offenbar nicht mehr! Oder die Partei wird unter „Sonstige“ eingeordnet und erhält bei der Bundestagswahl im September so wenig Stimmen, dass sie unter der Fünfprozenthürde bleibt. Dank der subversiven Kräfte bei Reuters, die unsere politische Wirklichkeit zum Guten umschreiben. Wobei es allerdings auch sein kann, dass die Nachtschicht so verschlafen war, dass sie den Abschaum für Deutschland (AfD), der in der gesamten Meldung mit keinem Wort erwähnt wird, schlichtweg vergessen hat. Guten Morgen!

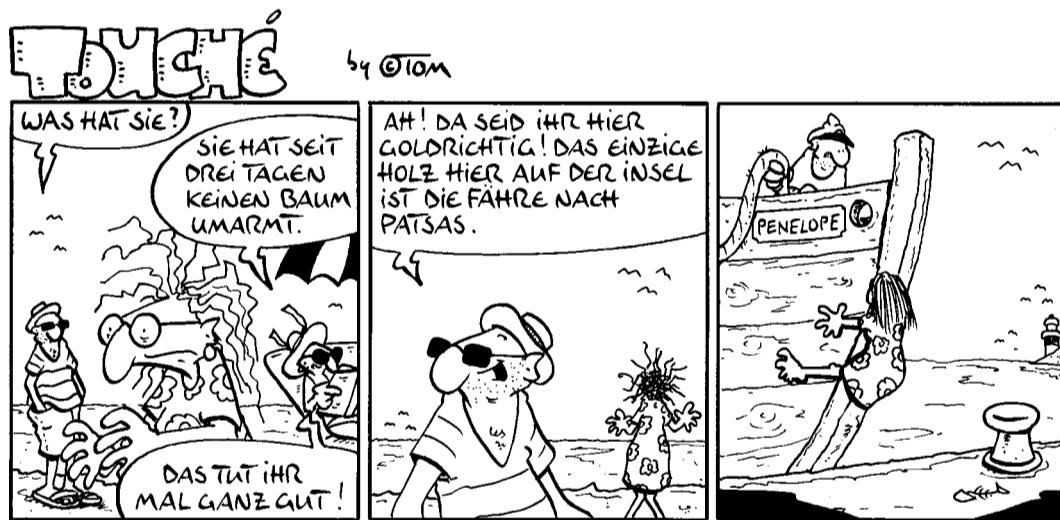
Hilfe naht auf dem Fuß

Die Wahrheit gedenkt Arbogasts von Straßburg

Sie kennen doch sicher auch diesen Werbespruch (Achtung, Schleichwerbung!): „Wird der Magen dir zur Last? Ibergast!“ Abgesehen davon, dass Ibergast und der Bayer-Konzern wegen möglicher Leberschäden durch dies bittere Gebräu staatsanwaltschaftlich unter Beschuss waren und das Fläschchen seitdem mit Warnhinweis versehen ist, möchte die Wahrheit heute an einen ganz anderen, längst verblicheneren Ibergast, nein, Erdengast erinnern: Arbogast ist es, der Patron von Rufach, Muttenz und Oberwinterthur! Haben Sie es mit schmerzenden Füßen, sind Sie oft müde oder gar niedergeschlagen? Arbogast! Rufen Sie ihn an, den heiligen Bischof von Straßburg, der seit 1.403 Jahren nicht mehr unter uns irdischen Gästen weilt. Er feiert am heutigen 21. Juli zusammen mit der römisch-katholischen Kirche und der strikt ungläubigen Wahrheit seinen Gedenktag. Arbogast hilft, denn Arbogast, so will es die Legende, ist trockenen Fußes mal über'n Fluss gegangen. Und Arbogast hat sich genau einmal unterm Galgen begraben lassen, um einen unschuldig Hingerichteten zu ehren. Arbogast! Für dich braucht es keinen Warnhinweis, du warst einfach nur gut!



Arbogastfußschlappenfoto: picture alliance



Joachim Schulz

Ferien im Eiermobil

Schöne Ferien! Macht's gut! Und bleibt ruhig länger, wenn ihr mögt!“, rief Raimund und winkte einer Familie in einem vollgepackten Kombi hinterher. Er schloss die Augen und brummte vor Behagen, denn er genoss es, nach dem endlosen Lockdown wieder vor der Bäckerei Brüser in der Sonne zu sitzen und Kaffee zu trinken.

„Kannst du die?“, fragte Luis. „Nö“, sagte Raimund. „Jeder, der wegfährt, ist ein Gewinn.“ Er freute sich immer, wenn die Sommerferien begannen und die Leute in Scharen die Stadt verließen, doch dieses Jahr war er besonders entzückt: Endlich machten sich alle Nervbacken und potenziellen Virenschleudern vom Acker, die ihm monatelang auf den Zeiger gegangen waren, weil sie ihre Masken unterm Kinn trugen oder sich im Supermarkt viel zu nahe an ihm vorbeigedrängelt hatten. Endlich überließen sie uns eine leere, entspannte Stadt.

„Fürs Klima wär's besser, wenn die Leute zu Hause bleiben“, meinte Luis. „Ach, was!“,

sagte Raimund: „Angeblich hat die Seuche den Leuten doch gezeigt, dass sie nicht mehr weitermachen können wie bisher: Sie fliegen nicht mehr nach Teneriffa, sondern rollen Schlafsack und Isomatte zusammen und fahren ans Steinhuder Meer!“ – „Wo sie ihr Zelt neben hundert anderen aufbauen. Den Steinhuder Fischen wird das nicht gefallen.“ – „Dafür überleben die Eisbären. Einer muss immer die Zehne zahlen.“

Irgendwo knallte es ein paar Mal. Wir kuckten uns fragend an und zuckten mit den Schultern. „Sogar Theo geht dieses Jahr campen.“ – „Theo?“ – „Er kommt gleich vorbei und bringt mir die Schlüssel zu seiner Wohnung, damit ich die Blumen gießen kann.“ – „Theo geht campen ... ich glaub's nicht.“ Luis war platt.

„Es kommt noch besser, pass auf: Er ist nämlich der König aller Ökohelden, weil er nicht mal was Neues gekauft hat, sondern das alte Wohnmobil seiner Eltern wieder flottgemacht hat. Theo sagt, das ist das nachhaltigste Teil, das jemals auf einem Campingplatz gestanden hat.“ –

„So?“ – „Ja. Es besteht aus einem alten Hanomag Pick-up und einem Aufbau, den Theos Eltern in den Sechzigern in monatelanger Arbeit aus alten Eierkartons selber zusammengeleimt haben. Theo sagt, seine Eltern seien damit 1969 bis nach Nepal gekurkt.“

Es knallte erneut. An der Einmündung der Hölderlinstraße sahen wir einen Pulk junger Menschen, die irgendwas skandierten und Transparente hochhielten. „Eine Demo?“, sagte Raimund. „Das sind die Friday-future-Kids“, grinste Luis, „und die Rostlaube hinter ihnen ist vermutlich ...“ – „... das Eiermobil“, hauchte Raimund.

Es knallte wieder und hinter dem Eiermobil stieg eine rußschwarze Wolke auf. „Hanomag Marke Diesel – der kernige Hauptstraßenduft der sechziger Jahre“, sagte Luis, und die Klimakids ließen sich vor dem König aller Ökohelden zu einer Sitzblockade nieder, weil sie wohl nicht der Meinung waren, dass die nachhaltige Eierkartonkonstruktion die rußschwarzen Abgase des Monstrums aufwog.

das wetter

Namhaft

Er stopfte sich die Taschen und Gamaschen voll. Oberst Oberwasser nahm, was und wessen er habhaft werden konnte. Wir sparen uns zu notieren, dass Oberst Oberwasser vom Stamme Nimm war. Während der Namhaftmachung diverser Speereien durch den irrlichern den Lakaen Lemminger war es Oberst Oberwasser beim Soupée allerdings schwergefallen, bei Sinnen zu bleiben. Mehrmals dämmerte er bei der Namhaftmachung weg. Unterm Strich verpasste er so den Ball bei Hof, nicht zu verwechseln mit dem Hofball.

gurke des tages

Ganz oll ist ja der Satz „Irgendwo in China ist ein Sack Reis umgefallen“. Obwohl er stimmt: Ständig fällt irgendwo in China ein Sack Reis um. Die armen Chinesen! Aber müssen wir sie deshalb mitleidig mit ebenso ollen „Samthandschuhen“ anfassen? Bloß nicht, meint die niederländische Zeitung *De Telegraaf* und warnt dpa zufolge: „China nicht mit Samthandschuhen anfassen.“ Wie soll das auch gehen? So ein großes Land – und so kleine Handschuhe.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen Gesamtansage: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen
Manfred Frenz | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin
taz-Kleinanzeigen,
Friedrichstraße 21
Telefon: Mo. + Mi. 9-13 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 25 902 444
E-Mail: kleinanzeig@taz.de
taz Shop | **Telefon:** 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, **Telefon:** 040 | 38 90 17 452
Lokalteil Bremen taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen,
Telefon: 0421 | 96 02 64 42

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur
Andreas Bull, Kaufmann
Anne Fromm, Redakteurin
Andreas Marggraf, Kaufmann
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat:
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef
Tenhagen, Journalist, Berlin | Stefanie
Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin
Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck
Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg |
MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
37,80 €



Von **Cristina Plett**

Drogenkonsum soll sicherer werden – das wollte zumindest der Senat mal ermöglichen. 2016 im Koalitionsvertrag festgeschrieben, sah es eine Zeit lang so aus, als könnte das in Berlin Realität werden. Jede*r hätte damit Drogen auf eventuell gefährliche Streckmittel und Reinheit testen können: anonym, bevor man sie schluckt, schnupft oder raucht. Damit wäre innerhalb der Bundesrepublik erstmals möglich und legal, was in der Schweiz und in Österreich seit den Neunzigern gängig ist: Drug-Checking.

Im Oktober 2018 ging es los, 2019 beschied ein rechtliches Gutachten: Das Konzept zum Drug-Checking sei legal, Mitarbeiter*innen und Kund*innen des Drug-Checking würden sich nicht strafbar machen. Damit war das größte Hindernis aus dem Weg geschafft. Der Medienrummel war groß, auch die taz berichtete. Als Start für das Projekt hatte der Senat Ende 2019 im Auge. Seitdem ist es still darum geworden. Warum?

Zunächst kam eine Pandemie dazwischen – diesen Grund gab die Senatsverwaltung für Gesundheit in der Antwort auf eine Kleine Anfrage bereits im Januar an. Dazu käme eine „schwierige rechtliche Situation und die Problematik, ein geeignetes Labor zu finden“. Das Labor steht allerdings seit Januar fest, die Proben der Drogen sollen im Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin (GerMed) analysiert werden. Es fehlen jetzt nur noch die zwei Personalstellen, die sich im Labor um die Analysen kümmern sollen. Die müssten geschaffen und ausgeschrieben werden. Das ist der letzte Schritt. Dann könnte es losgehen.

Denn abgesehen davon ist alles vorbereitet: Die drei Träger, bei denen Drogenkonsument*innen im Rahmen eines Beratungsgesprächs ihre Drogenproben abgeben, stehen seit zwei Jahren fest; es sind die Drogenhilfe Fixpunkt, die Suchtberatung Vista und die Schwulenberatung. Alle drei haben Erfahrung mit Drogenberatung und Hygienekonzepte, um das auch während der Pandemie zu tun. Es gibt eine Kooperationsvereinbarung, die die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Gesundheitsverwaltung regelt, damit etwa die Polizei nicht vor den Abgabestellen kontrolliert, weil sie weiß, dass dort Menschen im Besitz illegaler Betäubungsmittel hineingehen. Sogar die Apparaturen, die für die Analyse der Drogenproben im Labor nötig sind, sind schon da. Es hapert also allein an der Besetzung der zwei Stellen.

Die Verantwortung dafür schieben sich Politik und Verwaltung gegenseitig zu. Niklas Schrader, Mitglied im Abgeordnetenhaus und drogenpolitischer Sprecher der Linken, sieht die Gesundheitsverwaltung in der Pflicht. „Das Abgeordnetenhaus hat das Geld bereitgestellt, das können sie verwenden. Es braucht nicht einen neuen Haushalt, um diese zwei Stellen zu schaffen“, sagt er. Je 200.000 Euro waren 2020 und 2021 für das Projekt im Haushalt eingeplant. Im vergangenen Jahr etwa wurden nur rund 107.000 Euro ausgegeben. In diesem Jahr dürfte es kaum mehr sein.

Bei der Senatsverwaltung für Gesundheit heißt es: auch wenn das Geld da ist, müssten erst Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt werden. Das werde sich in den nächsten Doppelhaushalt ziehen: „Zur entsprechenden Dienstkräftenmeldung für den Haushalt 2022/23 wird es voraussichtlich keine Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses vor der Wahl im September mehr geben“, schreibt eine Sprecherin. Schrader widerspricht: Dieser Beschluss sei nur nötig, um die Stellen zu verlängern oder dauerhaft zu besetzen, nicht um sie zu starten. Aber so wie es die Gesundheitsverwaltung sieht, geschehen die entscheidenden Stellen-



Illegale Substanzen sollen sicherer werden – hier im Labor bei der Drug-Checking-Testphase im Januar 2019
Foto: Christian Jungeblodt/laf

Rausch im Verzug

Drug-Checking ist ein erklärtes Vorhaben der Koalition. Träger und Labor stehen schon bereit. Doch das Projekt steckt fest

lenbesetzungen erst in der nächsten Legislaturperiode.

Für Drug-Checking-Verfechter wie Schrader drängt daher die Zeit. Denn es besteht das Risiko, dass eine neue Regierungskoalition das Drug-Checking-Vorhaben nicht weiterverfolgt. Rot-Rot-Grün seien sich vor fünf Jahren sehr einig gewesen, sagt Schrader. „Ich habe nun den Eindruck, dass die das in der Gesundheitsverwaltung nicht so wichtig finden.“ Die Verwaltung widerspricht

Mehr Sicherheit durch saubere Drogen

Drug-Checking Für das Konzept in Berlin ist geplant, dass Konsument*innen bei einer von drei Annahmestellen eine kleine Probe einer Droge abgeben – etwa von einer Ecstasy-Pille abgekratzt – und sie dort auf ihre Inhaltsstoffe testen lassen können. Im Rahmen der Abgabe findet ein Beratungsgespräch statt. Einige Tage später erhält man online, per Telefon oder vor Ort das Ergebnis. Das Angebot soll anonym und kostenlos sein.

dem: „Das Projekt Drug-Checking ist fachlich dringend geboten, es sollte aufrechterhalten werden“, schreibt eine Sprecherin. Dafür verantwortlich macht sie dann wiederum die Politik: „Es muss der politische Wille bestehen, das Projekt aufrechtzuerhalten.“

Denn dass sich am Bedarf nach Drug-Checking nichts geändert hat, sehen sowohl Politik als auch Verwaltung. Die Zielgruppe des Drug-Checking – überwiegend Konsu-

Todesfälle In Berlin starben laut Bundesdrogenbeauftragter 2020 216 Menschen infolge des Konsums illegaler Drogen – das sind fast genauso viele Todesfälle wie im Vorjahr. In Brandenburg hingegen stieg die Zahl: 2020 starben 48 Menschen im Zusammenhang mit illegalen Drogen. Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt: 2019 waren es 22 Menschen, so die Landesstelle für Suchtfragen in Brandenburg. (cpm)

ment*innen von Partydrogen – hat auch bei geschlossenen Clubs weiter konsumiert, ganz zu schweigen davon, dass das Partyleben aktuell wieder losgeht. In der Szene begrüßt man das Projekt: „Viele Leute wollen starke Drogen und akzeptieren Verunreinigung wenn es ‚richtig klatscht‘. Drug-Checking kann da definitiv vor gefährlichen Inhaltsstoffen schützen“, sagt etwa ein 27-Jähriger, der regelmäßig ausgeht und anonym bleiben möchte.

Allein vor hochdosierten oder verunreinigten Ecstasy-Pillen gibt es immer noch Warnungen, etwa auf der Website der Schweizerischen Fachstelle Sucht. Solche Seiten basieren auf Drug-Checking-Ergebnissen aus Ländern, in denen das schon praktiziert wird, wie Tschechien, Österreich, Schweiz, Niederlande. Daten aus einem Berliner Drug-Checking könnten für ähnliche Warnregister genutzt werden, die womöglich präziser, da lokaler wären. Langfristig könnten sie für systematische Erhebungen zu illegalen Betäubungsmitteln genutzt werden. Und damit letztlich den Konsum für alle Drogennutzer*innen in Berlin sicherer machen.

Jonas Wahmkow beim Gorillas-Arbeitskampf

Betriebsrat ist „zu bürgerlich“

Vielleicht können wir jetzt ein wenig über eure Arbeitsbedingungen reden“, eröffnet Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) in etwas holprigen Englisch. Zuvor hatte der hohe Besuch sich einige Minuten verspätet; offenbar hat das Gespräch mit dem Gorillas-Management, mit denen der Minister sich zuvor ausgetauscht hatte, noch einige Minuten länger gedauert.

Jetzt aber sind die Arbeiter:innen des Liefer-Startups an der Reihe. Seit Wochen sorgen sie mit wilden Streiks und Blockaden von Lagerhäusern für Schlagzeilen, woraufhin die Kreuzberger Bundestagsabgeordnete und Heils Parteikollegin Cansel Kiziltepe den Arbeitsminister einlud, sich persönlich ein Bild zu machen. Ganz lebensnah findet das Treffen unweit eines Gorillas-Lagers am Lausitzer Platz in Kreuzberg statt. Kurz nach dem Eintreffen des Bundesministers bildet sich eine dichte Traube von Pressevertreter:innen und ebenfalls anwesenden Arbeitsrechtsaktivist:innen. Einige Gorillas-Arbeiter:innen müssen sich erst in die Traube hineindrängen.

„You are the united colours of Berlin“, kommentiert Heil die sehr unterschiedlichen Antworten auf die Frage nach den Herkunftsländern der Gorillas-Beschäftigten. Doch nach dieser anfänglichen, sozialdemokratisch-väterlichen Peinlichkeit entwickelt sich doch ein ernsthaftes Gespräch auf Augenhöhe.

Die Arbeiter:innen tragen ihre Kritikpunkte vor: unregelmäßige Lohnzahlungen, ungenügendes Equipment, Ausnutzung der Probezeit. Dazu Brandschutz, seitdem in einem Friedrichshainer Lager eine Batterie explodiert ist und einen Brand verursacht hat. „Sie nehmen immer den billigsten Weg“, fasst es einer der Fahrer zusammen.

Heil hört trotz der spielenden Kinder auf dem angrenzenden Bolzplatz aufmerksam zu und verspricht die Einhaltung der bestehenden Arbeitsschutzmaßnahmen in Absprache mit der Berliner Senatorin Elke Breitenbach (Linke) zu überprüfen.

Reibungspunkte gibt es, als die Arbeiter:innen Heil dazu auffordern, eine bessere Rechtsgrundlage für wilde Streiks zu schaffen. Da viele der Fahrer:innen nur für wenige Monate mit Work-&-Travel-Visa bei dem Unternehmen arbeiten, sei eine gewerkschaftliche Organisation schwierig.

Heil empfindet den Arbeiter:innen, ihre Interessen vertreten zu lassen. Als einer der Fahrer daraufhin antwortet, dass ein Betriebsrat nicht alle Probleme löse und selten repräsentativ für die Arbeiter:innenschaft ist, antwortet der Minister: „Das ist halt Demokratie“, woraufhin der Gorillas-Rider erwidert: „Das ist bürgerliche Demokratie“.

Erik Peter über die Stellungnahme des Senats zu DW enteignen

Politik mit Zahlen

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Übersetzt auf Berlin könnte das heißen: Wenn sich SPD und Linke streiten, freut sich Deutsche Wohnen & Co enteignen. Weil beide Parteien entgegengesetzte Ansichten zur Vergesellschaftungsinitiative vertreten, bleibt eine eindeutige Positionierung des Senats zum Volksentscheid aus.

Die Volksinitiative hat also das Privileg, dass ihrem Text in den Amtlichen Wahlunterlagen, die am 15. August an alle Wahlberechtigten verschickt werden, keine Stellungnahme des Senats gegenübersteht, die die Wähler*innen auffordert, die Initiative abzulehnen. Die in dieser Frage ebenso zerstrittene Koalition im Abgeordnetenhaus wird gar nicht mit einem Text vertreten sein. Für DW enteignen ist das ein Vorteil, denn viele Wähler*innen werden sich anhand dieser Unterlagen erstmals mit dem Vorhaben beschäftigen.

Der vage Kompromisstext, auf den sich der Senat am Dienstag, auch mit Zustimmung der hier passiven Grünen einigte, bietet dennoch so einige Fallstricke und für die Initiative wenig förderliche Argumente. Das notwendige Vergesellschaftungsgesetz wird als „politisch und juristisch umstritten“ bezeichnet. Noch brisanter ist die Nennung von Zahlen, die sich aus der Kostenschätzung des Senats ergeben. Demnach sei von „Entschädigungskosten von 29 bis 39 Mrd. Euro“ auszugehen – inklusive eines Zuschusses aus dem Landeshaushalt von 6 bis 9 Milliarden. Die scheinbar neutrale Betrachtung hat es in sich, vermittelt sie doch: Das Vorhaben, das 224.000 Wohnungen in die öffentliche Hand überführen will, ist viel zu teuer.

Die 39 Milliarden liegen noch einmal 3 Milliarden über der Höchstgrenze, die in der Kostenschätzung vom März 2019 angegeben wurden. Grund dafür ist die Fortschreibung der Zahlen anderthalb Jahre später, um die weitere Marktpreisbildung abzubilden. Alle Gegner*innen haben es nun schwarz auf weiß. Selbst der rot-rot-grüne Senat rechnet mit Kosten von fast 40 Milliarden Euro. Die Zahl wird in den kommenden Monaten sehr, sehr häufig zu hören sein.

Tatsächlich aber sind die Senatszahlen politisch motiviert, weder unter Expert*innen diskutiert, noch zwingend notwendig. Schon der Aufschlag von 3 Milliarden im Vergleich zur ersten Rechnung zeigt, dass sich hier an Marktwerten orientiert wird. Doch das Gesetz verlangt das nicht. Für Entschädigungskosten bei Vergesellschaftung ist im Grundgesetz lediglich eine Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten gefordert. Auf Grundlage einer Definition des allgemeinen Interesses kommt die Initiative selbst lediglich auf Kosten von 8 bis 10 Milliarden. Die hierfür notwendigen Kredite wären ohne Belastung des Haushalts vollständig aus den Mieteinnahmen zahlbar.

Welche Entschädigungen schlussendlich fällig werden, ist also keineswegs ausgemacht. Dass es die Höchstzahlen dennoch in den Senatstext geschafft haben, ist der SPD zu verdanken, die das Begehren unbedingt scheitern sehen will. Die Linke hat das geschehen lassen.

Erik Peter ist Redakteur für Krawall und Remmidemmi.

Ein bisschen blutleer

Senat beschließt eine vage Stellungnahme zum Volksentscheid – Senator Scheel wirkt nicht so, als hätte er sich ein „Ja“ gewünscht



Fast 350.000 Unterschriften hat die Initiative DW enteignen gesammelt und übergeben
Foto: Christian Mang

Von Stefan Alberti

Ganz ruhig saß Sebastian Scheel in der Pressekonferenz, fast leidenschaftslos. Unterschiedliche Ansichten und Einschätzungen habe es gegeben, aber ein „klar geregeltes Verfahren“ für die Stellungnahme des Senats zum Enteignungs-Volksentscheid am 26. September. Wer den Stadtentwicklungssenator nicht kennt, wüsste in diesem Moment nicht, ob er wirklich der Pro-Enteignungs-Linkspartei oder der in diesem Punkt oppositionellen SPD angehört. Mit leichten Nachbesserungen hat die Regierung statt einer klaren Abstimmungsempfehlung einen schon am Montag bekannt gewordenen Kompromisstext beschlossen (*taz berichtet*). Der Senat duckte sich weg, tönnte prompt die CDU.

Zur Abstimmung steht Ende September die Forderung der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen, große Immobilieneigentümer zu enteignen: Mehr als 3.000 Wohnungen soll in Berlin niemand besitzen dürfen – außer dem Staat. Anders als beim bislang letzten und erfolgreichen Volksentscheid – 2014 zum Tempelhofer Feld – ist es keine Abstimmung über einen Gesetzestext: Den soll der Senat im Erfolgsfall erst erarbeiten, am Abgeordnetenhaus wäre es, ihn zu beschließen.

Mit den Abstimmungsunterlagen gehen normalerweise Empfehlungen von Senat und Abgeordnetenhaus an die knapp 2,5 Millionen Berliner Wahlberechtigten. Das war auch vor

dem Tempelhofer-Feld-Entscheid so, als die damalige rot-schwarze Koalition jeweils ein „Nein“ zum geforderten Bauverbot empfahl. Dieses Mal aber gibt es vom Senat weder „Nein“ noch „Ja“: Zu sehr liegen in der rot-rot-grünen Koalition vor allem SPD und Linkspartei auseinander. Vom Abgeordnetenhaus wird es, wenn es nicht noch eine Sondersitzung gibt, gar kein Begleitschreiben geben: Abgabeschluss dafür wäre, bevor das Parlament erstmals nach den Ferien wieder am 19. August tagt.

In der gegenüber Montag noch veränderten Stellungnahme sticht hervor, dass nicht mehr von möglichen Entschädigungskosten von mindestens 29 Milliarden Euro die Rede ist,

Hürde für Umwandlung

Der Senat will es Eigentümern erschweren, ihre Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Nur wenn sie nachweisen können, dass zwei Drittel der Mieter selbst ihre Wohnungen kaufen wollen, soll das möglich sein. Das hat der Senat jetzt diskutiert: Nach einer Beratung der Bezirksbürgermeister will er das schnellstmöglich festzurren, damit nicht weitere Mietwohnungen verloren gehen. Bisher brauchten Eigentümer laut Bausenator Scheel (Linke) nur ihre Bereitschaft zu erklären, an ihre Mieter zu verkaufen – wollten die nicht, konnten auch andere kaufen.

sondern nun von 29 bis 39 Milliarden. Bislang galten nach einer Kostenschätzung von Scheels Senatsverwaltung 36 Milliarden als Obergrenze. Die nun um 3 Milliarden höhere Zahl soll Folge einer Wertsteigerung gegenüber der Kostenschätzung im Frühjahr 2019 sein. Die Enteignungsinitiative geht von weit geringerem Aufwand aus.

Scheel sprach von einem „breiten Spektrum“ an Ansichten, die von einem dauerhaften Zuschuss durch den Landeshaushalt bis zu einem Überschuss für die Landeskasse reichen würden. Einige andere Zahlen stehen nicht mehr in der Stellungnahme, was der Verständlichkeit dienen soll – „das war nicht so lesbar, wie man sich das vorstellt“, sagte Scheel zur Begründung. Zu einem Gesetz bei einem erfolgreichen Volksentscheid hieß es von ihm, niemand könne sagen, wie ein solches Gesetz aussehen werde.

Der Text enthält zudem die Aussage, das von der Initiative geforderte Gesetz sei „juristisches Neuland“ – so wurde auch das letztlich gescheiterte Gesetz zum Mietendeckel eingeordnet.

Die CDU-Fraktion legte die nun beschlossene Stellungnahme dem Regierungschef Michael Müller und seiner SPD als eine „mietenpolitische Niederlage“ aus, weil Müller sich in dieser „richtungsweisenden Entscheidung“ nicht durchgesetzt habe. Wie das bei zwei klar bis tendenziell pro Enteignung eingestellten Koalitionspartnern möglich sein sollte, ließ die CDU bei ihrer Kritik offen.

NS-Widerstand

Müller würdigt Hitlerattentat

Am 77. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 gewürdigt. Der Aufstand von Wehrmachtsoffizieren sei zwar seinerzeit gescheitert, doch der Versuch sei dennoch „ein Vorgang von allergrößtem moralischem Gewicht und ein wichtiger Schritt auf dem Weg zurück zu Freiheit und Selbstachtung“ gewesen, sagte Müller. Erst die Alliierten hätten die Zerschlagung des NS-Regimes herbeigeführt. Daraus seien auch heute noch Lehren zu ziehen. „Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit sind notwendig, um unser aller Freiheit und die Demokratie zu sichern“, sagte er. Autoritäre, freiheitsfeindliche Tendenzen, Rassismus und Antisemitismus seien eine existenzielle Gefahr. In Erinnerung an den Attentatsversuch war an der Gedenkstätte Plötzensee eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung geplant. Am Nachmittag sollten Bundeswehrrekruten auf dem Paradeplatz am Bendlerblock ihr feierliches Gelöbnis ablegen. (*dpa*)

Katastrophenhilfe

Berlin schickt Unterstützung

Berlin schickt weitere Helfer:innen in die Hochwassergebiete Westdeutschlands. Am Dienstag fahre eine weitere Einsatzhundertschaft der Polizei nach Rheinland-Pfalz, teilte Carsten Müller, Referent in der Innenverwaltung, mit. Die Polizisten sollen die Bergungs- und Suchmaßnahmen unterstützen. Auch Organisationen wie das Technische Hilfswerk (THW) und das Deutsche Rote Kreuz aus Berlin sind im Einsatz. Der THW-Landesverband Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt werde voraussichtlich mit etwa 150 Kräften im Einsatz sein, teilte Referentin Stefanie Berger mit. Das DRK habe in der Nacht zu Montag einen Hilfsgütertransport mit 12 Einsatzkräften geschickt, sagte Referent Hendrik von Quillfeldt. Zwei weitere DRK-Helfer unterstützen die bundesweite Einsatzkoordinierung. Auch Organisationen wie der Berliner Landesverband der Malteser könnten jederzeit unterstützen, sagte Sprecherin Charlotte Rybak. (*dpa*)

Anzeigen

at film university babelsberg

50th sehsüchte

international student film festival

21-25 July 2021

on site and online sehsuechte.de

DEREK JARMAN

THE EGAN REEN

cinematics of the soil

AUSSTELLUNG, TALKS, SCREENINGS 22.7. - 22.8.2021, SILENT GREEN, BERLIN

Ganz spontan ins Impfzentrum

Senat bietet nach positiven Erfahrungen ab freitagnachmittags Impfung ohne Termin an drei Standorten an

Keine Impfungen mehr im bisherigen Impfzentrum am früheren Flughafen Tempelhof, dafür ab Freitag Spontanimpfungen mit dem Impfstoff Moderna an drei anderen: So sieht die künftige Impfstrategie des Senats aus. Hintergrund sind zum einen positive Erfahrungen mit Spontanimpfungen auf einem Ikea-Parkplatz, zum anderen die Feststellung, dass bei der bisherigen Impfprozedur mit vorher

festgelegtem Termin in den Zentren oder in Arztpraxen der vorhandene Impfstoff „nicht voll“ ausgeschöpft werde.

Bei der vergangenen Samstag angebotenen Impfung auf dem Parkplatz der Ikea-Filiale in Lichtenberg und am Hermannplatz in Neukölln hatte es große Nachfrage gegeben. Geimpft wird laut Senat zwischen 14 und 17 Uhr in den Impfzentren Tegel, Erika-Heß-Eisstadion und Mes-

segelände mit dem Impfstoff Moderna, von dem derzeit ausreichend zur Verfügung stehe.

Mit Blick auf den am Dienstagmorgen auf 18 gewachsenen Corona-Inzidenzwert – das ist mehr als das Doppelte als vor einer Woche – sprach Bausenator Sebastian Scheel (Linkspartei) nach der Senatssitzung von einem „leichten Anstieg“. Der sei „noch kein Grund zu großer Sorge“.

Scheel berichtete zudem, dass von den bislang über 1,6 Millionen voll geimpften Berlinern 433 dennoch an Corona erkrankt seien und als „Impfdurchbrecher“ gelten. „Das ist ein sehr kleiner Anteil“, sagte der Senator. Umstritten bleibt im Abgeordnetenhaus wie auch in der Koalition, ob Impfunwillige sich künftig weiter kostenlos testen lassen können oder dafür bezahlen müssen. (*Stefan Alberti*)

Von **Susanne Memarnia**

Eine Minute nach zwölf Uhr, die Glocken des Berliner Doms sind noch nicht ganz verhallt, ist sie plötzlich da. Wo sich eben noch Touristen vor der Brüstung der Rathausbrücke in Stellung brachten, um die der Spree zugewandte moderne Fassade des Humboldt Forums gut ins Handybild zu bekommen, steht nun eine junge Schwarze Frau, den Blick starr in die Ferne gerichtet. Wie ein lebendes Denkmal posiert sie auf dem Brückenkopf, das schwarze Kleid flattert um den schlanken Körper, in der linken Hand trägt sie einen Speer mit schwarzer Fahne. Ein paar Touristen nehmen sie gleich mit ins Bild.

Auf der Steinbank vor der Brüstung zu Füßen der Frau sitzt Mnyaka Sururu Mboro. Der tansanische Aktivist ist der Vater der Aktivistin, ein alter Kämpfer gegen das Humboldt Forum und für mehr dekoloniale Erinnerung in der Stadt. Schon vor mehr als 15 Jahren, 2005, erzählt er, hätten sie in schwarzer Kleidung und mit schwarzen Fahnen an diesem Platz gestanden – beziehungsweise auf der anderen Seite des Gebäudes, das damals noch der Palast der Republik war.

Mit dem Trauermarsch, so Mboro, „haben wir an den Maji-Maji-Krieg vor 100 Jahren erinnert, eine richtige Inszenierung war das mit Schlacht und Feuer“. Die schwarzen Fahnen seien das Zeichen der Maji-Maji-Krieger gewesen, die gegen die deutschen Kolonialherren kämpften. Der Krieg gegen die Aufständischen hat nach Historiker-Schätzungen bis zu 500.000 Menschen das Leben gekostet. „Was ganz interessant ist“, meint Mboro: Die Überlebenden, die nach einer „Politik der verbrannten Erde“ hungrig und obdachlos umhergeirrt seien, hätten damals ein riesiges Dinosaurier-Skelett gefunden. „Auch



Mnyaka Sururu Mboro beim Protest gegen die Eröffnung des Humboldt Forums Foto: Florian Boillot

„Was für ein Monster“

Rund 100 Menschen demonstrieren gegen das neu eröffnete Humboldt Forum und fordern dessen „Defunding“. Dies sei ein „Trauertag“, sagt Aktivist Mnyaka Sururu Mboro

das haben sich die Deutschen geholt, die Überlebenden mussten die Knochen-Pakete zum Hafen tragen“, erzählt er kopfschüttelnd. Der Brachiosaurus brancai ist heute die Attraktion im Naturkundemuseum.

So bringt die Denkmal-Aktion gleich ein paar Argumente der Gegner des Humboldt Forums auf den Punkt. Nicht nur würden mit dem rekonstruierten Schloss, in dem der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II.

wohnte, „die deutschen Kolonialherren gewürdigt“, wie Mboro eine Stunde später bei der Demo vor dem Lustgarten sagen wird. Auch der Inhalt des Schlosses, die ethnologischen Ausstellungen vor allen, die zwar nicht an diesem Dienstag, aber doch in zwei Monaten eröffnet werden, sind für ihn Anlass, von diesem Tag als einem „Trauertag“ zu reden.

Gegen halb eins steigt Amina Koß vom Sockel und macht sich

mit ihrem Vater und weiteren Aktivist*innen von Berlin Postkolonial auf den Weg zum Protest am Lustgarten. Sie sei in Berlin geboren und aufgewachsen, erzählt sie. „Aber wenn ich sehe, dass Hunderte Millionen Euro für Prunk und Pracht des Kolonialismus ausgegeben werden, frage ich mich, ob das noch meine Stadt ist.“ Wofür man diesen Wiederaufbau brauche, fragt sie rhetorisch. „Es ist Teil von Berlin, das viele Gebäude nicht

mehr stehen, die Lücken haben einen Grund, den wir nicht vergessen sollten!“

Ein älterer Herr spricht Koß auf ihre Darstellung und die schwarze Fahne an. Sie erklärt den Hintergrund, auch dass bis heute Tausende Schädel von geköpften Aufständischen in den Depots hiesiger Museen lagern und früher teils für „rassistische Forschungen“ herhalten mussten. „Bis heute warten die Menschen in Tansania darauf, dass

sie zurückgebracht und beerdigt werden können“, sagt Koß. Der Mann hört gebannt zu, dann bedankt er sich. „Ich höre das zum ersten Mal, ich bin schwer erschüttert“, sagt er.

Auf der Westseite des Humboldt Forums laufen die letzten Vorbereitungen für die feierliche Eröffnung mit Politiker*innen-Reden und Sektempfang. Die Schloss-Kritiker haben sich bereits gegenüber vor der malerischen Kulisse des Lustgartens positioniert und halten ihre Transparente und Plakate für die zahlreichen Fotografen in die Höhe. Rund 100 Aktivist*innen mögen es sein, und als Tahir Della von der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland um 13 Uhr die Veranstaltung für eröffnet erklärt, stimmen sie fröhlich in den zuvor eingeübten Schlachtruf ein: „Tear it down – and turn it upside down.“ Der Spruch zielt auf die jüngste Forderung der Protestbewegung, formuliert von der relativ neuen Coalition of Cultural Workers against the Humboldt Forum (CCWAH): das Humboldt Forum zu defundieren. Das Haus sei „das revisionistische Gebäude der Stadt“ erklärt eine Rednerin der CCWAH: Die Gelder, die dafür nun fließen sollen (wohl rund 60 Millionen jährlich), „müssen umgeleitet werden für die Dekolonialisierung der Stadt“.

Anschließend bringt Mboro mit einer emotionalen Rede die Gefühle wohl vieler Anwesender auf den Punkt, zumindest folgt seinen Worten vielfaches Kopfnicken und Topfklopfen. „Was für ein Monster!“, nennt er der das Schloss. Und fragt in Richtung der noch leeren Bühne gegenüber, wo gleich die Politiker*innen und Staatsgäste Platz nehmen werden. „Was feiert ihr da?“ Die geraubten Inhalte, die koloniale Hülle, die Gebeine in den Depots, Mboro meint: „Sie sollten sich schämen, was Sie da veranstalten!“

„Wir brauchen eine verlässliche und schulspezifische Planung“

Der Landesschülerratsausschuss fordert einen nachjustierten Stufenplan zum Schulstart. Neben Testen und jeweils an die Lage angepassten Hygieneregeln sollte es auch Impfangebote auf den Schulhöfen geben

Interview **Svenja Jäger**

taz: Herr Franzen, im Landesschülerrat forderten Sie zuletzt mit dem Start des neuen Schuljahres Impfteams vor Ort. Warum?

Rufus Franzen: Uns ist wichtig, dass die Schüler:innen, die impfwillig sind und sagen, sie wollen den zusätzlichen Schutz für sich haben und glauben dass der sinnvoll ist, diesen auch so schnell wie möglich bekommen. Deshalb glauben wir, dass Impfteams an den Schulen dazu beitragen, dass wir möglichst schnell, am besten noch im Sommer geimpft werden. Damit wir, sollte es noch mal zu einem Anstieg der Infektionszahlen kommen, im Herbst, wirklich sicher in den Unterricht gehen können. Die Sorge der Schüler:innen ist ja noch da, auch wenn die Gefahr, sich mit Corona in der Schule anzustecken, deutlich geringer geworden ist.

Also gibt es eine große Impfbereitschaft unter Schüler:innen?

Wir glauben, dass es relativ viele Schüler:innen gibt, die sich gerne impfen lassen wollen. Generell ist die Entscheidung, ob man geimpft werden möchte oder nicht, eine persönliche, die man selbst in Rücksprache mit seinen Eltern und unter Ein-

bezug der Impfpflichtung der Stiko treffen sollte.

Welche Bilanz können Sie zum vergangenen Schuljahr ziehen?

Gerade das zweite Halbjahr hat ja viel zu Hause stattgefunden. Ich glaube, es war für viele Schüler:innen sehr hart. Es war besser als im ersten Lockdown, aber die Zeit war deutlich länger. Der Unterricht ist besser geworden, Lernplattformen wurden besser genutzt, auch der Lernraum hat sich zum Ende des Lockdowns wirklich gut eingespielt. Was leider gar nicht besser geworden ist, sind soziale Kontakte und da irgendwie ein

gutes Angebot zu haben. Es hat an vielen Stellen an Angebotsmöglichkeiten für Schüler:innen gefehlt, denen es nicht gut ging zu Hause. Genauso hat es generell an sozialen Aktivitäten gefehlt. Viele Schüler:innen saßen zu Hause und hatten zwei, drei Videokonferenzen am Tag und waren ansonsten auf sich allein gestellt.

Also ist die Stimmung bei den meisten Schüler:innen abgesackt während des Home-schoolings?

Wir haben während des Lockdowns Umfragen durchgeführt, die keinesfalls repräsentativ waren, aber wo doch 1.000 Schü-

ler:innen teilgenommen haben. Nur wenige haben gesagt, dass es ihnen wirklich gut ging. Ich glaube, ein großer Teil ist ganz gut durchgekommen und wird keine großen Schäden davontragen. Dennoch gibt es einige, die mit der Doppelbelastung zu Hause nicht klarkamen. Dabei war es einfach schwierig und ungewohnt, kein getrenntes Lern- und Privatumfeld zu haben. Vielen hat der Arbeitsplatz gefehlt und die dazugehörige Hardware. Der Senat hat in erster Linie Tablets angeschafft und diese im großen Rahmen an bedürftige Schüler:innen ausgegeben. Nur leider kamen diese mit dem Ende des Schuljahres viel zu spät.

Was erhoffen Sie sich vom Präsenzunterricht?

Wir haben zwei Ziele: Wir brauchen eine verlässliche Planung. Deswegen ist für uns der Stufenplan das A und O, dass da wirklich nachjustiert wird. Zum anderen finden wir wichtig, dass an den Schulen evaluiert wird, wie der Lockdown lief, weil das oft auf Berliner Ebene gemacht wurde und nicht schulspezifisch und da die Probleme doch ganz unterschiedlich sind. Generell ist uns wichtig, dass wir als Schüler:innen wieder stärker in den Vordergrund rücken, denn wir haben gemerkt,

dass Schülerbeteiligung von vielen im Lockdown als schwerfällig und anstrengend empfunden wurde.

Was erhoffen Sie sich denn vom kommenden Schulstart?

Wir hoffen alle, dass wir wieder in ein normales Schuljahr starten, in ein Schuljahr, das ein bisschen so ist wie vor Corona. Vor allem auch in ein Schuljahr, dass man wieder mit seinen Klassenkamerad:innen zusammen verbringt. Ansonsten wünschen wir uns alle, dass wir in eine sichere Unterrichtsumgebung starten. Als Landesschülerratsausschuss glauben wir, dass gerade die Testpflicht am wichtigsten ist und uns viel ermöglicht hat. Das zweimalige Testen in der Woche ist mit der wichtigsten Schritt zur Schuleröffnung. Der Stufenplan ist dafür ein wichtiges Mittel, das aber noch mal nachjustiert werden sollte.

Wie denn genau?

Vor allem in Bezug auf Masken, Tests und Lüftungsgeräte. Konkret geht es darum, dass der Stufenplan ein Jahr alt ist. Damals hatten wir kaum Lüftungsgeräte, keine Tests und keine Impfungen. Jetzt ist die Ausgangslage eine ganz andere und die Schutzmaßnahmen sind nicht mehr nur auf AHA+L begrenzt. Es müssen also neue Richtwerte festgelegt werden, ab denen keine Maske getragen werden muss und ab denen die Häufigkeit der Tests in der Schule dem Infektionsgeschehen und den anderen Maßnahmen entsprechend festgelegt wird. Tests, Lüftungsgeräte und auch Impfungen sollten schließlich eine Erleichterung anderer

(und auch belastenderer) Hygienemaßnahmen ermöglichen.

Kann aus der Coronazeit auch was bleiben?

Aus Corona kann man zum einen generell mitnehmen, dass es sinnvoll ist, die Digitalisierung auszubauen und wir vor allem dazu Visionen brauchen. Zum anderen haben wir gemerkt, dass Schule so viel mehr ist als eine Bildungsinstitution. Wir sehen jetzt noch mal deutlich, dass es in der Schule auch darum geht, Freundschaften für das Leben zu knüpfen und auch Sozialkompetenzen zu schulen und dass wir darauf öfter den Fokus legen sollten.

Wie kann denn der Fokus zukünftig mehr auf Sozialkompetenzen gelegt werden?

Uns als Landesschülerratsausschuss ist es wichtig, dass wir noch mal das Augenmerk auf Klassen- und Kursfahrten richten und dass diese gefördert werden. Denn das hat vielen gefehlt, dass wirklich Klassengemeinschaften entstehen, die besonders in den 8. Klassen gar nicht entstanden sind, weil es nur ein halbes Jahr gemeinsamen Unterricht gab.



Foto: privat

Rufus Franzen ist Pressesprecher des Landesschülerratsausschusses. Er kommt in die 12. Klasse und ist damit im Abschlussjahrgang des Beethoven-Gymnasiums.

berliner szenen

Mit dem Wasser spielen

Ich wusste nicht, dass Gänsehaut ansteckend ist, bis wir über einen Film reden und sie „schau mal, Gänsehaut“ sagt. Als Antwort bekomme ich Gänsehaut kaum eine Sekunde später und zeige ihr meinen Arm.

Wir sitzen vor einem Späti auf einer Bank in der Nähe der Kulturbrauerei. Die Bank guckt zu der Kreuzung, die Tische mit Sonnenschirmen und überwiegend englischsprachigen Gästen bleiben hinter uns, eine Soundkulisse im Hintergrund, als wären sie weiter weg als sie es sind. Deswegen vielleicht kommt es uns vor, als würden wir vor einem Feld sitzen. Oder vor einem See und würden die Füße ins Wasser stecken, so warm ist es noch.

Wir wollten uns über Arbeit unterhalten und das machen wir auch kurz. Vor allem fangen wir an, uns Geschichten zu erzählen. Wir sind im Amazonas, in Brandenburg und auf einer Autofahrt in Italien. Wir reden über Argentinien, wo wir beide herkommen, über Füchse und Skorpione, über Bücher und Gerüche aus unserer Kindheit und über Verwirrungen in Allgemeinem. Eine kleine Stichprobe davon bekommen wir sogar gleich, als hätten wir uns ein konkretes Beispiel verlangt. Im Späti wird überwiegend Craftbeer verkauft und der Späti-Verkäufer scheint ein Gourmet zu sein. Er genießt es, seine Kenntnisse mit den Kund*innen zu teilen. Als er uns fragt, wie das rote Bier schmeckt und ich erwähne, dass es mir nicht kalt genug ist, nimmt er es nicht als Einschätzung, sondern als persönliche Kritik und fängt an sich zu rechtfertigen. Als Kompensation präsentiert er uns wunderbare kalte Exemplare und ist diesmal offensichtlich zufrieden mit unserer Reaktion. „War das gerade eine Verwirrung oder eher ein Missverständnis?“, fragen wir uns. Wir zucken mit den Achseln und kommen zum nächsten Thema, während unsere nackten Zehen nebenbei mit dem Wasser spielen. *Luciana Ferrando*

verweis

Tanznacht Berlin 2021

Heute eröffnet in den Uferstudios Berlin das dreitägige Festival Tanznacht. Um 19 Uhr wird es zum Beispiel die Performance „Hamlet“ geben, von Teodora Castellucci/Dewey Delluert, die sich mit Vorstellungen von Besessenheit beschäftigt: Wird dann nicht der Körper nur als Hülle gesehen, in den Göttliches und anderes einfahren kann? Was passiert da mit dem Individuum? Damit alle so ein wenig aus der Haut fahren können, lädt das DJ-Team Bodysnatchers ab 18.30 Uhr zum Schwingen der Hinterteile ein. Zudem gibt es eine Installation von Jen Rosenbilit auf den Spuren von Gertrude Steins „Everybody's Biography“. Kurzum, es wird schwer gebastelt an den fluiden Identitäten.

Von Barbara Behrendt

Vor dem Delphi Filmpalast hört man eine spritzige Jazzkombo über die Kantstraße klingen. Nebenbei hat auch die Vaganten Bühne eine Open-Air-Spielstätte gebaut: Schwarze Tische vor der kleinen Tribüne, die Serviererin nimmt Getränke-Bestellungen entgegen. Nicht die Atmosphäre, in der man eine Familienrecherche rund um den Bosnienkrieg verorten würde. Und doch passt der laue Abend in den Berliner Schulferien bestens zu dieser Uraufführung – sie beginnt mit einem Kinderspiel, das Senna und ihre Schwester Esma jeden Sommer beim Besuch der Tante in Bosnien wiederholen: Am Abend, wenn die Eltern Freunde treffen, schleichen sie sich auf den Balkon – und wenn niemand guckt, werfen sie Eier hinunter. Im Theater sind es zum Glück nur Papierbälle, die durch die Luft ins Publikum segeln.

„Fliegende Eier von Sarajevo“ – so lautet der hübsche Stücktitel, der also ganz wörtlich zu nehmen ist. Jede Sommerferien sausen sie wie Wurfgeschosse vom Balkon, wenn Senna und Esma ihre Cousins in Bosnien besuchen. Eine 24-Stunden-Höllenfahrt im Ford Mondeo ist das aus Deutschland. Jahr für Jahr begleiten wir Senna auf dieser Reise von der einen Heimat in die andere. Zuerst sind da die Pfannkuchen mit Nutella und der Horror-Fahrstuhl, der die Siebenjährige traumatisiert, als er zwischen den Stockwerken stecken bleibt. Danach dreht sich alles ums erste Verliebtsein.

Erst sehr viel später, Senna ist 22 und studiert, bemerkt sie die Kriegsnarben und die so offensichtliche Ähnlichkeit zwischen ihrem Kinderspiel und den Schüssen und Bomben der Soldaten: „Ich gehe automatisch direkt auf den Balkon. Die Einschusslöcher sind überall, am Geländer, in der Hausfassade, der ganze Wohnblock ist voll damit. Ich schaue nach unten und sehe einen Bombenkrater im Beton. Er hat dieselbe Form wie die Eier, die damals auf den Boden geprallt sind.“

Die junge Dramatikerin Fabienne Dür hat in diesem Jahr bei gleich mehreren Autorinnen-Wettbewerben mit sprachlich



„Fliegende Eier von Sarajevo“, Natalie Murkerjee und Senita Huskić
Foto: Fabienne Dür

Das Schweigen der Eltern

In Gedenken an die Opfer des Massakers von Srebrenica zeigt die Vaganten Bühne ein neues Stück, das die Familiengeschichte eines bosnischen Flüchtlingsmädchens erzählt

genauen und zugleich emotional klugen Theaterstücken auf sich aufmerksam gemacht. Die „fliegenden Eier“ sind nun in Zusammenarbeit mit der Schauspielerin Senita Huskić entstanden. Eine gute Entscheidung, hier wie in einer Sommerserie aus Sennas Perspektive erzählen zu lassen – denn aus einem erdrückenden Kriegsdrama, das uns behüteten Deutschen gern weit entfernt scheint, wird so die humorvolle, bewegende Coming-of-Age-Geschichte eines aufgeweckten Mädchens, das sich mit seiner großen Schwester zankt – und zufällig Verwandte in Bosnien hat. Erst nach und nach lernt Senna zu verstehen, wovon ihre Eltern so laut schweigen. Und dass sie eben doch nicht als „echte“ Deutsche gilt, wenn sie einen bosnischen Namen trägt und nicht weiß, dass man bei einer Schnitzeljagd keine Schweineschnitzel aufspüren will.

Durch die bedrückenden Erzählungen der Mutter, die Sen-

nas Erinnerungen ergänzen, fließt ein wichtiges Stück Flucht- und Kriegsgeschichte ein. Die Sorge um die Schwester in Sarajevo, die verzweifelt versucht, in die „geschützte Stadt“ Srebrenica zu fliehen – und es zum Glück nicht schafft. Die Sprachlosigkeit rund um die Mutter von Sennas Schulfreundin, die

Dür verlässt sich ganz auf die Kraft der Erzählung und die der Spielerinnen

aus dem Ort mit dem großen Vergewaltigungslager stammt. Die Ankunft von Sennas Familie im Flüchtlingsheim, das Malochen der hochschwangeren Mutter bei McDonald's, bis sie zusammenbricht. Die Angst vor der Abschiebung – und die teure Scheinehe mit dem Nachbarn, um ihr zu entgehen. Die Anspruchshaltung der Tante,

Computer nach Sarajevo geschickt zu bekommen, weil man doch reich ist in Deutschland. Das Zerrissensein zwischen zwei Heimatorten, die beide keine sind.

In Deutschland waren die 1990er Jahre heile Welt. Während man „Der mit dem Wolf tanzt“ guckte oder halbnackt bei der Love Parade feierte, tobte im Osten Europas jener Krieg zwischen den Ethnien Jugoslawiens, der mit brutalen Massakern an der zivilen Bevölkerung einherging. Zum Beispiel das in Srebrenica im Juli 1995. 8.000 Bosniaken, hauptsächlich Jungen und Männer, wurden dabei ermordet. Auch daran erinnert das Stück, wenn Senna im Schulunterricht ein Referat über den Zerfall Jugoslawiens halten soll – und plötzlich anfängt zu weinen.

Senita Huskićs bosnischer Hintergrund sei der Ausgangspunkt für das Stück gewesen, sagt das Theater, man habe es allerdings nicht mit ihrer eigenen Biografie zu tun. Doch Huskić

steht als Senna auf der Bühne – und wenn ihr beim Schlussapplaus die Tränen kommen, wird auch der Letzten im Publikum klar, wie viel ihr diese Arbeit bedeuten muss. Zusammen mit Natalie Mukherjee als Sennas Mutter und Schwester bilden die beiden ein gefühl- und kraftvolles Spielerinnendoppel, das einem sehr nah kommt.

Fabienne Dür, die zum ersten Mal auch Regie führt, verlässt sich ganz auf die Kraft der Erzählung und die ihrer Spielerinnen. Auf der Bühne nur eine Wäscheleine, an die Esma und Senna ihre auf Papier gekritzten Erinnerungen hängen, als müssten sie erst noch eine Weile im Sommerwind trocknen. Erinnerungen an eine junge europäische Geschichte, von der das deutschsprachige Theater viel zu selten derart lebendig erzählt.

Wieder am 7. 8. und 8. 8. jeweils 20.30 Uhr, Vaganten Sommerbühne im Hof.

Der Wurm in uns – und jetzt auch wir in ihm

Bei Anne Duk Hee Jordan in der Urania erkunden Besucher:innen das Innere eines Wurms. Der ist deutlich farbenfroher als gedacht

Von Julia Hubernagel

Man hat sich das Innere eines Wurms eigentlich anders vorgestellt; nasser, enger und auf jeden Fall weniger bunt. In Anne Duk Hee Jordans Ausstellung „Der Wurm. Terrestrisch, fantastisch und nass“ in der Urania Berlin läuft die Besucherin auf jeden Fall direkt hinein, in den Wurm'schen Verdauungstrakt. Der präsentiert sich als visuelles und auditives Erfahrungsfeld: Mit Taschenlampen erkundet man den dunklen Raum, strahlt neonfarbene

Objekte an, die ihre volle Farbpracht erst dann offenbaren. Minutenlang kann man so etwa vor der „Clam Extravaganza“ stehen, die aus Schaum und Gips gefertigt wirklich vom Meeresboden zu sprechen scheint und wie eine Koralle aussieht, auf der verschiedene Organismen gedeihen. Überall sind kleine Fäden aus Schwarzlicht verarbeitet, das Innere der „Clam“ leuchtet in Textmarkerfarben, orange, grün und gelb. Das Meer scheint für die in Berlin lebende Künstlerin ohnehin von Bedeutung zu sein, denn Anne Duk Hee

Jordan war vor ihrer Künstlerinnenlaufbahn als Tiefseetaucherin aktiv.

Neben den Schaumobjekten hängen ballonartige Bakterien von der Decke, die Pili, die kleinen Beinchen, ragen finger-nagelgleich in den Raum. Man kann sich nicht ganz entscheiden, ob „Der Wurm“ dadurch eher an Jeff Koons oder an eine Schwarzlichtminigolfhalle erinnert, auf jeden Fall ist Anne Duk Hee Jordans Ausstellung sicherlich (auch) für Kinder interessant. Erklärt wird der Besucherin hier allerdings nichts; man muss es schon wissen, dass der bunte Vorhang, auf den eine fleischfarbene Öffnung gestickt ist, den Eingang zum Wurminnersten darstellt. Das ist schade, denn die beeindruckende Welt der Würmer, die Anne Duk Hee Jordan ja immerhin zu dieser Ausstellung inspiriert hat, bleibt so im Dunkeln.

Der Wurm, so liest man schließlich im Begleitheft, ist vor allem spannend wegen allem, was er nicht hat: Augen, Nase, Ohren, Gliedmaßen und

Zähne. Trotzdem ist er ein einzigartiger Resonanzkörper, kann Schwingungen wahrnehmen, weite Strecken kriechen und Geschmäcker durch Sinnesknospen in der Mundhöhle und auf der Haut wahrnehmen. Zudem sind Würmer Zwitter; sie besitzen sowohl Hoden als auch Eierstöcke. „Ihr habt den Weg vom Wurme zum Menschen gemacht, und vieles ist in euch noch Wurm“, lässt Friedrich Nietzsche seinen Zarathustra sagen und hat damit auf zwei Weisen recht. Würmer können immerhin höchst verschiedene Wirte haben, leben im Boden, in Tieren und eben auch in uns.

Der zweite Raum in Anne Duk Hee Jordans Ausstellung sieht so auch eher nach einem Wurm-Lebensraum aus. Der Rindendurchwurf auf dem Boden riecht nach Kompostierung, auf Vorhänge aus Fäden werden neonfarbene Videoschnipsel projiziert. Fraglich, warum hier die großen Lautsprecher, aus denen die Soundlandschaft der Berliner Künstlerin Perera Elsewhere klingt, so dominant im Raum

stehen müssen und so jegliche Illusion eines organischen Umfelds zerstören.

Dabei machen gerade die Klänge auf ein weiteres Lebensumfeld der Würmer aufmerksam. Wasserplätschern deutet an, dass die kleinen Lebewesen auch fernab von Land und Erde gedeihen. Um dorthin zu gelangen, bedienen sie sich einer besonderen Art der Gehirnwäsche. Im Larvenstadium leben etwa Saitenwürmerarten in Grillen. Sind sie genügend gewachsen, reizen sie das Gehirn ihrer Wirte, sodass diese ins Wasser springen. Dabei können Grillen gar nicht schwimmen, ertrinken daher oder werden von Fischen gefressen. Der Wurmparasit ist da schon längst entwischt. Sobald sein Wirt im Wasser zappelt, verlässt er das sterbende Insekt und schlängelt davon. Eier legt er nämlich im Wasser.

Bis 29. August, Anne Duk Hee Jordan, „Der Wurm. Terrestrisch, fantastisch und nass“, Teil des Projekts „StadtNatur – Berlin ökologisch denken“, Urania.



Anne Duk Hee Jordan, Clam Extravaganza
Foto: Urania

Die Esel und ihr rechter Nachbar

Der Tierpark Arche Warder hat Land vom neu-rechten Unternehmer und Verleger Thomas Hoof gepachtet. Der Park distanziert sich, aber es gibt auch inhaltliche Überschneidungen



Gutmütiger Gesell: das Poitou-Eselfohlen D'Artagnan im Tierpark Arche Warder Foto: Carsten Rehder/dpa

Von **Anna Rosga** und **Andrea Röpke**

Wasserbüffel beim Baden beobachten, Esel streicheln und Gänse füttern: Im schleswig-holsteinischen Warder bei Kiel befindet sich seit 2004 Europas größter Tierpark für seltene und vom Aussterben bedrohte Nutztierarten. In einer ursprünglichen Landschaft können Spaziergänger*innen mit etwas Glück den Tieren erstaunlich nahe kommen. Deshalb ist der Park ein beliebtes Ausflugsziel für Familien und Kinder. In rustikalen Holzhütten und Ferienwohnungen im Tierpark kann die Tierwelt auch über Nacht erlebt werden.

Einen Schwerpunkt hat das Projekt in der Umweltbildung. Durch Natur- und Erlebnispädagogik wird Kindern und Jugendlichen der direkte Kontakt zu den Tieren ermöglicht. Neben diesem Freizeit- und Bildungsangebot handelt es sich bei der Arche Warder auch um eine wissenschaftliche Institution, die

mit nationalen und internationalen Kooperationspartner*innen zusammenarbeitet: mit zahlreichen Universitäten, dem deutschen Tiergeschützbund und Greenpeace, deren Umweltstiftung das Projekt mit jährlich mehr als 70.000 Euro unterstützt. 2018 wurde der Park als offizielles Projekt der UN-Dekade für biologische Vielfalt ausgezeichnet.

Die Arche Warder ist zweifellos ein Vorzeigeprojekt, ein Kontakt nach rechts scheint ungewöhnlich. Doch seit Anfang 2019 wurden rund 50 Hektar Grünland dazugepachtet, um Tiere artgerecht zu halten. Diese Fläche gehört zum Gut Manhagen – einem Ensemble denkmalgeschützter Wohnhäuser, Wind- und Wassermühlen und landwirtschaftlicher Gebäude am Ufer des Manhagener Sees.

Besitzer und Verpächter ist Thomas Hoof, der das Gut 2007 erwarb und sanieren ließ. Hoof, einst Landesgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen Grünen, gründete 1989 das Versandhaus Manufactum, ein Ver-

sandgeschäft für hochpreisige, teilweise traditionell gefertigte Manufakturprodukte. Obwohl Hoof Manufactum 2008 für 20 Millionen Euro an den Versandhändler Otto verkaufte, behielt er die Manufactum-Produktentwicklungsabteilung.

1993 gründete Hoof die Manuscriptum Verlagsbuchhandlung. Schwerpunkt des Verlags sind Werke rechtskonservativer und neurechter Autoren*innen. Autor Akif Pirinçci hetzt in seinem Buch „Die Große Verschwörung. Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer“ gegen „Gleichmacher-Ideologie“ und „Gender-Mainstreaming“. Konrad Löw fordert in „Hitler in uns? Vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit“ die Überwindung des deutschen „Schuld-Komplexes“. Manuscriptum verlegt Werke extrem Rechter wie Jürgen Elsässer, Björn Höcke und Alexander Gauland. Titel von Manuscriptum finden sich nicht nur im Angebot des Manufactum-Warenhauses, sondern auch in dem des Kopp-Ver-

lags sowie des Verlags Antaios wieder. Thomas Hoof selbst veröffentlicht Beiträge in der neu-rechten *Session*, der Zeitschrift des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS).

Laut Webseite der Arche Warder wurden die Flächen des Guts Manhagen bewusst gepachtet, da die Erhaltung und Nutzung alter Nutztierarten ein gemeinsames Anliegen sei. Doch auch von Kooperation ist die Rede – eine politische Distanzierung zum Gutsherrn findet nicht statt.

Auf Medienanfrage antwortet eine Mitarbeiterin der Arche Warder: Man habe dringend für die Schweinehaltung weitere Flächen benötigt, daraufhin sei es zur Pacht gekommen. Die Sprecherin betont: „Die Kooperation mit der Familie Hoof ist vor allem dadurch bedingt, dass das Gut Manhagen an den Tierpark unmittelbar angrenzt, und es uns so möglich ist, mit minimalem Kostenaufwand und maximaler Betreuung unserer Tiere einen großen

Längst setzt sich auch die extreme Rechte für den Erhalt alter, deutscher Nutztierarten ein

Schritt in der Erhaltungszucht alter Nutztierarten weiterzukommen.“

Gelobt werden aber auch „sinnvolle, inhaltliche Überlappungen“. Grundsätzlich aber verhalte sich Arche Warder „politisch neutral, verwehrt sich gegen Rassismus und steht für eine naturnahe Landwirtschaft sowie für soziale Gerechtigkeit“. Wenn es um den Schutz von Natur und Tieren gehe, werde nur mit „demokratischen Parteien (Die Grünen, CDU, SPD, FDP)“ zusammengearbeitet.

Längst setzt sich aber auch die extreme Rechte für den Erhalt alter, deutscher Nutztierarten ein. Tier-Natur-, und Heimatschutz werden unter dem Dach des „Volkschutzes“ verhandelt. Die Verknüpfung von Volk, Raum und Identität stehen in der Tradition des „Blut und Boden“-Prinzips des Nationalsozialismus. Die NPD-nahe Öko-Zeitschrift *Umwelt & Aktiv* widmete sich 2007 dem Thema Nutztierarten und bewarb die Arbeit der Arche Warder im hohen Norden. Auf Medienanfrage des Online-Portals www.nordische-esskultur.de betont die Sprecherin noch einmal die Distanz nach rechts.

Doch es geht anscheinend um mehr als ein Pachtverhältnis. Hoofs Projekt „Essbare Landschaften“ bewirbt unter anderem Weidefleisch von Rindern und Schweinen der Arche. Ein Blick ins Impressum zeigt, dass sich „Essbare Landschaften“ und die Manuscriptum-Verlagsbuchhandlung im selben Gebäude im nordrhein-westfälischen Lüdinghausen befinden. „Die Arche Warder auf Gut Manhagen“ wird im Netz, auf Emblemen oder Flyern beworben. Auf taz-Nachfragen reagierte das Gut Manhagen am Dienstag nicht.

Hoofs Land-Projekt jedenfalls profitiert von der seit Januar 2019 bestehenden „fruchtbringenden Nachbarschaft“.

Arche Warder

Der Tierpark Arche Warder bei Kiel ist Europas größter Tierpark für seltene und vom Aussterben bedrohte Haus- und Nutztierarten.

2004 gegründet, beheimatet der Park auf einer Fläche von 40 Hektar rund 1.200 Tiere aus 80 alten Rassen sowie 7 Wildtierarten.

südwesterin

Präzise Arbeit

Wie umsichtig der Hamburger Zoll 419.688 Dosen mit **Eiskaffee aus Saudi-Arabien** aus dem Verkehr gezogen hat. Die BeamtInnen mutmaßten zu Recht, dass das darin enthaltene Milchpulver nicht die **strengen deutschen** tiergesundheitsrechtlichen Voraussetzungen erfüllte. Sechs Wochen lang wurden die Dosen sichergestellt und die *südwesterin* kann nur vermuten, dass der Zoll, während er auf die Ergebnisse zu den tiergesundheitlichen Standards in Saudi-Arabien wartete, die Zeit nutzte, um die **Dosen zu zählen**. Präzise Arbeit, denkt die *südwesterin*, und wünscht sich, dass ein paar dieser präzisen ArbeiterInnen vom Zoll **nach Bad Iburg geschickt** werden, in dessen Schlachthof tote Rinder verarbeitet wurden – was scheinbar niemandem auffiel, bis ein paar besonders zähe TierschützerInnen dort heimlich filmten. **22**



Osman Engin
Die Coronachroniken

Hoch lebe Corona!

Nach gefühlt 100 Jahren in Deutschland bin ich endlich über den Berg! Ich meine damit aber nicht die bayrischen Alpen, sondern ich habe mich doch noch integriert – und zwar gründlich! Bin waschechter Deutscher geworden. Jetzt bin ich weder Deutscher mit Migrationshintergrund noch Türke mit Migrationsvordergrund. Sondern eine stinknormale Kartoffel wie du und ich, die unangemeldet in seine heilige Privatsphäre hereinstürmende sogenannte „Gäste“, abgrundtief hasst. Die Gäste, die sich vorher anmelden, hasse ich noch mehr, da kann ich nämlich nicht mehr so tun, als wäre ich nicht da.

Umso mehr freue ich mich, dass ich von dieser chronischen Krankheit, genannt „orientalische Gastfreundschaft“, endlich völlig geheilt worden bin.

Ich kann mir im Nachhinein nicht mal mehr erklären, weshalb ich all die Jahre irgendwelche als Gäste getarnte Halunken persönlich einladen, geschweige denn sie gemocht haben könnte. Wofür sind diese Schnorrer denn überhaupt gut, dass man sie freiwillig ins Haus lässt?

Essen einem den ganzen Kühlschrank leer, saufen einem eimerweise Tee und Bier weg, stören beim Fernsehen und lassen bis zum Morgengrauen nicht schlafen. Es ist mir richtig schleierhaft, wie ich solche Blutegel jeden Tag ertragen konnte. Ich muss wohl in der Hinsicht stark masochistische Neigungen gehabt haben, die ich nach jahrelanger Intensivbehandlung – dank der tatkräftigen Unterstützung meiner fürsorglichen Nachbarn Oma Fischkopf von oben und Opa Prizibilsky von unten, die jedes Mal lautstark mit der Polizei gedroht haben, wenn ich Gäste hatte –, erfolgreich auskuriiert habe.

Leider wusste ich damals, gefangen in meiner orientalischen Denkweise, ihre große Fürsorge nicht richtig einzuschätzen.

Voller Freude über meine späte Genesung komme ich von der Arbeit strahlend nach Hause und rufe höchst erleichtert:

„Eminanim, dieses blöde Corona hat doch was Gutes gehabt. Wir brauchen nicht mehr das ganze Haus zu verdunkeln und uns im Keller zu verstecken, oder irgendwelche andere Lügen zu erfinden, damit man uns in Ruhe lässt. Dank Corona können uns die Blut-sauger Nedim, Hasan, Ahmet, Ismail und Konsorten und deren Schnorrer-Weiber nicht mehr Tag für Tag belästigen. Selbst die Coronaviren sind mir viel lieber als diese rücksichtslosen Parasiten“, grinse ich wie Honigkuchenpferd und betrete überglücklich das Wohnzimmer.

„Osman, seit heute dürfen in geschlossenen Räumen wieder bis zu zehn Leute zusammenkommen“, stammelt Eminanim mit hochrottem Kopf, umzingelt von viel mehr Rotköpfen, die mich wenig freundlich anglotzen. Als da wären: Nedim, Hasan, Ahmet, Ismail und ihre Schnorrer-Weiber!

Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Zu hören gibt es seine Kolumnen unter https://wortart.lnk.to/Osman_Corona. Sein Longseller ist der Krimi „Tote essen keinen Döner“ (dtv).

Ohne Lappen und Lambo

Niedersachsen arbeitet seit Jahren an einer Strategie gegen sogenannte Clankriminalität. Die neueste Idee: niedrigschwellig eingreifen und Luxuskarren und Führerscheine einkassieren

Von **Nadine Conti**

Nur 0,39 Prozent aller Straftaten seien der Clankriminalität zuzuordnen, also weniger als ein halbes Prozent. „Aber sie ist medial sehr präsent“, sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Lagebildes „Clankriminalität 2020 in Niedersachsen“.

Damit skizziert er schon ein wesentliches Problem dieses Kriminalitätsbereiches. Ein weiteres liegt darin, überhaupt sauber zu definieren, was Clankriminalität ist. Daran arbeitet Niedersachsen schon seit fast acht Jahren. Im vergangenen Jahr präsentierte der Innenminister zum ersten Mal öffentlich ein Lagebild, in diesem Jahr sitzt auch Justizministerin Barbara Havliza (CDU) mit am Tisch, um die Bemühungen der seit einem Jahr bestehenden Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften in Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück und Stade zu präsentieren.

Die aktuelle Definition von Clankriminalität umfasst verschiedene Merkmale: Da ist von einem „überhöhten familiären Ehrbegriff“ die Rede und von einem eigenen Werte- und Normensystem, das über dem Gesetz und über der Verfassung steht; auch von einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft verbunden mit einem ebenso hohen Mobilisierungspotenzial, das oft auch bei nichtigen Anlässen eingesetzt wird, die dann im öffentlichen Raum zu Tumulten

eskalieren. Von innerer Abschottung, einer Ablehnung des Rechtsstaates, einer Parallelgesellschaft und einer Paralleljustiz ist ebenfalls die Rede.

Nun sind dies alles Dinge, die man ohne Weiteres auch Rockergangs unterstellen könnte. Aber natürlich kommt bei den sogenannten Clans ein weiterer Punkt hinzu: „die durch verwandtschaftliche Beziehungen und eine gemeinsame ethnische Herkunft verbundene Gruppe“. Damit ist in der Regel allerdings nicht die russische oder calabresische Mafia gemeint, sondern Großfamilien aus dem Nahen Osten oder den Balkanstaaten.

An dieser sehr speziellen Ethnisierung des Konfliktes hat es

Clankriminalität

1.951 Fälle wurden im Jahr 2020 der Clankriminalität zugeordnet. Vermögenswerte in Höhe von 946.000 Euro wurden vorläufig gesichert.

1.886 Personen wurden als Tatverdächtige oder Beschuldigte erfasst. 85 Prozent waren männlich, mehr als 40 Prozent unter 25 Jahre alt.

71 Prozent der Tatverdächtigen haben die deutsche Staatsangehörigkeit. 76 Prozent von ihnen sind hier geboren.

(Quelle: Innenministerium)

immer wieder Kritik gegeben. Auf die reagiert Boris Pistorius indirekt, wenn er in der Pressekonferenz immer wieder verzichtet, nicht jede Großfamilie sei ein Clan und kriminell, man nehme nicht einfach nur bestimmte Nachnamen ins Visier, sondern versuche sehr genau, Taten den Tätern zuzuordnen und Strukturen im Blick zu behalten.

Gleichzeitig betont er, dass es eben nicht bloß um eine spezielle Spielart der Organisierten Kriminalität gehe. Die effektive Bekämpfung von Clankriminalität erfordere ein sehr viel früheres und niedrigschwelligeres Eingreifen.

So gehen viele der Einsätze, die für öffentliches Aufsehen sorgen, weil sie zu Tumulten und Massenschlägereien auf offener Straße eskalierten, auf simple Ansprachen wegen Ordnungswidrigkeiten oder Verkehrskontrollen zurück. Auch die Bedrohungen gegenüber Polizisten, anderen Staatsbediensteten oder lästigen Nachbarn bewegen sich oft knapp unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit.

Diese öffentlichen Provokationen sind ein wesentlicher Grund für die Gegenoffensive, das machen die drei Herren und eine Dame auf dem Podium immer wieder deutlich. „Wer unsere Gesetze ignoriert, muss mit einer entsprechenden Reaktion rechnen“, sagt Boris Pistorius (SPD). „Sie wollen den Eindruck erwecken, sie stünden über dem Recht. Das gefährdet das Vertrauen der rechtschaf-

fenden Bevölkerung in unseren Rechtsstaat“, sagt Barbara Havliza (CDU). „Bei einigen kriminellen Clanangehörigen ist es wichtig, Stärke zu demonstrieren und unmissverständlich aufzuzeigen, wer das Sagen hat“, sagt Landespolizeipräsident Axel Brockmann.

Für Polizei und Justiz ist das auch deshalb herausfordernd, weil es eine andere Zusammenarbeit und Kooperation erfordert – in einem Rechtssystem, das eigentlich darauf angelegt ist, sich an einzelnen Taten und einzelnen Tätern abzuarbeiten. Intensiviert hat man vor allem die Zusammenarbeit mit den Sozialbehörden, den Ausländerbehörden und dem Zoll.

Eine relativ neue Strategie ist dabei die verstärkte Zusammenarbeit mit Fahrerlaubnisbehörden. Die Einziehung von Vermögenswerten gilt seit ein paar Jahren als Königsweg, um Clans empfindlich zu treffen. Dafür werden eigens geschulte „Financial Intelligence Officer“ eingesetzt.

Dabei fielen den Behörden auch immer wieder Luxuswagen in die Hände, die als Statussymbol eine wesentliche Rolle spielen. Nun will man verstärkt dazu übergehen, Führerscheine zu entziehen. Das geht, wenn die „charakterliche Eignung“ für die Teilnahme am Straßenverkehr nachweislich nicht gegeben ist. Und möglicherweise löst sich mit dem Ende der öffentlichen Protzerei und Poserei ja auch ein Teil der „medialen Präsenz“ des Problems auf.

Medial präsentestes Thema: Die preisgekrönte Serie „4 Blocks“ erzählt Geschichten rund um eine libanesische Familie in Neukölln
Foto: Hand-out/2017 Turner Broadcasting System Europe Limited & Wiedemann & Berg Television GmbH & Co./dpa



nachrichten

Allerletzter Schultag

Der Gong ertönt an 24 Schulen in Niedersachsen vor den Sommerferien zum letzten Mal. Auch mehrere Förderschulen und Grundschulen sind darunter, wie das Regionale Landesamt für Schule und Bildung mitteilte. Rückläufige Schülerzahlen sind nur einer der Gründe für die Schulschließungen. Auch strukturelle und finanzielle Aspekte spielen eine Rolle. Wegen der Weiterentwicklung in der Inklusion schließen immer mehr Förderschulen. Der Landeselternverband kritisierte dies. Schüler würden „aus ihrem Umfeld herausgerissen“, sagte der Vorsitzende Michael Guder. (dpa)

Heuler zurück im Meer

Die Seehundstation Friedrichskoog (Kreis Dithmarschen) hat am Dienstag den ersten Heuler der Saison ausgewildert. „Lønne“ ist in einer

großen Transportkiste an den Speicherkoog gebracht worden, wie Stationstierärztin Ulrike Meinfelder sagte. Dort sei er im nächsten tiefen Priel abgetaucht. „Lønne“ wurde am 11. Mai mit nur 8,6 Kilogramm auf Sylt gefunden. Nun wiegt das Tier 25,4 Kilogramm. (dpa)

Peta gegen Warane

Nach dem tagelangen Verschwinden eines Nilwaran-Weibchens im Bremerhavener Klimahaus fordert die Tierrechtsorganisation Peta die Betreiber auf, Tierhaltung komplett einzustellen. Aufklärung über den Klimawandel sei durchaus ein wichtiges Anliegen, teilte Peta mit, „doch Reptilien und andere Tiere fernab ihrer natürlichen Heimat einzusperren und als lebende Kulisse auszustellen, um auf ein Umweltproblem aufmerksam zu machen, ist ein Widerspruch in sich“. (epd)

Zur Schlachtung geschleppt

Wegen Tierquälerei in einem Schlachthof in Bad Iburg erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Betreiber und Angestellte. Zwei Tierärzte müssen sich verantworten, weil sie nicht eingeschritten sind

Im Zuge der Ermittlungen wegen Tierquälerei in einem Schlachthof in Bad Iburg bei Osnabrück hat die Staatsanwaltschaft Oldenburg Anklage gegen die damaligen Betreiber und Angestellte erhoben. Insgesamt sollen sich sechs Angeklagte vor dem Amtsgericht Bad Iburg verantworten. In Oldenburg sitzt die zuständige Staatsanwaltschaft für Landwirtschaftsstrafsachen. Zuvor hatte die *Neue Osnabrücker Zeitung* darüber berichtet.

Die Beschuldigten sollen Rinder, die nicht mehr selbstständig laufen konnten, von Anhängern per Seilwinde in den Schlachthof gezogen haben. Die Tiere hätten damit erhebliches Leid und Schmerz erlitten. Dem Gesetz nach hätten die Schlachthofmitarbeiter und die Transporteure dafür sorgen

müssen, dass die Tiere noch auf dem Transportwagen mit einem Bolzenschuss betäubt und anschließend umgehend mit einem scharfen Messerschnitt getötet werden.

Dem ehemaligen Betreiber des Betriebes wirft die Staatsanwaltschaft darüber hinaus vor, tot angelieferte Tiere nicht entsorgt, sondern zerlegt und das Fleisch dann verkauft zu haben. Dabei sollen ihm zwei Angeschuldigte geholfen haben.

Strafbefehl gegen Veterinäre

Gegen zwei vom Landkreis Osnabrück amtlich bestellte Tierärzte hat die Staatsanwaltschaft jeweils einen Strafbefehl beim Amtsgericht Bad Iburg beantragt. Sie sollen Straftaten nach dem Tierschutzgesetz und der

Hygiene-Verordnung bei tierischen Lebensmitteln begangen haben. Die Veterinäre seien nicht gegen die Tierschutz-Verstöße auf dem Schlachthof eingeschritten, obwohl sie davon Kenntnis hatten, wirft ihnen die Staatsanwaltschaft vor.

Die Anklage liegt beim Amtsgericht Bad Iburg. Hier muss nun über die Zulassung und mögliche Eröffnung des Verfahrens entschieden werden. Das Amtsgericht verurteilte in den vergangenen Monaten bereits Landwirte und Viehtransporteure, die Tiere an diesen Schlachthof geliefert hatten. Die Ermittlungen ausgelöst hatten heimlich gedrehte Videoaufzeichnungen eines Tierrechtsvereins. Der Schlachthof wurde kurz darauf geschlossen. (dpa)



Historisches Flair für Gegenwartskunst: Der Kunstverein Göttingen verfügt über einen aparten Gewölbekeller
Foto: Bettina Maria Brosowsky

Ein Kunstblümchen im Keller

Im Verein ist Kunst am schönsten (1): Zu Recht zählen die Kunstvereine seit 2021 zum immateriellen Weltkulturerbe. Ihre Erkundungs- und Vermittlungsarbeit macht Gegenwartskunst für jeden erfahrbar – noch bevor sie im Museum einstaubt. Und jeder hat seine ganz eigene Geschichte. Die taz erkundet ihren Beitrag zum norddeutschen Kulturleben in Porträts. Diesmal: Göttingen

Von **Bettina Maria Brosowsky**

Deutschlands über 300 Kunstvereine zählen zum immateriellem Unesco-Kulturerbe der Republik. Das hatte die Kultusministerkonferenz am 19. März beschlossen. Dieses Kulturinstitutionen-Netzwerk mit 120.000 Mitgliedern ist ein Charakteristikum des deutschsprachigen Raumes, es gibt sie auch in Österreich und der Schweiz sowie in Norditalien. Die ersten und heute traditionsreichsten aber wurden zwischen 1800 und 1840 von wohlhabenden Bürgern sowie Künstlern gegründet, wie in Hamburg 1817 und in Bremen fünf Jahre später. Mitglieder waren damals wohl ausschließlich Männer. In vielen Ländern war, wie in Braunschweig, Frauen damals jede Vereinszugehörigkeit gesetzlich untersagt.

Die Förderung der zeitgenössischen Kunstproduktion, auch die Vermittlung von Verkäufen war die Idee der Initiatoren. Zumal nach 1990 kam es zu einer Reihe von Neugründungen auf dem Gebiet der früheren DDR – der in Schwerin ist dafür ein gutes Beispiel. Aber auch aktuell formieren sich beständig weitere Kunstvereine, häufig als systemkritische Alternative gerade dort, wo die traditionellen Kunstvereine sich als Institutionen etabliert und vor kanonisch ungesicherten Positionen der Gegenwartskunst zurückschrecken. Als übergeordneter Fachverband der im deutschsprachigen Raum ansässigen nichtkommerziellen Kunstvereine versteht sich seit 1980 die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine (ADKV).

Die Förderung verteilen die Länderministerien, beraten jeweils durch Fachkommissionen: In Niedersachsen zum Beispiel überweist das Kulturministerium an derzeit 25 Kunstvereine institutionelle Förderung fürs Jahresprogramm, weil sie eine herausragende Rolle bei der Präsentation und Vermittlung zeitgenössischer Kunst spielen, wie es dazu aus Hannover heißt. Gezeigt werden internationale Positionen auf Augenhöhe mit den Museen in

staatlicher Trägerschaft. Zudem sorgen sie für Vernetzung der lokalen Szenen und sie entwickeln ein breites Angebot im Bereich kultureller Bildung. Qualitätskriterien sind eine überregionale Bedeutung des Programms, die qualifizierte Vermittlung und die Förderung des künstlerischen Nachwuchses.

„Mit ihren innovativen Ausstellungs- und Vermittlungsprogrammen fördern Kunstvereine das Verständnis für aktuelle Themen und Ausdrucksformen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Innovationsfähigkeit Niedersachsens“, so Kulturminister Björn Thümler (CDU). „Besonders in der Pandemie zeigen die Kunstvereine in Niedersachsen, dass sie alternative digitale und analoge Vermittlungsstrategien mit großem Erfolg entwickeln und umsetzen.“

Die Serie „Im Verein ist Kunst am schönsten“ stellt in loser Folge norddeutsche Kunstvereine vor: Ihre Geschichten, ihre Räume, ihre aktuelle Arbeit und wie sie der Pandemie trotzen.

Wo Goethe und Lichtenberg zechnen

Als Anfang des Jahres das neue Kunsthhaus in Göttingen, initiiert vom Verleger aufwändigen Kunst- und Fotografiebände, Gerhard Steidl, seine Eröffnung zum Frühjahr ankündigte, schickten einige größere Medien schon mal vorab jemanden hin. Ein Redakteur der *Zeit* speiste bei Steidl, die Textchefin des Kunstmagazins *Art* ließ sich über Stunden von ihm durch seine Verlags- und Druckereiräume und das zukünftige Kunstquartier führen. Tenor dieser Berichterstattungen: Endlich bekommt Göttingen einen Ort, an dem zeitgenössische Kunst gezeigt wird.

Solch Ignoranz ist natürlich bitter für eine lokale Institution, die sich seit ihrer Gründung 1968 nämlich genau damit, der Präsentation und Vermittlung aktueller Kunst, intensiv befasst. Und das ist der Kunstverein Göttingen fraglos. Sicherlich, mit rund 200 Mitgliedern zählt er nicht zu den ganz großen

im Norden, und andere kleinere Kunstvereine wie in Wolfsburg oder auch Langenhagen vermögen aus ihrem Standortvorteil neben überregional wahrgenommenen Museen vielleicht gewisse Strahlkraft fürs eigene Profil zu gewinnen. Auch sind die Ausstellungsräume im ersten Obergeschoss des Künstlerhauses im Lichtenberghaus, so die offizielle Bezeichnung der Adresse, nicht übermäßig originell. Dafür atmet das Domizil, ein barocker Wohn- und Kontorbau aus Fachwerk direkt in der Innenstadt, den Geist des genialen Göttinger Satirikers und Aufklärungsdenkers Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799), der seinen Zeitgenoss*innen freilich als Naturwissenschaftler galt: Der Sauerstoffflieger war als Professor für Mathematik und Experimentalphysik an der örtlichen Uni tätig – und europaweit anerkannt. Hier jedenfalls hatte er ab 1775 bis zu seinem Tod gelebt, seine Apparaturen betrieben, Studenten unterrichtet.

Im Gewölbekeller des Hauses, mit eigenem, wahrscheinlich mittelalterlichem Brunnen, sollen Lichtenberg und seine Gästen gezecht haben – darunter wohl auch Goethe. So gibt es Helmut Wenzel zum Besten, seit 1983 Geschäftsführer des Kunstvereins. Dieses Raumkuriosum steht ebenfalls für Ausstellungen und Veranstaltungen zur Verfügung, als zweites Standbein kommt noch eine große Fläche im historischen Rathaus am Göttinger Marktplatz hinzu.

Der Kunstverein und seine Programmgestaltung interagieren mit ihrem Standort, eine mittelgroße Stadt von etwa 120.000 Einwohnern, die geprägt ist durch die rund 30.000 Studierenden der Georg August-Uni, allerdings an eher bedingt kunstaffinen Fakultäten wie Medizin, Natur-, Rechts- oder Geisteswissenschaften. Die Vizepräsidentin der Alma mater gehört zum Vorstand des Kunstvereins. Auch zyklische Kooperationen mit ihren Instituten und externen Forschungseinrichtungen ermöglichen interdisziplinäre

Programme. Ein dreisemestriges Projekt mit 17 Studierenden des Instituts für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie ging 2013 erstmals den ausgeblendeten Geschichten der Migration in Göttingen nach. Die Ausstellung „Movements of Migration“ machte sie künstlerisch visuell erfahrbar.

Eine andere Kooperation untersuchte 2014 „Dynamiken der Religion in Südostasien“, und bereits 2011 galt „India is now ...“ der in die internationale Wahrnehmung drängenden Kunst des Subkontinents. Jenseits streng geografischer Rückbindung wurde sie auch durch Künstler:innen repräsentiert, die außerhalb Indiens leben.

Auf freiberuflicher Basis kuratiert

Neben solchen Themen- und Gruppenausstellungen pflegt der Kunstverein die ganz klassische Einzelpräsentation, vornehmlich jüngerer Künstler:innen – so wie es die ungeschriebenen Gesetze für Kunstvereine als aktive Förderung professioneller Werdegänge verlangen. Prominent, international und medienübergreifend besetzt liest sich die entsprechende Liste: 1995, fünf Jahre nach der Wiedervereinigung, zeigten die Brüder Carsten und Olaf Nicolai aus der ehemaligen DDR ihre gemeinsame Ausstellung „Die Neuaufteilung der Welt“.

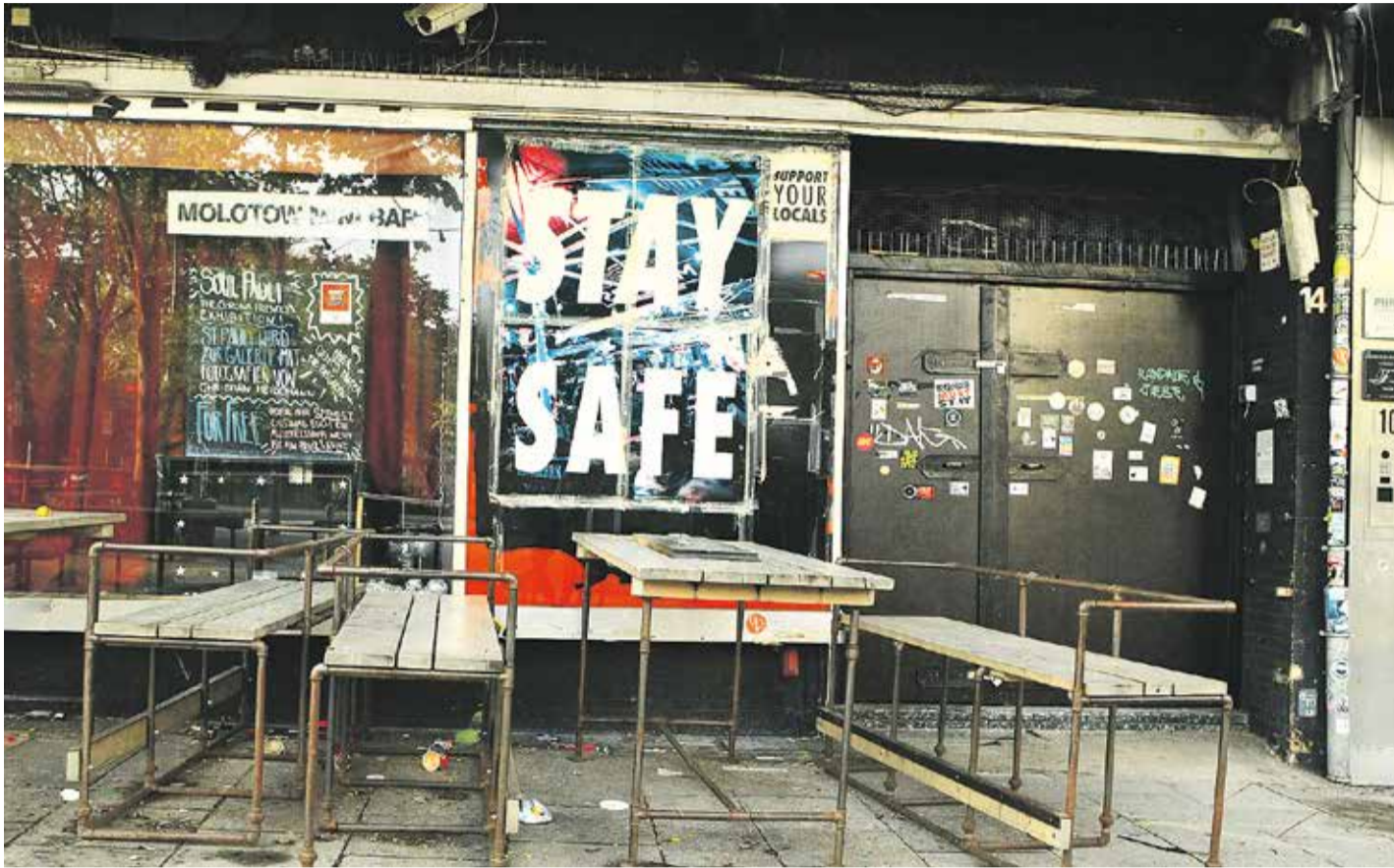
Der Titel klingt nachgerade prophetisch, denn beide starteten in steile, internationale Karrieren. Olaf, promovierter Germanist, wurde zum konzeptionellen Spezialisten für historische und politische Fragestellungen, wie etwa in dem 2014 eingeweihten Betonmonument zum Gedenken der Verfolgten der NS-Militärjustiz am Wiener Ballhausplatz unter Beweis gestellt. Carsten, studierter Landschaftsarchitekt, macht elektronische Musik, Klangkunst und Medieninstallationen. Beide waren mehrmals auf der Biennale in Venedig vertreten. Dem norwegischen Maler und Bildhauer Olav Christopher

Jenssen widmete sich 2000 eine erste Einzelschau. Seit 2007 ist er Professor an der Kunsthochschule Braunschweig. Oder 2015 Julius von Bismarck: Seine künstlerische Forschung befasst sich Naturgewalten wie Orkanen, Sturmfluten oder Waldbränden sowie deren politischer Dimension, im Jahr 2018 erhielt er den Kunstpreis der Stadt Wolfsburg.

Vielen Künstler:innen haben die Göttinger ihre erste institutionelle Einzelausstellung ausgerichtet. 2019 nutzte der aus Göttingen gebürtige Fotokünstler Samuel Henne die Gelegenheit, um gleich die ganzen Räume des Kunstvereins in eine intensivfarbige Gesamtinstallation zu verwandeln. Wenn möglich, werden die Ausstellungen durch Künstlerbücher oder Kataloge begleitet und dokumentiert – „aus renommierten Verlagen“, scherzt Geschäftsführer Wenzel mit Blick auf den örtlichen Zampano. Dazu kommt noch die Vermittlung, etwa als Workshops mit den ausstellenden Künstler:innen, und, seit 1988, eine ehrenamtlich betriebene Artothek zum temporären Verleih zeitgenössischer Kunst.

Etwas ungewöhnlich mag die Personalkonstellation anmuten. Herrscht in den meisten Kunstvereinen die Personalunion von Geschäftsführung und künstlerischer Leitung, so ist sie in Göttingen durch zwei Personen vertreten. Seit diesem Jahr wird das Jahresprogramm – Voraussetzung für die Förderung durch das Niedersächsische Wissenschaftsministerium – vom Berliner Kunsthistoriker Vincent Schier auf freiberuflicher Basis kuratiert. Unter dem Titel „Body[Space]Time“ gehen fünf Eigenproduktionen dem Verhältnis des Menschen zu seiner Umgebung nach, das sich aufgrund pandemiebedingter Schließungen öffentlicher Orte, Hygiene- und Abstandsregeln in den letzten Monaten ebenso grundlegend wie wohl auch lang nachwirkend verändert hat.

<https://www.kunstverein-goettingen.de>



Selbst wenn die Veranstaltungen des Molotow draußen stattfinden, eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nie
Foto: Hanno Bode/Imago

Kiez in Katerstimmung

Auf einem Open-Air-Konzert im „Molotow“ wurde eine Person nachträglich positiv auf das Coronavirus getestet. Der Club äußert sich nun zu dem Vorfall

Von Arne Matzanke

Eigentlich hat das Molotow alles richtig gemacht. Eigentlich. Auf der kleinen Bühne im offenen Hinterhof des Clubs, der im Zuge des Abrisses der Essohäuser temporär umziehen musste, spielten mit Grundeis und Liiek am vergangenen Donnerstag zwei Künstler:innengruppen aus der Post-Punk-Szene. Ungefähr 100 Menschen saßen an den Klapptischen im Hinterhof, um im ungewohnten Gefühl von Livemusik zu schwelgen. Sie kamen getestet, mit Maske und mussten das Abstandsgesetz an ihren Sitzplätzen einhalten – doch wie der NDR berichtet, wurde nachträglich eine Person positiv auf das Coronavirus getestet. Nun müssen alle Gäste in Quarantäne.

In einer Pressemitteilung bedauert das Molotow die Situation und wünscht, dass es der erkrankten Person „den Umständen entsprechend gut geht“. Allerdings sei trotz strenger Hygieneregeln, die regelmäßig durch die Polizei und das Ordnungsamt kontrolliert würden,

ein minimales Ansteckungsrisiko nicht zu verhindern: „Ein zu einhundert Prozent sicheres Kulturerlebnis ist nicht möglich“, schreibt der Club.

Nach über 100 Open-Air-Veranstaltungen sei es nun zum ersten Mal zu einem solchen Vorfall gekommen. Alle Personen, die sich an jenem Abend im Molotow befunden haben, sollten sich proaktiv beim Gesundheitsamt melden.

Psssst, die Nachbar:innen!

Thore Debor, Geschäftsführer des Clubkombinats, das sich für die Interessen der Hamburger Veranstaltungsbranche einsetzt, möchte sich nicht zu dem Vorfall im Molotow äußern. Allerdings sei es für ihn ein Anlass, nun Gespräche mit der Stadt zu führen, denn viele Veranstalter:innen hätten gar nicht die Möglichkeiten des Molotows – und Partys in Innenräumen sind derzeit verboten: „Viele Clubs besitzen keine Außenflächen. Unter den aktuellen Auflagen gibt es wenig Möglichkeiten, überhaupt ein Angebot zu machen.“ Dabei seien Sitzkon-

zerte weniger das Problem als Tanzveranstaltungen. Die nämlich müssen bereits um 22 Uhr enden – wegen der Nachtruhe. In der Nähe von Wohnbebauung gilt dann eine Grenze von 40 Dezibel. „Diese Restriktionen gehen an der Realität der Veranstaltungsbranche vorbei“, sagt Debor. Insbesondere der Lärmschutz sei auf öffentlichen Flächen fast nicht einzuhalten.

Das Bezirksamt Altona bot bereits Ende Juni solche Flächen aktiv über Soziale Medien an. Wie die *Hamburger Morgenpost* berichtet, habe sich jedoch nach zwei Wochen lediglich eine einzige Veranstaltung realisieren lassen – nicht nur in Altona, sondern in ganz Hamburg.

Der Senat gibt sich bisher zögerlich, wenn es um einen Plan für die Öffnung der Innenräume von Clubs und Tanzlokalen geht. „Gegenwärtig beobachten wir in Hamburg leider ein moderat steigendes Infektionsgeschehen, sagt Martin Helfrich, der Sprecher der Sozialbehörde. „Dieses Umfeld ist keines, das größere Öffnungsschritte ermöglicht.“

Ganz anders sieht es bei Sportveranstaltungen aus. Bereits seit letztem Jahr wird wieder Fußball gespielt. Der Hamburger SV trifft nun im Eröffnungsspiel der zweiten Liga auf den SV Schalke 04. Anfang der Woche meldete das Team aus Gelsenkirchen, dass sich ihr Torhüter mit dem Coronavirus angesteckt haben soll. Das Spiel vor 20.000 Zuschauenden soll trotzdem stattfinden.

Der Punk der Coronazeit

Die Band Grundeis, die am vergangenen Donnerstag im Molotow spielte, teilte auf ihrem Instagramkanal die Mitteilung des Molotows mit ihren Follower:innen. Die Tests der Mitglieder seien allesamt negativ gewesen, sie befänden sich aber in Quarantäne. Unterlegt ist das Posting mit dem Lied „Isolation“ von Joy Division.

Ian Curtis besingt dabei die Zwiespältigkeit zwischen der Freude unter Menschen zu sein und der sozialen Beklemmung, die sich währenddessen ausbreitet. Das ist wohl der Punk der Coronazeit.

corona in hamburg

„Vertrauen intelligent einsetzen“

Interview Pascal Luh

taz: Herr Meyer, haben Sie schon mal an etwas geglaubt, was sich später als Mythos herausgestellt hat?

Marco Meyer: Ja, ich war mit 14 Trotzkitist. Ich war in einer so richtigen trotzkitistischen Sekte und vollkommen vernagelt, total abgeschottet von Argumenten anderer. Ich kann mich da gut einfühlen. Wenn jemand irgendetwas anzubieten hatte, was nicht in mein Weltbild gepasst hatte, habe ich das ignoriert.

Welche Eigenschaften machen einen für Verschwörungsglaube anfällig?

Wir haben vor allem zwei Eigenschaften identifiziert: Gleichgültigkeit gegenüber Fakten, also das sind Leute, die sagen: Eigentlich interessiert mich nicht so richtig, warum die Sachen sind, wie sie sind. Auf der anderen Seite gibt es eine gewisse Rigidität oder eine Starrheit, was die eigenen Überzeugungen angeht. Also ich hab mich mal von irgendwas überzeugt und da bleibe ich jetzt dabei. Und wenn Fakten auftauchen, die nicht dazu passen, versuche ich, die wegzu erklären, loszuwerden, zu ignorieren oder zu leugnen.

Wie schützt man sich vor Falschmeldungen?

Da gibt es drei Sachen, die wichtig sind. Das Erste ist, sich so oft wie möglich zu fragen: Warum? Die Sachen nicht einfach hinzunehmen, sondern sich zu fragen: Ist das plausibel? Also die Gegenprobe anzustellen. Wenn ich irgendwo online etwas lese, was ich interessant finde, erst mal gucken: Gibt es das noch woanders? Ist das nur eine Online-Quelle, wo ich keinen Autor erkennen kann? Dann sollte ich skeptisch werden. Das Dritte ist, sich immer wieder zu fragen: Könnte es nicht sein, dass ich falsch liege? In dem Moment, in dem man sich einmal diese Frage gestellt hat, ist man offen dafür, auch seine Haltung zu verändern.

Heißt denn, skeptisch zu sein, auch, mehr Misstrauen zu haben?

Alles, was wir wissen, wissen wir, weil wir anderen vertrauen. Wir sind abhängig von anderen Menschen, wenn wir irgendwas wissen wollen. Die Frage ist: Wie können wir unser Vertrauen intelligent einsetzen, wie können wir besonders gut unterscheiden zwischen Quellen und Personen, die vertrauenswürdig sind und solchen, die es nicht sind? Auch Institutionen spielen dabei eine Rolle. Es ist wichtig, dass Institutionen sich vertrauenswürdig verhalten und ihr Vertrauen niemals enttäuschen. Das ist nicht in jedem Fall gut gelaufen in der Coronakrise.



Foto: privat

Marco Meyer 35, ist Philosoph an der Uni Hamburg und forscht unter anderem zur Angewandten Erkenntnistheorie und „Digital Humanities“.

nachrichten

Transparenzgesetz wirkt

Hamburg belegt laut einem Ranking der gemeinnützigen Organisationen Open Knowledge Foundation und Mehr Demokratie in Sachen Transparenz Platz eins unter den Bundesländern. So mache die Verwaltung in der Hansestadt amtliche Informationen von sich aus öffentlich und kostenlos zugänglich, teilte der schleswig-holsteinische Landesverband von Mehr Demokratie mit. Hamburg hatte nach einer erfolgreichen Volksinitiative 2012 als erstes Bundesland ein Transparenzgesetz verabschiedet. (dpa)

Reisende bringen Corona

Reiserückkehrer machen derzeit in Hamburg rund ein Viertel der Corona-Neuinfektionen aus. So sei in der vergangenen Woche in 69 Fällen ein Infektionsort im Ausland angegeben worden, teilte die Gesundheitsbehörde am Dienstag mit. Davon seien allein 34 Infektionen auf einen Aufent-

halt in Spanien zurückzuführen. Dabei gehe es nur um die unmittelbaren Infektionen im Urlaubsland, sagte ein Behördensprecher. Die Zahl der mittelbar durch Reiserückkehrer in Hamburg infizierten dürfte entsprechend höher liegen. (dpa)

Drogen in Knast gebracht

Im Zusammenhang mit einem Drogenschmuggel in die Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen eine frühere Justizangestellte erhoben. Die Vorwürfe gegen die 37-jährige lauteten Bestechlichkeit in einem besonders schweren Fall und bandenmäßiges Handeln mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge, teilte eine Sprecherin der Anklagebehörde am Dienstag mit. Die Justizangestellte war Anfang Juni vergangenen Jahres dabei erwischt worden, als sie in einem Rucksack ein Paket in das Gefängnis bringen wollte. (dpa)

Ver.di warnt vor Reedervormacht

Der chinesische Terminalbetreiber Cosco will im Hafen einsteigen. Ver.di sieht Arbeitsplätze in Gefahr

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di sperrt sich gegen einen Einstieg des chinesischen Terminalbetreibers Cosco Shipping Ports beim Hamburger Containerterminal Tollerort (CTT). Aus Sicht von Ver.di wäre dies „ein weiterer Schritt in Richtung Abschaffung des Landlord-Prinzips im Hamburger Hafen“, heißt es in einer Mitteilung der Gewerkschaft vom Dienstag in Hamburg. Gemeint ist damit die Arbeitsteilung zwischen öffentlich-rechtlicher Hafenverwaltung als Eigentümer der Hafenterrassen und der privaten Bewirtschaftung zum Beispiel beim Güterumschlag.

„Mögliche Probleme resultieren dabei nicht in erster Li-

nie aus der Nationalität des Kapitalgebers. Vielmehr stärkt ein solcher Schritt den Einfluss der Reeder auf die lokalen Logistikbedingungen“, kritisiert die Gewerkschaft. Dies führe dazu, „dass die Wettbewerbsbedingungen in der Schifffahrt und im Umschlag zunehmend von einer kleinen, weltweit agierenden Gruppe von Reedern bestimmt werden“ – mit Folgen für die Arbeitsbedingungen auf Schiffen und in Häfen.

Soziale Hafententwicklung

Ver.di reagierte auf positive Äußerungen des Hamburger Bürgermeisters Peter Tschentscher zu den Anfang Juni bekannt gewordenen Beratungen zwi-

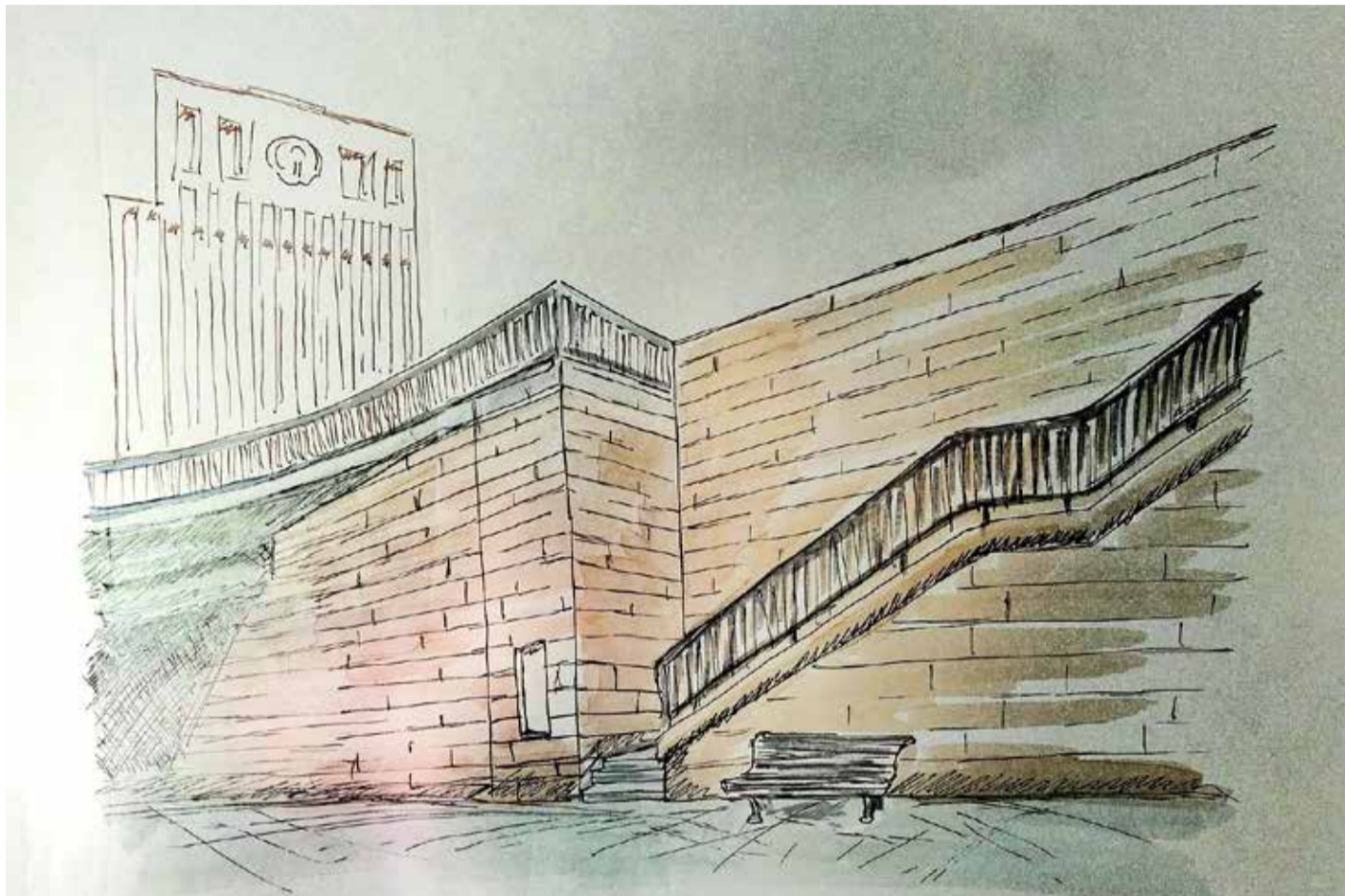
schen Cosco und dem Logistikkonzern HHLA als Betreiber des Terminals Tollerort. „Es gibt dazu keine politischen Vorgaben, aber was unternehmerisch sinnvoll ist, muss auch praktisch möglich sein und gemacht werden“, hatte der SPD-Politiker der dpa gesagt. Hamburg müsse bei der Wettbewerbsfähigkeit der nordeuropäischen Seehäfen auf der Höhe der Zeit bleiben.

China ist für den drittgrößten europäischen Seehafen als mit Abstand wichtigster Handelspartner Hamburgs eminent wichtig. Schiffe der Reederei Cosco Shipping laufen bereits seit fast 40 Jahren an HHLA-Terminal Tollerort an. „Es hat gute Gründe, weswegen Cosco

und andere Reedereien Inter-esse haben an einer Terminalbeteiligung“, sagte Tschentscher und verwies darauf, dass Reedereien und Terminals in fast allen Häfen zusammengingen.

„Für Ver.di ist die Vormacht der überdies bereits übermäßig subventionierten Reeder bedenklich“, sagte der Fachbereichsleiter Verkehr der Gewerkschaft, Natale Fontana. „Die Arbeitsplätze am und durch den Hamburger Hafen stehen für uns im Vordergrund.“ Die Gewerkschaft fordert einen „sozial gerechten Hafententwicklungsplan, der die Zukunft der Beschäftigten sichert und ökologische Forderungen einbezieht“. (dpa)

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Zustellung Tel. 030-25 902 123



Eingebettet in die Treppennische an der Kaisen-Brücke: das „Arisierungs“-Mahnmal Skizze: Evin Oettingshausen

Mahnmal, und zwar richtig

Der Beirat Mitte macht den Weg frei für eine adäquate Umsetzung des „Arisierungs“-Mahnmals – am Tiefer, dort, wo Künstlerin und jüdische Gemeinde den richtigen Ort sehen

Von **Henning Bleyl**

Das Bremer „Arisierungs“-Mahnmal soll am Tiefer gebaut werden. Das hat der Bauausschuss des Beirats Mitte in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossen. Da der Beschluss einstimmig erfolgte (bei einer Enthaltung von der FDP), ist er für den Gesamtbeirat bindend – dem laut Ortsgesetz wiederum die Standortwahl für Kunstwerke im öffentlichen Raum zusteht.

Weniger förmlich ausgedrückt: Die entscheidende Voraussetzung für eine adäquate Verwirklichung des seit 2016 geplanten Erinnerungsortes ist nun geschaffen. Er soll die komplette Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung Europas thematisieren, an der Bremen als Hafen- und Logistikstadt besonderen Anteil hatte.

Grundlage für den Beschluss ist ein vom Kulturreisort beauftragtes Gutachten. Es vergleicht den Standort am Tiefer (zwischen Kaisen-Brücke und Weserarkaden) mit den bisherigen Plänen, das Mahnmal an der Schlachte zu bauen. Als Ergebnis einer langen, nächtlichen Koalitionssitzung der damaligen Regierung Sieling sollte es dort mitten in die Sitzstufen gebaut werden.

Der Beirat hat sich nun für die unauffälligere, aber – und deswegen! – ästhetisch viel besser funktionierende Variante entschieden. Denn während an der Schlachte umfangreich umgebaut werden müsste, kann am Tiefer eine breite, vor der Hochwasserschutzwand gelegene Treppen-Nische genutzt werden.

Das Konzept „Leerstellen und Geschichtslücken“ von Evin Oettingshausen, das die externe Fachjury eines Ideenwettbewerbs der taz 2016 als besten Entwurf auswählte, bezieht seine Eindringlichkeit aus seiner „Introvertiertheit“: Aus der Ferne gar nicht wahrnehmbar, gräbt

es sich mit zwei rechtwinkligen Sichtachsen in den Boden. Wer, oben am Tiefer, über eine ebenerdige Glasplatte „stolpert“, nimmt zunächst nur einen tiefen, leeren Schacht wahr – als Ausdruck einer Geschichtslücke, im Sinne stets verdrängter „Arisierungs“-Gewinne.

Wer oben also in die Lücke, den „Vergessens-Schacht“ guckt, sieht unten seitliches Licht einfallen. Und wer daraufhin die Treppen nach unten geht, zur Uferpromenade, sieht wiederum einen leeren Raum. An dessen Wänden sind jedoch die Schattenrisse von Möbeln und anderen geraubten Einrichtungen zu ahnen: Ein Sinnbild für die Auslöschung der Lebensräume und -spuren der Deportierten, zugleich ein Verweis auf die Totalität der „Verwertung“ ihres Eigentums, das restlos in den Besitz nicht-jüdischer Deutscher überging – und dort noch immer als

meist unhinterfragte „Erbmasse“ existiert.

Dieter Graumann setzte sich in seiner Zeit als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland wiederholt dafür ein, den Holocaust auch als „größten Raubmord der Geschichte zu begreifen“. Wie stark die unzähligen Komplizenschaft und Zustimmung zum NS-Regime beitrugen, rückt nun auch vermehrt in den Fokus der Geschichtswissenschaft.

Das ästhetische Konzept des Mahnmals, sein sinnliches Funktionieren, basiert technisch auf einer ausreichenden Geländehöhe, auf dem Nutzen der Uferkante. An der Schlachte wären 3,15 Meter herstellbar, am Tiefer ist die doppelte Höhe bereits vorhanden. Ebenso wichtig wie die deutlich höhere Wirksamkeit des Mahnmals sind die Einwände der jüdischen Gemeinde gegen den Schlachte-Standort: Wegen des

dortigen Trubels, der Märkte und vor allem auch der erwartbaren breiten Verärgerung, wenn ein erheblicher Teil der beliebten Stufen umgebaut würde.

Aus diesen Gründen hatten sich die Gemeinde und Evin Oettingshausen gemeinsam mit dem Autor vor gut zwei Jahren öffentlich für eine Prüfung des Tiefer-Standorts ausgesprochen, nachdem wiederholte interne Hinweise auf die großen Qualitätsunterschiede keine ausreichende Resonanz fanden. Hintergrund war die politisch hochkomplizierte Kompromissfindung, die zur Entscheidung pro Schlachte geführt hatte. Diesen anstrengenden Entscheidungsprozess nochmal zu starten, und damit das Gesamtprojekt möglicherweise wieder infrage zu stellen, mochte sich zunächst kaum jemand vorstellen. Umso begrüßenswerter ist es, dass es nun doch möglich war.

Bereits in der letzten Sitzung der Kultur-Deputation zeichnete sich, auch seitens der Opposition, breite Zustimmung für den Tiefer ab. Bürgermeister Andreas Bovenschulte fasste (als Kultursenator sprechend) seine Einschätzung so zusammen: „Künstlerisch überzeugender, aus Sicht der jüdischen Gemeinde geeigneter, und auch noch günstiger“. Das beauftragte Architektur- und Ingenieurbüro Kreikenbaum + Heinemann beziffert die Netto-Baukosten für die Schlachte mit 590.000 Euro (wozu die Verlegung einer Toilettenanlage zu addieren wäre), für den Tiefer nur mit 440.000 Euro. Nun also müssen die nächsten Umsetzungsschritte in Angriff genommen werden.

Transparenz-Hinweis: Der Autor initiierte 2015 als taz-Kulturredakteur das „Arisierungs“-Mahnmal, für dessen Realisierung er sich seither engagiert

das sonntagsöffnung-sucht-schuldigen-wetter

Fünfmal in diesem Jahr sollen Verkäufer*innen am Sonntag aus dem Bett an die Kassen geschleucht werden; das hat der Senat gestern beschlossen. Als Vorwand dient auch die Sommerwiese – infam: Sie ist eigentlich nur für den Konsum von Mandeln verantwortlich. Vorfreude bei kirmestauglichen 22 Grad

nachrichten

Verwaltung ist relativ transparent

In Bremen steht es recht gut um die Informationsrechte der Bürger*innen: Im aktuellen Transparenz-Ranking von Mehr Demokratie und der Open Knowledge Foundation belegt das Bundesland den dritten Platz. Nirgendwo hat die Verwaltung mehr Auskunftspflichten als hierzulande. Die Informationsrechte der Bürger*innen sind in Hamburg und Schleswig-Holstein aber noch etwas besser. (taz)

Erste Senatorin nicht vergessen

Eine Gedenktafel auf dem Osterholzer Friedhof erinnert wieder an Käthe Popall (1907-1984). Als Gesundheitsministerin von 1946 bis 1948 war die Kommunistin die erste Frau in einem Bremer Senat. Eine frühere Gedenktafel auf dem Friedhof war entfernt worden, als das Urnengrab von Popall 2004 aufgehoben wurde. Auf Initiative der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gibt es nun wieder ein Hinweisschild. (taz)

heute in bremen

„Dann wird das Parlament gelöst“

Interview **Jasmin Koepper**

Rap-Oper in drei Akten
„Demarchie“, Premiere, unperform Eigenproduktion, 20.30 Uhr, Schlachthof. Tickets: bremiale-festival.de.

taz: Herr Gerhards, wie passen Oper und Rap zusammen?

Tim Gerhards: Wir haben es zusammenpassend gemacht. Die Oper ist der Handlungsrahmen. Alle Textpassagen sind gereimt, aber werden nicht gesungen, sondern von den drei Darstellenden gerappt.

Das Stück heißt Demarchie – was ist das?

Demarchie ist eine demokratische Regierungsform. Auf kommunaler Ebene gibt es das zum Teil und auch die Griechen haben das schon ausprobiert. Menschen im Parlament und Amtsträger:innen werden nicht durch Wahlen, sondern durch das Losverfahren bestimmt. Menschen, die im Umkreis des Ortes wohnen, kommen in den Lostopf und dann wird das Parlament gelöst.

Warum könnte man das wollen?

In unserer Geschichte funktioniert es so, dass es einen fiktiven Staat gibt, in dem Monarchie herrscht. Als die Tochter Thronfolgerin werden soll, denkt sie, dass sie das nicht kann und entscheidet sich, die Demarchie einzuführen. Interessant daran ist, dass sich Menschen dann mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen, auch wenn sie das sonst nicht gerne tun. Das stärkt die generelle politische Bildung von allen und könnte sich eindämmend auf Rechtsextremismus auswirken, wenn es weniger Politikverdrossenheit und Unverständnis gäbe. Menschen, die gerne viel Macht wollen, kommen nicht automatisch an die Macht. Und manche Menschen, die sonst nicht viel mit Politik zu tun haben, merken vielleicht, dass das doch ganz cool ist.

Würden Sie gerne in einer Demarchie leben?

Ich weiß es nicht. Es ist ja eine Utopie. Dafür spricht aus statistischer Sicht automatisch ein ausgeglichenes Parlament. Wenn verschiedenste Menschen zusammensitzen, das ist das Optimum. Auf der anderen Seite fehlt bei den Menschen politischer Sachverstand und die Erfahrung von Arbeit im Parlament. Für mich ist es keine Frage von ja oder nein, sondern eine Frage des „Wie“.

Wie ist die Idee für das Stück entstanden?

Zuerst kam die Idee, eine Rapgruppe zu machen. Dann haben wir geschaut, worum kann es inhaltlich gehen. Unser Ziel war es, etwas zu schreiben, was Menschen zum Nachdenken und Reflektieren des eigenen Handelns anregt.

Wer ist unperform?

Wir sind ein Performer:innenkollektiv und ein gemeinnütziger Verein und arbeiten seit etwa fünf Jahren zusammen in freien Projekten. Unser Ziel ist es, noch nicht ausprobierte künstlerische Formen zu erforschen, wie diese Kombination aus Rap und Oper.



Foto: Anna Bartholdy

Tim Gerhards
33, Tänzer, Choreograph und Theatermacher, arbeitet beim Kollektiv unperform e. V. als Projektleiter und Regieführer.